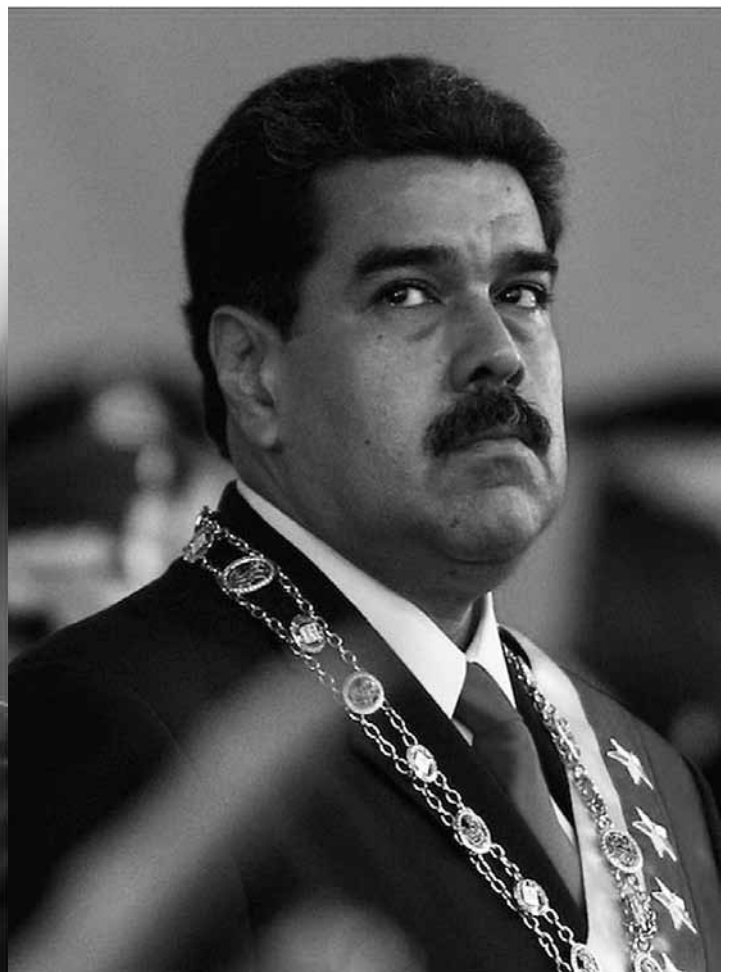


die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



VENEZUELA AM
ABGRUND

die internationale

Theorie

Welche Urbanität wollen wir? Jakob Schäfer.....	3
Räte mit Parlament verbinden! Paul B. Kleiser.....	14
Antizionismus = Antisemitismus? Dominique Vidal.....	18

inprekorr

Brexit

Brexit-Farce und die Lexit-Linke, Neil Faulkner.....	24
---	-----------

Niederlande

Der Untergang des Tieflands, Alex de Jong.....	29
---	-----------

Spanischer Staat

Rechtsextremismus im Spanischen Staat, Miguel Urbán Crespo.....	35
--	-----------

Slowenien

Radikale Linke und Parlamentarismus, Marko Kržan.....	40
--	-----------

Sudan

Der Sturz des sudanesischen „Mursisi“, Gilbert Achcar.....	45
---	-----------

Algerien

Massenproteste in Algerien: Das ist erst der Anfang, Hocine Belalloufi.....	47
--	-----------

Venezuela

Venezuela am Abgrund, Mike Gonzalez.....	55
---	-----------

Venezuela

Soforthilfe statt Schuldenzahlung, Eric Toussaint.....	63
---	-----------

Internationales sozialistisches Jugendsommerlager.....	68
---	-----------

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Matte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis
V.i.S.d.P. Michael Weis

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
EUR 25,-
- Jahresabo: EUR 35,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 40,-
- Solidarabo: ab EUR 15,-
- Sozialabo: EUR 10,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
https://sozialismus.ch/

WELCHE URBANITÄT WOLLEN WIR? FÜR WELCHES „RECHT AUF STADT“ SOLLTEN WIR KÄMPFEN?

Unter dem Schlagwort „Recht auf Stadt“ werden sehr verschiedene, teilweise sogar entgegengesetzte politische Konzepte vertreten. Im Folgenden wird zur Diskussion gestellt, wie Urbanität im fortschrittlichen Sinne zu verstehen ist und welche Ziele und Losungen eine entsprechende Bewegung nach Ansicht des Autors vertreten sollte.

■ **Jakob Schäfer**

Am späten Nachmittag kamen die Rocker, die Theatergruppe und die Skateboarder wieder auf dem Majakowski-Platz zusammen und wieder kam es zu heftigen Streitgesprächen. Eine Sprechanlage wurde herbeigebracht und dann kamen (abwechselnd aus den drei verschiedenen Gruppen) alle zu Wort, die was sagen wollten. Inzwischen hatten sich um die Gruppen große Trauben gebildet, die immer mal wieder auch Applaus spendeten. Eine Skateboarderin warf den Rockern (fast nur Männer) Chauvinismus vor. Nach mehr als einer Stunde verständigte man sich darauf, dass der Streit um die Nutzung des Platzes an Nachmittagen und Abenden (am Vormittag ist er diversen Schulprogrammen vorbehalten) vom Nachbarschaftsrat des Viertels zu entscheiden ist.

Doch dann sprang Veronica ans Mikrofon: „Damit können wir nicht zufrieden sein. Eine Aufteilung nach Wochentagen reicht uns nicht. Wir wollen jeden Tag, an dem das Wetter das zulässt, einen solch großen Platz zur Verfügung haben, und bei uns gibt es nur diesen Platz hier.

Deswegen beantrage ich, dass wir uns nicht mit einem Beschluss des Rates des Dichterviertels zufriedengeben, sondern vom Rat der Stadt die Bereitstellung weiterer Plätze fordern. Falls er dem nicht folgt, bestehen wir auf einer Abstimmung aller Bewohner*innen.“

Tosender Applaus und schon zwei Wochen später stimmte der Rat der Stadt für ein neues Gesamtkonzept der Stadt: *Die Plätze zu unserer Wohnstube machen.*

Inzwischen, zwei Jahre später, gibt es nicht nur mehr Plätze für die Musiker, die Sportler und die Theatergruppen, sondern an jeder zweiten Kreuzung gibt es Plätze der Begegnung: Straßencafés, Spielplätze unterschiedlichster Art, umgeben von renaturierten Flächen (zum Teil sind es schon kleine Parks). Es fahren ja nur noch ganz wenige Autos in der Stadt (im Prinzip nur die Notdienste).

Im letzten Jahr gab es eine große Auseinandersetzung um die Frage der Nahversorgung (v. a. für Lebensmittel und in Sachen Gesundheitsstationen). Im Rat der Stadt und unter breiter Beteiligung aller, die sich dafür inte-

ressierten, wurden vier verschiedene Gesamtkonzepte ausgearbeitet, die dann der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wurden. Variante B siegte, nämlich die (leider immer noch begrenzten) Mittel des Ausbaufonds im Verhältnis 50:30:20 aufzuteilen, also die Hälfte für die bessere Nahversorgung mit Lebensmitteln, Kleidung usw., 30 Prozent für den Ausbau der Polikliniken und 20 Prozent für den Ausbau des Trambahn-Netztes.

An den Fahrradwegen ist kaum noch was zu verbessern, seit die Privatautos aus der Stadt verbannt sind. Nächsten Monat wird es um die Entscheidung für ein weiteres Großprojekt gehen: Urban Gardening oder Ausbau und bessere Isolierung der Wohnungen. Auch hier wird das Rätekonzept sich wieder mal bewähren müssen.

Welche Urbanität

Die Stadt, von der hier die Rede ist, gibt es leider noch nicht, denn sie setzt eine völlige Umkehr der Machtverhältnisse voraus. Wenn die Menschen ihre Geschicke und die Art ihres Zusammenlebens bestimmen, kann es keine Kapitalmacht mehr geben. Beides ist miteinander unvereinbar. Die in dem obigen – fiktiven! – Bericht angedeutete Räte Demokratie ist nicht als enges Modell zu verstehen, aber es soll andeuten, auf welche Weise wirkliche Demokratie funktionieren könnte¹. Ohne diese ist eine Urbanität im Interesse der Menschen nicht umsetzbar.

Unter Urbanität werden sehr unterschiedliche Dinge verstanden. Nicht nur bei Architekten, Stadtplanern und Kommunalverwaltungen geht es dabei vorrangig (bei einigen sogar ausschließlich) um eine ästhetische Auffassung der Stadt, letztlich also darum, wie kann die Stadt für Touristen und für eine bestimmte, zahlungskräftige Schicht ihrer Bewohner*innen attraktiv gemacht werden, nicht selten im Wettbewerb mit anderen Städten (siehe die diversen Konzepte der sog. „Neuen Urbanität“). Andere stellen die städtische Dichte in den Mittelpunkt und meinen, damit eine attraktive und lebendige Stadt konzipieren zu können. Die Nachverdichtung (speziell in der Form der Blockrandbebauung, also einem nach außen geschlossenen, rechteckigen Häuserblock mit gemeinsamem Innenbereich) soll dann kleine Inseln des Glücks vorspiegeln.

Zur Kritik der systemkonformen Urbanitätskonzepte verweise ich auf die Ausführungen des brasilianischen Humangeographen Marcelo Lopes de Souza, der in der Popularität des Rechts auf Stadt eine Trivialisierung und Korrumpierung des ursprünglichen Ansatzes sieht. Seiner (anarchistisch motivierten) Kritik an David Harvey kann ich in keiner Weise zustimmen, aber seine Kritik an den

bürgerlichen „Recht auf Stadt“-Konzepten trifft sehr wohl den Punkt: „Von Brasiliens Städteministerium bis zum Hamburger ‚Recht auf Stadt-Netzwerk‘, von kleinen NGOs bis zur UN Habitat finden wir viele Leute, die den Begriff Recht auf Stadt als einen Überbegriff verwenden. [...] Konkret bedeutet dies, dass [...] der Neoliberalismus abgelehnt wird, nicht aber der Kapitalismus (implizit läuft das darauf hinaus, dass der Neoliberalismus bestenfalls durch eine Art linken Keynesianismus ersetzt werden soll, der wiederum seinerseits durch alternative, solidaritätsorientierte (kleine) Wirtschaftskreisläufe ersetzt werden kann [...]), dass eine ‚partizipative Demokratie‘ durchgesetzt werden soll, was üblicherweise Folgendes bedeutet: Die repräsentative Demokratie soll durch Beteiligung ergänzt und ‚korrigiert‘ werden (also werden repräsentative Demokratie und ihre zentralen Standbeine wie Staatsapparat, ‚freies Mandat‘ usw. nicht infrage gestellt).“ [eigene Übersetzung aus dem Englischen].² In all diesen systemimmanenten Konzepten ist kein Raum für eine radikal andere Wohnungs- oder Verkehrspolitik und schon gar nicht für die wesentlichen Momente einer lebenswerten Urbanität:

Eine gesellschaftliche Stadt, ein urbanes Gemeinwesen, baut sowohl auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit (und damit der „menschlichen Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt“; siehe Marx, Das Kapital, MEW 25: 828) wie auf das fruchtbare Miteinander aller. Demzufolge zählen hier nicht wirtschaftliche Kennzahlen (oder etwa der Profit der Kapitaleigner), sondern solche Werte wie Toleranz, Interkulturalität, Diversität, Inklusion usw. Dies ist nur in einem städtischen Gemeinwesen praktikierbar, in dem die Menschen tatsächlich über die Art ihres Zusammenlebens entscheiden können, angefangen von den unterschiedlichsten Baumaßnahmen (nicht nur im Wohnungsbereich), über den Verkehrssektor, die Infrastruktur der Städte samt der Entscheidung, wo welche Arbeitsplätze einzurichten sind, die kulturellen Einrichtungen bis hin zur Gestaltung der Plätze der Begegnung.

Hier – im öffentlichen Raum – muss sich das Recht auf Zentralität manifestieren können. Also nicht nur, um mit einander zu „disputieren“, sondern vor allem, um gemeinsam zu *leben*, gemeinsam Kunst zu entwickeln, zu feiern, sich in jeder nur denkbaren Form auszutauschen, sich ungeplant zu begegnen, sich kennenzulernen usw. Respektierte Differenz und Zentralität ergänzen sich in der Stadt der anzustrebenden Urbanität, einer Stadt also, in der nicht mehr der Tauschwert bestimmt, was gebaut oder veranstaltet wird, sondern einzig und allein der

Gebrauchswert für die Menschen dieser Stadt (weniger für die Tourist*innen, auch wenn diese nicht zwangsläufig zu verbannen sind).

Zur Bewertung der Diskussion zu „Recht auf Stadt“

Nach dieser Skizzierung eines positiv und umfassend zu definierenden *Rechts auf Stadt* wollen wir kurz auf den vielzitierten Henri Lefebvre (1901–1991) eingehen, der diesen Begriff mit seinem Essay von 1968 überhaupt erst prägte³. Er plädierte für eine Verschiebung des Augenmerks auf die Probleme der lebensunwert oder „unwirtlich“ (Mitscherlich 1965) gewordenen Städte. Wie aus verschiedenen Ausführungen Lefebvres hervorgeht, hat er (langjähriges Mitglied der KPF, bis er wegen Unbotmäßigkeit ausgeschlossen wurde) seinen marxistischen Ansatz nicht aufgegeben. Weder leugnet er die unverzichtbare Rolle der Arbeiterklasse bei einer fundamentalen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, noch meint er, dass das „Recht auf Stadt“ unter kapitalistischen Bedingungen verwirklicht werden kann.

Vor allem aber sein o. g. Essay weist einige gravierende Mängel auf, die es seinen Epigonen erleichterten, sich zwar auf ihn zu beziehen, gleichzeitig aber die notwendige gesamtgesellschaftliche Umwälzungsperspektive auszublenden oder deren Bedeutung kleinzureden. Fast alle seiner „Schüler*innen“ haben schon lange jeglichen marxistischen Anspruch aufgegeben, wenn sie ihn denn je hatten. So werden in vielen ihrer Ausführungen die Stellschrauben, mit denen sie das „Recht auf Stadt“ durchzusetzen empfehlen, in der Realität zu wirkungslosen Maßnahmen mit kaum mehr als kosmetischen Auswirkungen. Oder aber ihre Konzepte sind völlig utopisch, weil damit das Recht auf Stadt an den realen Machtverhältnissen vorbei (also *ohne* Umwälzung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung) durchgesetzt werden soll. Ich nehme ausdrücklich David Harvey von dieser Kritik aus.

Worin liegen die Schwächen in Lefebvres Ausführungen, die zu diesen verkürzten Sichtweisen seiner Epigonen führen?

A.) Lefebvre beschreibt recht treffend, was an den Städten so unwirtlich geworden ist und was an Urbanem verloren gegangen ist. „Die Nachbarschaft verblasst, das Stadtviertel zerbröckelt“ (Lefebvre 2016: 119). „Das Problem der Stadt reicht aber über das des Wohnraums hinaus.“ (S. 123). Lefebvre erklärt aber (im Gegensatz zu Harvey) die Veränderungen der Städte nicht aus den strukturellen *Erfordernissen* der Kapitalentwicklung und der ständigen Suche nach Einsparmöglichkeiten bei der Kapitalverwertung wie auch

nach neuen Anlagefeldern. Die Entstehung der Trabantenstädte (*banlieues*) ist aber gerade nicht einer Entwicklung geschuldet, die sich parallel zur Kapitalentwicklung vollzieht, sondern sie erfüllt zu jeder Zeit bestimmte Bedürfnisse der Kapitalverwertung. So sind z. B. in den zerstörten Städten Nachkriegsdeutschlands mit wenig Aufwand viele Wohnviertel entstanden (also nicht nur in den Vororten), die der Unterkunft der Ware Arbeitskraft (und somit ihrer ungestörten und reibungslosen Verwertbarkeit) dienen. Urbanes spielte also nicht deswegen keine Rolle, weil man dieses hätte bewusst zerstören wollen, sondern weil ein Wiederaufbau oder gar eine Weiterentwicklung des Urbanen einfach nicht rentabel war. Das Gegenbeispiel etwa ist Warschau, wo die im Krieg völlig zerstörte Altstadt wiederaufgebaut wurde.

Es gilt also die Verhältnisse zurechtzurücken: In Ländern wie Frankreich oder Deutschland hat das im Immobiliensektor investierte Kapital in den Nachkriegsjahrzehnten zwar keine unbedeutende Rolle gespielt, aber es war nicht der treibende Faktor für die wirtschaftliche wie auch die infrastrukturelle Entwicklung. Bis in die 1970 Jahre erwirtschaftete das im Baugewerbe investierte Kapital im Schnitt drei bis vier Prozent der Bruttowertschöpfung. Nimmt man die anderen Sektoren der Immobilienwirtschaft hinzu, dann blieb dies immer noch sehr *deutlich* unter 10 Prozent.

Wenn Betriebe ihren Standort verlagern, dann hing dies und hängt dies gerade nicht mit der Wohnungslage zusammen, sondern es hängt vor allem an zwei Faktoren, nämlich zum einen an der Höhe der Gewerbesteuer (zum geringeren Teil auch an der Grundsteuer) der jeweiligen Kommunen, die sich darin unterbieten, und zum anderen an der Verkehrsinfrastruktur. Diese Entwicklung führt seit Jahrzehnten zu der Verlängerung der Wege zum Arbeitsplatz in praktisch allen Ländern, was in Frankreich mit der Erhöhung der Spritpreise schließlich zum Auslöser der Gelbwesten-Proteste wurde.⁴

Mit anderen Worten: Das Urbane wurde durch die allgemeine Kapitalentwicklung gewaltig ramponiert oder auch weitgehend zerstört, und zwar gerade nicht aufgrund der Kurzsichtigkeit von Städteplanern oder unwilliger oder unfähiger Kommunalverwaltungen. Der Staat (in dem Fall bestehend aus Bund und Ländern, allerdings auch im Verbund mit den in Konkurrenz zueinander stehenden Stadtverwaltungen) bediente die Kapitalinteressen vor allem im produzierenden Gewerbe, seit den 1980er Jahren auch in nennenswertem Umfang das Kapital im Dienstleistungssektor.

Nun hat mit den gestiegenen Schwierigkeiten der Bourgeoisie, ihr jeweiliges Kapital in Bereichen mit hohen Profiterwartungen zu investieren (die allgemeine Profitrate ist vor allem in den 1970er Jahren – stellenweise auch noch danach – gesunken), eine hektische Phase der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten begonnen. Mit der Liberalisierung der Finanzmärkte strömte viel Kapital in den Banken- und Versicherungssektor (Schaffung neuer Produkte wie die Versicherungen auf ausgefallene Kredite, CDS, oder andere Finanzderivate).

Anderes Kapital fließt seit ca. 30 Jahren in den Immobiliensektor, inzwischen mit deutlich steigender Tendenz. So erzielte der Immobiliensektor (also nicht nur Bau) im Jahr 2000 eine Bruttowertschöpfung von knapp 210 Mrd. Euro, 2017 waren es schon 320 Mrd. Euro. Die großen Immobilienkonzerne setzen dabei auf die Konzentration ihrer Macht, um Mieterhöhungen durchzusetzen. Parallel dazu werden in vielen Städten Gentrifizierungen⁵ vorangetrieben. Letzteres ist natürlich mitnichten die Wiederherstellung des Urbanen, sondern zielt einzig und allein mittels Modernisierung der jeweiligen Wohnung darauf ab, beträchtliche Mieterhöhungen durchzusetzen.

Das Urbane ist zu diesem Zeitpunkt schon längst „zerstückelt“ (Lefebvre). Aber die Frage des verfügbaren und auch bezahlbaren Wohnraums gewinnt unter den Bedingungen des Neoliberalismus eine ganz andere Bedeutung.

B.) Die zweite und letztlich entscheidende Hauptschwäche in Lefebvres 1968 erschienenem Essay, der jetzt so hoch im Kurs ist (und auf das sich so manche im Grunde zu Unrecht berufen, weil sie eine andere, viel begrenztere Perspektive verfolgen), liegt in seiner schwammigen, unklaren Andeutung der Strategie, mit der die hier herrschenden Verhältnisse umzustößen und durch eine andere Gesellschaftsordnung zu ersetzen sind. Im Grunde benennt er gar keine Strategie, sondern gibt nur Ziele an, erweckt dabei aber (wenn auch ungewollt) den Eindruck, als ließe sich die Stadt ohne Änderung der Gesellschaftsstruktur grundlegend ändern.

Um es klar zu sagen: Nicht die Änderung der Stadtstruktur wird die Verhältnisse über den Haufen werfen können, sondern die Aufhebung des Kapitalverhältnisses wird die Schaffung einer neuen Urbanität ermöglichen. Und das geht nun mal nicht ohne eine vorherige Änderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft, genauer: im Klassenkampf. Mit anderen Worten: Letztlich wird kein Weg an der Enteignung des Kapitals vorbeigehen. Dies ist eine nationale (letztendlich auch internationale) strategische Herausforderung und nicht kommunal

oder regional zu bewältigen. Das haben z. B. gerade die Menschen schmerzhaft zu spüren bekommen, die im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul und vor allem in Porto Alegre mit ihrem partizipativen Haushalt meinten, ein Stück Sozialismus realisiert zu haben, den es dann nur noch landesweit auszubauen gelte. Noch in der PT-Regierungszeit wurde dieser positive, die Menschen sehr breit beteiligende Prozess erheblich zurückgedrängt, sodass Temer dem nur noch den Todesstoß versetzen musste (auf Bolsonaro mussten die Herrschenden gar nicht mehr warten).⁶

Immerhin, aber leider eher beiläufig, schreibt Lefebvre: „Das erfordert neben der wirtschaftlichen Revolution (auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse orientierte Planung) und der politischen Revolution (demokratische Kontrolle des Staatsapparats, verallgemeinerte Selbstverwaltung) eine permanente Kulturrevolution.“ (S. 199) Das bleibt so kurz, wie es zu allgemein ist, und allein die Formulierung „... neben [Hervorh. J. S.] der wirtschaftlichen Revolution ...“ vermittelt gerade nicht, dass es um die Eroberung der politischen Macht durch die Klasse der Ausgebeuteten geht, auch wenn Lefebvre für sich selbst daran festgehalten hat.

An anderer Stelle schreibt Lefebvre: „Das Recht auf Arbeit, auf Wissen, auf Bildung, auf Gesundheit, auf Wohnen, auf Freizeit, auf Leben – sie würden die Realität ändern, wenn sie zur gesellschaftlichen Praxis würden. Zu den sich herausbildenden Rechten gehört das *Recht auf Stadt* (nicht auf die alte Stadt, sondern auf das städtische Leben, die erneuerte Zentralität, auf Orte der Begegnung und des Tauschs und des Austauschs, auf Lebensrhythmen und Tagesabläufe, die den vollen und vollständigen *Gebrauch* dieser Augenblicke und Orte erlauben, etc.).“ (S. 196 f.) Und weiter hinten schreibt er: „Es [das Proletariat] ist befähigt, einen neuen Humanismus hervorzubringen, der sich vom alten, zu Ende gehenden liberalen Humanismus unterscheidet: den des *Städters*, durch und für den die Stadt und sein eigenes Leben in der Stadt Werk, *Aneignung*, Gebrauchswert (und nicht Tauschwert) werden, der sich dafür aller Mittel der Wissenschaft der Kunst, der Technik, der Beherrschung der materiellen Natur bedient.“ (S. 198). Doch wie das Proletariat dazu kommt, dies umzusetzen, führt Lefebvre nicht aus. Er lässt damit offen, ob es als Vorbedingung für die Umsetzung dieser Maßnahmen zu einer Eroberung der ökonomischen und politischen Macht durch die Arbeiter*innenklasse kommen muss.

Inwieweit dies dem damals existierenden Einfluss der Situationisten oder einfach „nur“ einer intellektuellen Bequemlichkeit geschuldet ist, kann dahingestellt bleiben. In

jedem Fall sorgt diese Art der Darstellung nicht gerade für Klarheit und lässt Missinterpretationen viel Raum.

Es reicht auch nicht, darauf zu verweisen, dass es außerhalb des „Problems Stadt“ noch die Produktionssphäre gibt und dass es neben der städtischen Entscheidungsebene noch eine „ferne“ (Lefebvre meint damit die staatliche) Ebene gibt. Dies bagatellisiert geradezu die Bedeutung der Staatsmacht und kommt nicht nur den damaligen Situationisten entgegen, sondern heute auch allen, die den Abschied vom Proletariat und von der Beschäftigung mit der Machtfrage vollzogen haben. Lefebvre stellt diese Ebenen nonchalant (und ohne Andeutung, wie sie voneinander abhängen) nebeneinander, ohne ihren inneren Zusammenhang deutlich zu machen.

Wer die Kapitalverwertungsinteressen nicht in den Mittelpunkt seiner Analyse stellt, bleibt zwangsläufig beim Beschreiben einer abstrakten Urbanität stehen, losgelöst von konkreten historischen Prozessen und Klasseninteressen. Diese Interessen sind aber entscheidend dafür, dass Betriebe ausgegliedert werden und wenn möglich auf das flache Land ziehen (geringere Gewerbesteuern), dass in der Stadt die Bodenpreise mehr steigen als auf dem flachen Land (wegen der Grundrente), dass die Profiteure der Autogesellschaft kein Interesse am Ausbau des ÖPNV haben usw. Es liegt gerade nicht daran, dass man die Proleten aus der Stadt „draußen haben will“ (es sei denn, sie stehen der vor einigen Jahren eingesetzten Gentrifizierung in diesem oder jenem Stadtteil im Weg). Einzig die jeweiligen Kapitalverwertungsinteressen sind entscheidend. Die Grundrente in der Stadt steigt dann, wenn nur dort die Infrastruktur vorhanden ist, auf die die Menschen sowie die Büros und andere Betriebe angewiesen sind.

An die Analyse von Ursachen macht sich aber Lefebvre kaum heran: „Auf theoretischer Ebene trennt, unterteilt das analytische Denken. Es scheitert, wenn es eine Synthese bilden will. Sozial, politisch zielen die (unbewussten oder bewussten) Klassenstrategien auf Absonderung.“ (S. 139). Damit unterstellt er, dass analytisches Denken nur absondert, aber nicht gleichzeitig auch die unersetzliche Grundlage dafür ist, mit der anschließenden Synthese auch Visionen des Neuen zu entwerfen. Marx hat das doch etwas anders gehandhabt.

Lefebvre macht auch nicht deutlich (und das ist gravierend für das Gesamtverständnis), dass die Herstellung einer positiven Urbanität, die diesen Namen verdient, in letzter Konsequenz nicht ohne die Überwindung der Warenwirtschaft möglich ist. Harvey drückt es so aus: „Das gesamte kapitalistische System der permanenten Akkumulation

muss mitsamt den es begleitenden Strukturen der ausbeuterischen Klassen- und Staatsmacht umgestürzt werden. Das Recht auf Stadt zu beanspruchen ist eine Zwischenstation auf dem Weg zu diesem Ziel. Es kann niemals das Ziel an sich sein, auch wenn es zunehmend als einer der verheißungsvollsten Wege dorthin erscheint.“⁷ Wir können das auch so ausdrücken:

a.) Ohne die Lösung der *Machtfrage* und die Durchsetzung einer radikal anderen (nämlich insgesamt nur auf Gebrauchswerte ausgerichteten) Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist keine humane Stadt herstellbar.

b.) Folglich sind auch die Probleme der Stadt nicht auf der städtischen (lokalen) Ebene lösbar. Das gilt nicht nur für die Kapitalverwertung ganz allgemein, sondern fängt schon bei der Frage des ÖPNV an, oder bei der entschädigungslosen Enteignung der Wohnungskonzerne usw.

Wenn Lefebvre z. B. die von ihm positiv beschriebene (anzustrebende) Urbanität umreißt, dann hebt er hervor, dass sie nur „mit der Arbeiterklasse“ denkbar ist. Sie solle Teil dieser neuen Stadt sein, also Teil der Differenz in der gemischten, neuen Urbanität. Die sozialistische (die marxistische) Vision geht aber davon aus, dass es bei der Durchsetzung einer bedürfnisorientierten Ökonomie (und damit auch Stadt) keine Arbeiter*innenklasse mehr geben wird. Die Klassen werden positiv aufzuheben sein, oder aber die Ziele sind nicht erreichbar.

Die Stadt als Gemeinwesen zurückerobern? Wann war sie denn ein Gemeinwesen im positiven Sinne? Teilerfolge sind natürlich möglich, aber: Alle Bemühungen auf der lokalen Ebene sollten immer in eine Gesamtsicht eingebettet bleiben. Die Grenzen der möglichen lokalen Erfolge müssen illusionsfrei benannt werden, um großen Frust zu vermeiden.⁸

Mit Lefebvres abstraktem Postulat der Zentralität [des Stadtlebens] und der akzeptierten Differenz [gemeint sind unterschiedliche Lebensweisen] ist es ja nicht getan. Die Vorstellungen einer neuen, positiven Urbanität müssen konkret gefüllt werden, damit sich daraus auch konkrete Strategien entwickeln lassen. Dies betrifft *alle* Fragen der Infrastrukturpolitik und der Gestaltungsfreiheit städtischen Lebens.

Sodann ist die Frage der Stadt heute wie damals in erster Linie eine Frage der *nationalen* Infrastrukturpolitik. Das betrifft nicht nur das gesamte Verkehrssystem, sondern auch die Frage der Zersiedelung, der Planung wohnortnaher Arbeitsplätze, der Versorgungseinrichtungen, der kulturellen Einrichtungen usw., noch lange bevor die

Menschen wohnortnah darüber entscheiden können, was denn dort jeweils wie ausgestaltet oder genutzt wird. Und all dies ist ohne die positive Lösung der Machtfrage nicht umsetzbar, weil sich eine durchgreifende Strukturpolitik grundsätzlich mit den Eigentumsinteressen der Besitzenden sowie mit der kapitalistischen Produktionsweise (also den Verwertungszwängen des Kapitals) stößt.

Und ebenfalls mit Harvey wollen wir auch klarstellen: Die Losung „Recht auf Stadt“ ist keine Zauberformel, mit der alles geklärt ist. „Das Recht auf Stadt zu beanspruchen bedeutet faktisch, ein Recht auf etwas zu beanspruchen, das nicht mehr existiert (wenn es überhaupt je wirklich existiert hat). Zudem ist das Recht auf Stadt ein leerer Signifikant. Alles hängt davon ab, wer ihn mit einer Bedeutung füllen darf.“ (Harvey 2013: 19)

Was sich seit den späten 1960er Jahren geändert hat

Bevor wir auf die Skizzierung einer strategischen Antwort auf die verlorene Urbanität kommen – besser: auf die Durchsetzung einer umfänglich positiven Urbanität – ein kurzer Blick auf einige bedeutende Änderungen der „Stadtproblematik“, vor allem seit Ende der 1960er Jahre.

David Harvey hat mit seinen Untersuchungen herausgearbeitet, dass die Investitionen in den Immobiliensektor (nicht nur im Wohnungsbau) eng mit den Anlagemöglichkeiten in anderen Sektoren zusammenhängen. „Spatial Fixes“, wie er sie nennt, gab es in besonderem Maße in Zeiten abnehmender Profitabilität in der Industrie. D. h. Kapital wurde dann mehr als vorher in städtische Gebäude jeder Art investiert (und damit räumlich und zeitlich „gebunden“). Seit mehr als einem Jahrhundert wird dabei die Stadt in aller Regel in klar abgrenzbare Bezirke aufgeteilt: Innenstadt, Gürtel, Peripherie.

Richtigen Aufschwung erfuhr diese Abgrenzungspolitik nach dem II. Weltkrieg, als die Suburbanisierung mit der Automobilisierung der Gesellschaft einherging. In den 1960er Jahren wurde das Konzept der „Städte am Rande der Städte“ forciert. Grundlage waren die Raumordnungskonzepte der dezentralen Konzentration, immer nach dem Prinzip, möglichst einfach viele Menschen unterzubringen. In dieser Zeit konzentrierten sich in den Altstädten vornehmlich jene Menschen, die vom Wirtschaftswunder abgehängt blieben und nicht in die Grüngürtel ziehen konnten. Es waren vor allem die berühmten A-Menschen (Arme, Alte, AusländerInnen, Alleinerziehende).

In den 1970er Jahren setzte eine Gegenbewegung

ein. Jetzt wurde vermehrt in den Städten investiert und Menschen zog es wieder in die Städte. Dabei begann schon damals eine Entwicklung, mit der die Städte erneut (aber jetzt auch im Stadtkern) in unterschiedliche Viertel (bzw. Straßenzüge) aufgeteilt wurden: die Luxusstadt (Gentrified City, in der sich eine lebensstilbezogene Homogenisierung mit steigendem Bodenwert durchsetzt); die Vorstädte als Wohnorte der Mittelklasse (Edge Cities; eine extreme Form sind die Gated Cities in den USA, also eingezäunt, eingemauert und wachschutzgesichert); die Mieterstadt (mit der „traditionellen“ Arbeiterklasse, den Prekären usw.) und den aufgegebenen Statteilen (also den Ghettos), vor allem in den USA.

Der Wechsel, der in den meisten Ländern ab Anfang der 1970er Jahre einsetzt, ist nicht nur, aber besonders in der Wohnungsversorgungspolitik zu sehen. Vor dem Hintergrund des Nachkriegsklassenkompromisses (und der vorhandenen ökonomischen Spielräume in jener expansiven Phase der langen Wellen kapitalistischer Entwicklung) waren bis in die 1970er Jahre noch gewisse Regulationsmechanismen (Geld, Recht, Eigentum) genutzt worden. Dann aber setzte quer durch alle Bereiche der Abbau sozialer Sicherungssysteme ein, der in den 1990er Jahren auch in ganz beträchtlichem Maß den sogenannten „sozialen Wohnungsbau“ betraf.

Seit den 1980ern erleben wir aber nicht nur eine zunehmende soziale Polarisierung (was auch in einer wachsenden Segregation der Stadtviertel sichtbar wurde). Es entwickelte sich auch ein zunehmender Trend zur Individualisierung. Die stärkste Ausprägung findet diese Entwicklung im Jetset-Milieu. Aber auch in anderen Bereichen löste sich im Rahmen dieser Entwicklung (d. h. der wachsenden sozialen Kluft und der Individualisierung) das gemeinsame städtische Subjekt auf. Es wurden also nicht nur die infrastrukturelle Grundlage, sondern auch die sozialpsychologische Voraussetzung für eine positive Urbanität untergraben.

Den vorläufigen Höhepunkt dieser negativen Entwicklung bildet die verstärkte Kapitalanlage im Immobiliensektor seit den 2000er Jahren. Aufgrund des weitgehenden Rückzugs des Staates aus dem „sozialen Wohnungsbau“ ist vor allem die Investition in den Kauf von Bestandswohnungen zu einer sehr rentablen Anlagemöglichkeit für Kapitaleigner geworden. Der Mangel treibt die Preise nach oben. Kapital wird in diesem Sektor angelegt, nicht um neue Wohnungen zu bauen, sondern um in möglichst kurzer Zeit große Renditen zu erzielen. Investiert wird seitdem auf drei Feldern:

a.) In vielen Städten bemühen sich die großen Wohnungskonzerne um eine marktbeherrschende Stellung. Damit beeinflussen sie auch die Vergleichsmieten. Jede Mieterhöhung, die sie in einem Bereich durchsetzen, erleichtert die Begründung für Mieterhöhungen in anderen Wohnblöcken des Konzerns.

b.) Vor allem mit der Gentrifizierung lassen sich beträchtliche Mieterhöhungen erzielen. In den 1990er und Anfang der 2000er Jahre waren Gentrifizierungen und Investitionsströme noch auf einzelne Gebiete konzentriert. Mit *großflächigen* Gentrifizierungen aber lassen sich ganz andere Aufwertungen der Bodenpreise und größere Mietsteigerungen durchsetzen. Der – zumindest teilweise – Austausch der Bevölkerung ist eine Voraussetzung für eine umfangreiche Umsetzung dieses Geschäftsmodells.

c.) Wenn überhaupt in den Bau neuer Wohnungen investiert wird, dann fast ausschließlich im „oberen Marktsegment“ (vor allem im Bereich der Luxuswohnungen). So haben sich beispielsweise in Berlin in den Jahren 2010 bis 2017 die Preise bei Immobilienverkäufen mehr als verdoppelt (es wurden mehr als 100 Mrd. Euro umgesetzt). Die Mieten sind in diesem Zeitraum um über 35% gestiegen. Gleichzeitig anonymisiert sich die Eigentümerstruktur (oft sind es Luxemburger Briefkastenfirmen). Die „Ansprechpartner“ sind für die Mieter schwerer zu greifen, weil die Hausverwaltungen keine direkten Verhandlungspartner nennen können. Selbst dort, wo die Stadt ihr Vorkaufrecht wahrnehmen will, muss sie Spekulationspreise bezahlen.

Mietsteigernd wirkt sich auch die Uberisierung aus, hier die private Vermietung von Ferienwohnungen (vor allem in Berlin) über solche Plattformen wie „Airbnb“. Die Informalisierung der Wohnungsversorgung entzieht auch in diesem Sektor der „öffentlichen Hand“ zunehmend jegliche Handlungsmöglichkeit. Und dass gerade von den Wohnungskonzernen Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, macht die Suche nach bezahlbaren Mietwohnungen noch schwieriger.

Dies ist eine weltweite Entwicklung, wobei besonders in den Metropolen die Grundstückspreise (und daraus folgend die Mieten) durch die Decke schießen. „Die Märkte für die Wohnungshypotheken machen in den Industriestaaten mittlerweile mehr als 40% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus ...“⁹

In der Konsequenz heißt dies:

1.) Heute leben wir nicht mehr in der fordistischen Phase des Spätkapitalismus, sondern in der neoliberalen. Konkret bedeutet dies, dass vor allem die Gentrifizierungsstrategie

in der Wohnungswirtschaft (wie übrigens auch im Bürobereich, was meist übersehen wird!) zu einem zunehmend wichtigen Operationsfeld für das anlagehungrige Kapital geworden ist.

2.) Parallel dazu steigen aufgrund von ÖPP¹⁰ u. ä. die kommunalen Schulden und darüber der Druck zur Einsparung bei sozialen Einrichtungen, v. a. aber auch der Handlungsspielraum öffentlicher Institutionen und Körperschaften.

3.) Vorangetrieben wird diese Entwicklung durch den Wettbewerb zwischen den unternehmerisch ausgerichteten Städten und Regionen um Investitionen in Kongresszentren, Hotels usw. Dabei verfahren die Konzerne (Bauunternehmen und vor allem die Grundeigentümer) so, dass sie die besten Grundstücke lange unbebaut lassen. Nach weitgehender Fertigstellung dieser Viertel können sie für die besten Grundstücke Monopolrenten erzielen.

4.) Die Probleme, die sich aus der Umweltzerstörung ergeben, haben in den letzten Jahrzehnten eine *neue Qualität* angenommen. Das hat gravierende Folgen für Fragen

- der Energie (Einsatz von Kohle, Gas usw. versus erneuerbare Energien und *vor allem* Energieeinsparung in der gesamten Stadt);
- der radikalen Verringerung des Verkehrs (mittels Infrastrukturpolitik, was ohne den Eingriff in die Eigentumsverhältnisse nicht möglich ist);
- der Umstellung des Verkehrs auf weitestgehend klimaneutralen und für die Nutzer*innen kostenlosen ÖPNV;
- der Begrünung der Flächen und Häuser (einschl. Urban Gardening) und der Renaturierung versiegelter Flächen;
- einer durchgreifend rigorosen Abfallwirtschaft, die auf Vermeidung und Recyclingfähigkeit von Müll genauso abzielt wie auf den Kampf gegen die geplante Obsoleszenz.

Welche Ziele und welche Losungen im Kampf um Urbanität heute?

„Das Recht auf Arbeit, auf Wissen, auf Bildung, auf Gesundheit, auf Wohnen, auf Freizeit, auf Leben – sie würden die Realität ändern, wenn sie zur gesellschaftlichen Praxis würden. Zu den sich herausbildenden Rechten gehört das *Recht auf Stadt* (nicht auf die alte Stadt, sondern auf das städtische Leben, die erneuerte Zentralität, auf Orte der Begegnung und des (Aus)tauschs, auf Lebensrhythmen und Tagesabläufe, die den vollen und vollständigen *Gebrauch* dieser Augenblicke und Orte erlauben, etc.).“¹¹ Wenn wir diese sehr allgemein formulierte Vision verfolgen wollen, dann gilt es die politischen Ziele so konkret zu

definieren, dass sich daraus eine strategische Orientierung ableiten lässt. Die Frage der konkreten Losungen (bzw. ihre jeweilige akute Zuspitzung) mag dann von Stadt zu Stadt variieren, aber aufgrund der weitgehend ähnlich gelagerten Ausgangsbedingungen werden es nur leichte Akzentverschiebungen sein. Denn: „Immer mehr Menschen leben in gespaltenen, fragmentierten und konfliktanfälligen Städten.“¹²

Umgekehrt ist ein ernsthafter Kampf um das Recht auf Stadt immer darauf angewiesen, den Gesamtzusammenhang nicht aus den Augen zu verlieren: „In anderen Worten: kleinteilige, sehr konkrete Forderungen müssen in einen breiteren Zusammenhang gestellt werden. Zum Beispiel: 1.) Die Gentrifizierung und die Wohnungsfrage müssen als eine logische Folge des heutigen Kapitalismus begriffen werden (und nicht einfach und vor allem als einen Mangel an politischem Willen. 2.) Partizipation ist in der Regel ein Mittel der Krisenbewältigung und der Systemstabilisierung (auch wenn es hier und da von oben angestoßene Partizipationsprojekte gibt, die in sich schlüssig sind). 3.) „Urbane Vielfältigkeit“, ist bisweilen für Investoren ein wichtiger Anlagefaktor (so kann übrigens auch „subversive“ Kreativität zu einer Ware gemacht werden, wenn sie entsprechend „gezähmt“ oder gar „domestiziert“ werden). Wenn wir solche Fragen nicht beachten, werden wir vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen.“¹³

Eine revolutionäre Bewegung für das Recht auf Stadt muss sich dieses Spannungsverhältnisses bewusst sein und deswegen immer betonen: Ein „Recht auf Stadt“ muss als ein kollektives Recht begriffen werden, das in der kapitalistischen Gesellschaft nicht „gewährt“ wird, sondern wofür es gemeinsam zu kämpfen gilt, immer im Bewusstsein, dass wir Teilerfolge erzielen können, dass wir aber keine gesellschaftliche Stadt unter kapitalistischen Verhältnissen durchsetzen können.

In diesem Kampf werden verschiedene Ebenen berührt, die wir im Folgenden kurz umreißen wollen. Nicht zufällig ist dabei das Recht auf Wohnen an erster Stelle genannt, auch wenn wir nie aus dem Auge verlieren, dass Urbanität (wie oben ausgeführt) natürlich mehr ist als die Lösung der Wohnungsfrage.

Wohnen – ein Grundrecht!

Dieses elementare Grundrecht wird heute für wachsende Teile der Bevölkerung faktisch mit Füßen getreten. Von extremem Wohnungsmangel sind viele Menschen betroffen, was dazu führt, dass ein immer größerer Teil des Einkommens für Miete aufgebracht werden muss. Auf

Land zu ziehen, ist (wegen der Fahrtkosten) schon finanziell kaum eine Alternative, von der häufig dort fehlenden Infrastruktur, dem Zeitaufwand fürs Fahren usw. ganz zu schweigen.

Parallel dazu sind viele Menschen von Gentrifizierungen, nachfolgenden Mieterhöhungen oder Eigenkündigungen betroffen. Diese Probleme überlagern alles andere und *sind die absolut dringendste* „Baustelle“ im Kampf um Urbanität überhaupt. Mit der herrschenden Politik werden diese Probleme auf keinen Fall zu lösen sein, weil sie nicht in die Eigentumsverhältnisse eingreifen will und weil auch keine öffentlichen Gelder zur Verfügung gestellt werden. Daraus folgt, dass nur eine breite Mieterbewegung einen ausreichenden Druck erzeugen kann, um wenigstens teilweise Abhilfe zu schaffen, was den Betroffenen viel helfen würde. Mietpreisbremsen sind weitestgehend wirkungslos. Es braucht eine sofortige Verwertungsbremse von Kapital in der Immobilienwirtschaft. Die Losungen einer solchen Bewegung (anknüpfend an eine in Berlin laufende Kampagne) könnten sein:

- Sofortiger Stopp für jegliche Mietpreiserhöhung von Wohnraum;
- Enteignung der Immobilienkonzerne und Vergesellschaftung dieser Wohnungen unter Kontrolle der dort Wohnenden; soweit es die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse erlauben bzw. ermöglichen, sollte es nur symbolische Entschädigungen geben, denn den Miethaiern, die sich jahrelang eine goldene Nase „verdient“ haben, sollte man nicht noch Geld hinterherwerfen;
- ebenfalls (und nach vergleichbaren Maßgaben) zu enteignen und zu vergesellschaften sind der gesamte Grund und Boden sowie die Finanzierungsgesellschaften und die Baukonzerne;
- all diese Enteignungsvorgänge sind nur umsetzbar bei einer breiten, massenhaften Selbstorganisation der Mieter*innen. Sie müssen die Kontrolle über die Verwaltung der vergesellschafteten Konzerne ausüben; dies darf nicht einer staatlichen, fernen Bürokratie überlassen werden;
- Auflegen eines umfassenden öffentlichen Wohnungsbauprogramms;
- Enteignung leerstehender Wohnungen;
- Auflegung eines umfassenden *öffentlich finanzierten* Programms zur Sanierung von Altbauten und zur Isolierung (Dämmung) von Mietshäusern;
- Demokratisierung der öffentlichen Wohnungsbau-gesellschaften, Bildung von Mieter*innenräten.

Das Recht auf Stadt wird aber auch an vielen Stellen mit Abwehrkämpfen gegen Megaprojekte beginnen oder sich zuspitzen. Um nur ein krasses Beispiel zu nehmen: 20 km nördlich von Paris soll mit *EuropaCity* ein gigantisches Einkaufsviertel entstehen: 500 Geschäfte, Hotels, Konzertsäle, Erlebnisland mit Skipiste ... Dies ist das genaue Gegenstück zu einer lebenswerten Stadt. Bestes Ackerland (wichtig für die Nahversorgung von Paris) soll aufgegeben werden, um jährlich 30 Millionen Touristen anzuziehen, die in dem geplanten „Erlebnisviertel“ und Einkaufstem-pel ihr Geld lassen sollen, mit dem einzigen Zweck: der maximalen Verwertung der Grundrente.

Ein aktuell bedeutsamer Ansatz für eine Mieterbe-wegung findet sich heute in Berlin mit der Kampagne „Deutsche Wohnen enteignen“.¹⁴ Hier gilt es, sich aktiv zu engagieren.

Herstellung einer lebenswerten Infrastruktur in Stadt und Land

Nicht nur auf dem Land ist die Infrastruktur oft völlig un-zureichend. Auch in den Städten gibt es ganze Viertel, wo es keine Geschäfte gibt, keine ärztliche Versorgung usw. Ziel muss es sein, dass alle Einrichtungen der Daseins-vorsorge für alle Menschen gut erreichbar sind, und zwar ohne Auto! Das setzt eine umfassende Planung voraus (was unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich ist). Nur dann kann gewährleistet werden, dass wir nicht nur alle versorgt werden, sondern schon aus ökologischen Gründen kurze Wege haben. Kurze Wege erhöhen auch auf ande-ren Ebenen die Lebensqualität, nicht nur weil damit Zeit eingespart wird, sondern weil wir damit der Dezentralität näherkommen. Diese ist in der anzustrebenden Gesell-schaftsform eine wesentliche Voraussetzung für maximale Entscheidungsmöglichkeiten der betroffenen Menschen (also der demokratischen Selbstverwaltung).

Zu einer *flächendeckenden* umfänglich geplanten Infra-struktur im Interesse der Menschen gehört der Ausbau und die planmäßige Verteilung solcher Einrichtungen wie Geschäfte, ärztliche Versorgung einschließlich ambulanter Polikliniken, öffentliche Ämter, Schulen, Krippen, Kin-dertagesstätten und Kindergärten, Sporteinrichtungen, Gastronomie usw. Auf dem flachen Land ist dies mit ent-sprechenden öffentlichen Verkehrsmitteln zu verbinden.

Zu einer ausreichenden Infrastruktur gehören aber auch selbstverwaltete Jugendzentren, Kultureinrichtungen usw.

Und es gehören in jedem Viertel dazu: *Orte der Begeg-nung*, also lebbare Plätze (auch Parks usw.)

Eine zentrale Ebene zur Herstellung einer lebenswer-ten Infrastruktur ist die Verkürzung der Wege zur Arbeit. Werke und Büros so zu verlegen, dass sie dort angesiedelt werden, wo die Menschen wohnen (bzw. es nicht weit haben), auch das geht nicht unter kapitalistischen Be-dingungen. Dennoch kann es sich lohnen, bei geplanten Verlagerungen (auf das flache Land) Widerstandsbewe-gungen aufzubauen. Teilsiege können weiterhelfen und sind letztlich die Voraussetzung für das Durchhalten mit langem Atem.

Zu den Sofortmaßnahmen, die es einzufordern gilt, gehören aber auch solche Dinge wie die Sanierung von Luft, Wasser (Flüssen), Böden; die Streichung aller öffent-lichen Schulden, die Bereitstellung von Flächen für Urban Gardening (auch zur Verbesserung der Luft) usw.

Verkehr: Ohne Ausstieg aus der Autogesellschaft keine lebenswerte Stadt

Winfried Wolf und andere haben zum Ausstieg aus der Sackgasse Autogesellschaft ausreichend viel ausgearbeitet und erläutert. Hier nur so viel:

Ohne eine radikale Abkehr vom motorisierten In-dividualverkehr kann keine lebenswerte Stadt gebildet werden. Allererste Ansätze dazu gibt es in solchen Städten wie Nijmegen, Münster, Kopenhagen.¹⁵

Wir zitieren aus einem Flyer der ökosozialistischen Initiative Mainz-Wiesbaden:

„Es geht um mehr als Lärm, Blech und Asphalt. Es gibt nur eine realistische Lösung: Den ÖPNV zum Nulltarif und seinen massiven Ausbau!! Es geht um die Fragen: Wie wollen wir in den nächsten Jahrzehnten leben? Möchten wir weiter in einer Stadt mit hoher Luftverschmutzung leben? Welchen Beitrag kann Mainz leisten, um dem Kli-mawandel zu begegnen? Und nicht zuletzt darum, einen Vorschlag auf den Tisch zu legen, der zum ersten Mal den Bewohnern der Städte zugutekommt, die immer schon mit einem schmalen Budget auskommen mussten.

Tarifloser ÖPNV ist wirkungsvolle Klimapolitik: Anstelle von Dieselsubventionen, milliarden-schweren Ausbaumaßnahmen und Dauerreparaturen des Straßen-systems oder auch den Subventionen in den Klimakiller Elektroauto ist der ÖPNV zum Nulltarif die erste Form praktischer kostensparender Klimapolitik im Verkehrs-sektor. Der ÖPNV zum Nulltarif ist das Verkehrskonzept der Zukunft - nur auf diesem Weg kann eine allgemeine Verkehrswende gelingen.“¹⁶

Für dieses Ziel gilt es heute eine breite Bewegung auf-zubauen, weil es sowohl ein dringendes Problem aufgreift

als auch geeignet ist, breite Bevölkerungskreise zu mobilisieren. Selbstverständlich wird es mit der Durchsetzung des Nulltarifs nicht getan sein. Der ÖPNV muss massiv ausgebaut werden, auch in das Umland hinein:

„Dazu muss die heutige Verkehrsmarktordeung von Grund auf geändert werden. Statt dass die ‚roten Verkehrsarten‘ (Autoverkehr, Flugverkehr, Containerschiffahrt etc.) wie bisher gefördert werden, ist das Schwergewicht zukünftig auf die ‚grünen Verkehrsarten‘ (zu Fuß gehen, Tram, S-Bahn, Bahn und Bus) zu legen.“

Die ‚roten Verkehrsarten‘ müssen massiv eingeschränkt werden! Die ‚Ökosozialistische Initiative Mainz-Wiesbaden‘ erwartet, dass sich dadurch die ökologischen und klimatischen Verhältnisse nicht nur in den Städten verbessern, sondern dass damit auch ein Beitrag im Kampf gegen den Klimakollaps insgesamt geleistet wird.“ (ebenda)

Wie schon bei der Infrastruktur angeführt, geht es um die Priorisierung der kurzen Wege (Dezentralisierung) und um die weitest mögliche Verbannung des PKWs aus den Städten (langfristig sollte das Auto nur für Notdienste, Ärzte, Taxis usw. vorgesehen werden). Die Flächenbahn muss ausgebaut werden, in den Städten müssen Straßenbahnen und Oberleitungsbusse absolute Priorität haben.

Und da wir nicht nur an die Städte denken: Der Flugverkehr muss massiv eingeschränkt und Subventionen (wie Steuerbefreiung des Kerosins) abgeschafft werden; Verbot von Flügen unter 1000 km, usw. Der Fernlastverkehr muss vollständig auf die Schiene verlagert werden (LKW-Verkehr nur zur Feinverteilung mit einem Radius von maximal 200 km).

Wie kämpfen?

Aus der Vielseitigkeit der zu verteidigenden oder zu erkämpfenden Ziele ergibt sich, dass es keine alleinseligmachende Kampfperspektive gibt. Auch die Bündnispartner*innen werden sich von Stadtviertel zu Stadtviertel und von Stadt zu Stadt unterscheiden. Allein schon das Ziel der Konversion der Autoindustrie macht deutlich, dass ein enges Bündnis mit den dort beschäftigten Kolleg*innen und ihrer Gewerkschaft (hier: der IG Metall) zu suchen ist.

Parallel dazu wird es immer wieder der Mobilisierungsformen Platzbesetzungen, Demos usw. bedürfen, immer in dem Bewusstsein, dass diese Formen allein nicht der alles entscheidende Hebel sein werden. Auf die grundlegenden Änderungen der Kräfteverhältnisse wird es ankommen, wenn der Kampf um die ökonomische und politische Macht vorankommen soll. Die Bewegung der Gelbwesten

in Frankreich macht eindrucksvoll vor, was hartnäckiger Kampf bedeutet und wie damit auch die Gewerkschaftsapparate unter Druck gesetzt werden können. In nächster Zeit wird es darauf ankommen, dass die sich in Frankreich gerade anbahnende Verbindung gestärkt und die Staatsmacht letztlich mit einer breiten Streikbewegung herausgefordert wird. Ohne massiven ökonomischen Druck von unten (also mit Streiks) werden bedeutsame Veränderungen (auch der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse) nicht durchzusetzen sein.

So oder so: Auf die maximale Beteiligung der in der Stadt lebenden Menschen, allen voran der Jugend, wird es ankommen. Es muss eine Bewegung von unten sein (vergleichbar mit der Bewegung „Deutsche Wohnen enteignen“) und nicht von oben (mittels Regierungspolitik).

Unruhe in der Stadt erzeugen, das muss die oberste „Bürgerpflicht“ sein. Massenmobilisierungen, kalkulierte Regelverstöße usw. müssen die Kampfformen beherrschen. Blockaden beispielsweise sind dann wirkmächtig, wenn die Ordnungskräfte sich einer breiten Mobilisierung gegenübersehen und wenn die öffentliche Meinung für das Anliegen gewonnen wird.

Also:

Nicht aufs Parlament vertrauen, auf die Kraft der Menschen bauen!

12.4.2019

- 1 Mehr zu den Prinzipien der Rätedemokratie siehe Jakob Schäfer: „Rätedemokratie – Was sonst?“ <https://intersoz.org/raetedemokratie-was-sonst/>
- 2 Marcelo Lopes de Souza: Which Right to which City? Interface Vol. 2 (1): 315 – 333 (May 2010), <https://www.rrojasdatatabank.info/desouza2010.pdf>
- 3 „Le droit à la ville“, Paris 1968, deutsch: „Das Recht auf Stadt“, Hamburg 2016 (Nautilus)
- 4 Anders als in Ländern geringerer industrieller Infrastruktur kommt in Deutschland der Lage der Cluster, also der Dichte der Zulieferindustrien etc. keine nennenswerte Bedeutung zu. Deutschland ist so dicht gefüllt mit Zulieferern, Forschungseinrichtungen, kooperierenden Universitäten, Dienstleistungsbetrieben usw., dass deren Lage in aller Regel für den Ortswechsel eines Betriebs keine nennenswerte Rolle spielt.
- 5 Wikipedia umschreibt dies so: Es handelt sich um einen „sozioökonomischen Strukturwandel großstädtischer Viertel durch eine Attraktivitätssteigerung zugunsten zahlungskräftigerer Eigentümer und Mieter als vorher und deren anschließenden Zuzug. Damit verbunden ist der Austausch ganzer Bevölkerungsgruppen.“
- 6 Mehr zu den damals hochfliegenden Hoffnungen siehe Raul Pont: „Hoffnung für Brasilien Beteiligungshaushalt und Weltsozialforum in Porto Alegre; Entwicklung der PT und Lulas Wahlsieg“, Karlsruhe (Neuer isp Verlag) 2003

7 David Harvey: „Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution.“ Berlin (edition suhrkamp) 2013, S. 23

8 Zum Teil ist gerade dies beispielsweise beim Mietenvolksentscheid in Berlin eingetreten; siehe dazu *Prokla* 171: 265 ff.

9 World Development Report 2009 der Weltbank, zitiert nach Harvey 2013: 69

10 ÖPP: öffentlich-private Partnerschaft

11 Lefebvre a. a. O.: 196 f.

12 Harvey 2013: 46

13 [eigene Übers. von] de Souza, a. a. O. S. 317. An dieser Stelle sei auch eine in Arbeit befindliche und demnächst erscheinende Broschüre von Friedrich Voßkuhler verwiesen.

14 <https://www.dwenteignen.de/>. Für das Initiieren eines Volksbegehrens in Berlin müssen 20.000 gültige Unterschriften innerhalb von sechs Monaten gesammelt werden. Sodann müssen in der ersten Stufe ca. 170.000 gültige Unterschriften innerhalb von vier Monaten gesammelt werden. Volksentscheid: Waren die ersten beiden Stufen erfolgreich, kommt es zu einem Volksentscheid. Dies ist vergleichbar mit einer Parlamentswahl. Zur Abstimmung steht der Vorschlag des Volksbegehrens. Es gilt als angenommen, wenn mehr als 50% der Abstimmenden und mehr als 25% der Wahlberechtigten ihm zustimmen.

15 Mehr dazu siehe Winfried Wolf, „Wann, wenn nicht jetzt? Eckpunkte einer umfassenden Verkehrswende“ In: *Marxistische Blätter* 1/2019).

16 (<https://nulltarif-im-nahverkehr.de/index.html>)



Winfried Wolf

MIT DEM ELEKTROAUTO IN DIE SACKGASSE

Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt

ISBN 978-3-85371-450-8, br., 216 Seiten, 17,90 Euro,
E-Book: 978-3-85371-870-4, 15,99 Euro



Samir Amin

SOUVERÄNITÄT IM DIENST DER VÖLKER

Plädoyer für eine antikapitalistische nationale Entwicklung

ISBN 978-3-85371-453-9, br., 144 Seiten, 17,90 Euro
E-Book: 978-3-85371-872-8, 14,99 Euro

PROMEDIA
www.mediashop.at

RÄTE MIT PARLAMENT VERBINDEN!

Der Artikel „Rätedemokratie? Was sonst!“ von Jakob Schäfer in „die Internationale“ 2/2019 wiederholt im Grunde klassische Positionen des linken Flügels der Arbeiterbewegung (oder von Teilen davon).

■ Paul B. Kleiser

Jakob eskamotiert wesentliche Entwicklungen der letzten 50 Jahre, vor allem die „neuen sozialen Bewegungen“; er enthält eine Reihe von Widersprüchen und wirft zahlreiche ungeklärte Fragen auf. Sie betreffen das Verhältnis von normsetzenden Körperschaften zu (wirtschaftlichen) Entscheidungen von Räten und deren konkrete Beteiligung am politischen Prozess. Eine nachkapitalistische Übergangsgesellschaft muss – gerade nach den Erfahrungen mit der Sowjetunion und China usw. – eine *möglichst große Partizipation* der Bevölkerung an den sozialen und politischen Entscheidungsprozessen gewährleisten. Die lohnabhängige Mehrheit der Bevölkerung stellt heute in vielen Ländern einen größeren Bevölkerungsanteil als vor ein, zwei Generationen – doch ihre konkrete Arbeits- und Lebenssituation fällt viel unterschiedlicher aus als etwa zur Zeit der klassischen Arbeiterbewegung (die Lebenssituation der in der Kohle- und Stahlindustrie oder den klassischen Großfabriken Beschäftigten hatte doch große Ähnlichkeiten, sogar über Landesgrenzen hinweg). Zuletzt konnte man diese „proletarische Lebensweise“ im Polen von Solidarność und im Britannien des Streiks der Bergarbeiter Mitte der 1980er Jahre studieren. Vor allem die große „Bildungsrevolution“ seit den 1960er Jahren hat – neben den Auswirkungen des Chips – zu einer starken Diversifizierung der Klasse geführt, sodass die Zusammenführung der verschiedenen Interessen längst nicht

mehr nach dem Modell der „Einheitspartei“ denkbar ist (wenn sie es je war). Um tendenziell verheerende Machtzusammenballungen und damit Demokratiegefährdungen zu verhindern, plädiere ich für ein System von „checks and balances“ in der nachkapitalistischen Gesellschaft.

Nach dem Zusammenbruch des (völlig undemokratischen und in ökologischer Hinsicht verheerenden) Realsozialismus und der Umwandlung der VR China in einen von der (Führung der) KPCh bürokratisch regulierten Kapitalismus (mit über 100 Dollar-Milliardären) gibt es endgültig keine „drei Sektoren der Weltrevolution“ (Ernest Mandel) mehr. Darüber hinaus sprechen viele soziale Bewegungen, die sich seit den 1970er Jahren weltweit ausgebreitet haben (Frauen, Homosexuelle, Antirassist*innen, Umwelt, Frieden, Bauern/Bäuerinnen und Kleinproduzent*innen usw., wie sie z. B. auf den Sozialforen zusammentrafen), von „eine andere Welt ist möglich“ und formulieren viele richtige konkrete Forderungen, ohne aber positiv angeben zu können, wie – nach dem ruhmlosen Ende des Realsozialismus (in dem laut Dutschke alles real war, nur nicht der Sozialismus) die neue Ordnung dieser anderen Welt im Einzelnen aussehen könnte. Angesichts der drohenden ökologischen und Klimakatastrophe haben heute Dystopien über Utopien die Oberhand gewonnen; es ist inzwischen weit einfacher, sich ein barbarisches Zeitalter mit dem Verlust zahlreicher

zivilisatorischer Errungenschaften als eine radikaldemokratisch organisierte nachkapitalistische Gesellschaft vorzustellen.

Das von Rosa Luxemburg – bei Friedrich Engels entlehnte – Diktum „Sozialismus oder Barbarei“, das die kapitalistische Realität im Umkreis des Ersten Weltkriegs meinte, ist heute aktueller denn je – doch es fehlt eben jene starke (vor allem europäische) Arbeiterbewegung, die damals die sozialistischen Hoffnungen verkörperte. Daher ist es unbedingt notwendig – wenn auch mit zahllosen Schwierigkeiten verbunden – die Grundzüge einer neuen Gesellschaft zu skizzieren, die

- a)** keinen auf der Profitlogik beruhenden Wachstumszwang kennt, sondern zahlreiche Strukturen (etwa den auf dem Automobil beruhenden Individualverkehr) zurückbaut;
- b)** eine Wirtschaft des ökologischen Ausgleichs mit der Natur anstrebt;
- c)** nicht vermehrbare Güter (wie Luft, Wasser, Grund und Boden, Mineralien usw.) als Gemeingüter behandelt, die nur zum Nießbrauch an Private übergeben werden dürfen;
- d)** den internationalen Austausch nach den Grundsätzen der Verarbeitung der Rohstoffe und Produkte vor Ort (heute ist Deutschland der weltgrößte Kaffeeproduzent, weil nur in wenigen Ländern die Verarbeitung möglich ist), der möglichst kurzen Transportwege, sowie der Gerechtigkeit und der Fairness gestaltet;
- d)** ein System konsequenter Partizipation der jeweiligen Bevölkerung an den sie betreffenden Entscheidungen aufbaut.

Kapitalistische Aneignung und bürgerliche Demokratie

In den siebziger Jahren gab es eine Postkarte von Klaus Staeck mit einem Fabriktor, neben dem stand: „Hier endet der demokratische Sektor der Gesellschaft“. Nun wissen wir alle, dass dieser „demokratische Sektor“ auf vielfache Weise vom realen Kapitalismus und den Interessen der verschiedenen Kapitalfraktionen abhängt, eben weil in der Wirtschaft jenes Geld „verdient“ (geschaffen) wird, das man zum Unterhalt von demokratischen Institutionen benötigt (Steuern und Abgaben). Man braucht also noch nicht mal auf die konkreten Reichtums- und Machtverhältnisse (oder das Lobbying), wie sie die bürgerliche Gesellschaft durchziehen, (etwa die Hälfte der Bevölkerung hat praktisch keinen Besitz, weltweit besitzen 40 Multimilliardäre genauso viel wie die unteren 3,5 Mrd. Menschen) einzugehen, um den *grundlegenden Widerspruch*

zwischen Profitlogik und der Logik der Demokratie herauszuarbeiten. Etwas einseitig pointiert ließe sich unser Programm als „Befreiung der Demokratie vom Kapitalismus“ überschreiben. Das ist deswegen wichtig, weil es – entgegen ultralinken Positionen – historisch betrachtet ein konfliktuelles Verhältnis zwischen beiden gibt.

Die Bourgeoisie und später die bürgerlichen Parteien haben seit 1789 immer versucht, die Demokratie auf formale Entscheidungsprozesse zu begrenzen. (Bei heftigen sozialen Kämpfen griff man u. U. auch zum Mittel der Diktatur!) *Freiheit, Gleichheit und Solidarität* sind auch unsere Werte, aber sie meinen reale Freiheit (und nicht Freiheit der Kapitalbewegung und der Ausbeutung, reale Gleichheit (und nicht nur illusorische Gleichheit vor dem Gesetz) und konkrete Solidarität (und nicht nur Brosamen vom Tische der Reichen). Gegen die bourgeoise Auslegung dieser Werte gab es aber immer wieder soziale Bewegungen, die die Demokratie als einen Prozess sich ausweitender *Partizipation* begriffen, bis hin zu Versuchen, auch die Wirtschaft den demokratischen Entscheidungen der Beschäftigten zu unterwerfen. Die radikaleren Varianten dieser Form der Abschaffung der Macht des Kapitals (oder zumindest der Versuche dazu) erfolgten in Russland und Deutschland durch Arbeiterräte. So beschloss z.B. der gesamtdeutsche Rätekongress 1918 die Einrichtung einer „Sozialisierungskommission“ unter Beteiligung von Experten, die Vorschläge zu Inhalt und Form der Sozialisierungen in der Wirtschaft (bes. der Schwerindustrie) und einer Landreform erarbeiten sollte. Den Vorsitz führte der frühere Theoriepapst der SPD, der vor allem wegen der Kriegsfrage (Zusammenarbeit von Ebert und Co. mit der Obersten Heeresleitung) zur USPD übergewechselte Karl Kautsky.

Die Rätebewegung in Deutschland (und Österreich-Ungarn) war – vor dem Hintergrund der Erschütterungen und Zerstörungen des Ersten Weltkriegs und der politischen Krise der Monarchie – die wahrscheinlich *stärkste soziale Bewegung in der deutschen Geschichte*. Sie konnte zahlreiche demokratische Forderungen, wie das Frauenwahlrecht, den Achtstundentag, das Verbot der Kinderarbeit, die Trennung von Staat und Kirche bzw. die Abschaffung der kirchlichen Schulaufsicht usw. durchsetzen. Mithilfe der MSPD unter Ebert und Noske wurde die Rätebewegung, deren Mitglieder mehrheitlich Sozialdemokraten waren, doch mit der Parteiführung häufig im Clinch lagen, politisch kastriert und die radikaleren Teile von Freikorps (in Berlin Januar und März 1919) militärisch bekämpft; die bayerische Räterepublik wurde durch

Freikorps im Blut erstickt. Die Sozialisierungsvorschläge wanderten sodann in die Ablage.

Schon in der konkreten Arbeit hatten die Soldatenräte (die sich zunächst gegen die Befehle der Offiziere wehrten), vor allem mit der Organisation der Entlassung der Männer aus der Armee, der Einforderung von Übergangsgeldern und der Suche nach Arbeitsplätzen zu tun; die Arbeiterräte (Frauen spielten eine geringe Rolle, die klassische Arbeitsteilung wurde nach Ende des Krieges weitgehend wieder hergestellt) mussten bei der Umstellung der Produktion auf die Bedürfnisse nach Nachkriegszeit bzw. beim Wieder-in-Gang-Bringen der Produktion mannigfaltige konkrete Aufgaben übernehmen; von daher war es relativ leicht möglich, sie in eine Art Kontrollorgan (die Betriebsräte mit ihren Befugnissen stellen bis heute eine deutsche Besonderheit dar) umzubauen. Nur eine ganz kleine Minderheit am linken Flügel der USPD (die bei den Wahlen zur Nationalversammlung ganze 7,6 % der Stimmen bekam), die Berliner Obleute um Richard Müller und die Bremer Linke, traten für das sog. „reine Räteystem“ ein, für das sich wohl auch Jakob erwärmt.

Die wichtigsten Vorschläge zu einer Verbindung von Parlament und Räteorganen stammten vom ersten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, der die Räte vor allem für das Vorantreiben des Demokratisierungsprozesses der Gesellschaft nutzen wollte. Gerade die Wirtschaft sollte der Kontrolle der Räte und ggf. ihrer Leitung unterworfen werden. In Bayern gab es sogar (politisch zumeist im kirchenkritischen Bayerischen Bauernbund organisiert) Bauernräte, mit deren Hilfe Eisner einen Lieferstreik des Landes gegen die Großstädte verhindern wollte.

In Russland – wo die Sowjets in den Großstädten auch wegen der geringen Leistungsfähigkeit der Zivilverwaltung eine bedeutende Rolle spielten (vgl. die Arbeiten von David Mandel) – ergab sich aufgrund der daniederliegenden Wirtschaft und des Bürgerkriegs ein Prozess der raschen Entdemokratisierung und Militarisierung, an dessen Ende die Diktatur der Bolschewiki und – nach Ausschaltung oppositioneller Fraktionen zunächst auf der Linken und sodann der „Rechten“ – die Diktatur der Stalinfraktion stand. Das hatte auch mit Unklarheiten im Hinblick auf die längerfristigen konkreten Funktionen der Sowjets (und ihrem Verhältnis zu Parteien) zu tun.

Parlament und Räte­demokratie

Angesichts der (hier nur kursorisch beschriebenen) historischen Erfahrungen scheint mir klar zu sein, dass eine kommende sozialistische Gesellschaft weit demokratischer

sein muss als die bürgerliche Demokratie, die eben vor den Fabrik- oder Bürotoren Halt macht. Wie könnte das möglich werden?

Zur Klarstellung: Wir sprechen hier über die Organisation einer nachrevolutionären Übergangsgesellschaft. Ihre erste Aufgabe nach einer erfolgreichen Revolution wäre die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, die eine neue Verfassung auszuarbeiten hätte. M. E. müsste sie von allen Einwohnern des Landes ab 16 Jahren gewählt werden, wobei die Wahllisten nach *Geschlechterparität* aufzustellen wären. Der Versammlung würde also eine gleiche Zahl von Frauen und Männern angehören.

Aus der Tradition der bürgerlichen Revolutionen (USA und Frankreich) und den dort erfolgten sozialen Kämpfen sollten übernommen werden: 1. Die Garantie der Menschenwürde und der Menschenrechte (Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit; die Menschenrechte müssen um die sozialen Rechte erweitert werden, wie dies bereits auch in der UNO gefordert wird); 2. Das Demokratieprinzip (gleichberechtigte Teilnahme aller Bürger*innen am Prozess der Willensbildung, Freiheit der Gründung von Organisationen und Parteien, Recht auf Ausübung von Opposition); 3. Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, auch und gerade der Verwaltung (Verbot der Willkür).

Daraus folgt, dass die Gesetzgebung an die Verfassung zu binden ist und sich auch die Jurisdiktion danach zu richten hat; die Gerichte müssen deshalb unabhängig sein (wie von Jakob auch richtig ausgeführt). Ob man zur Wahl der Richter*innen (nach US-amerikanischem Vorbild) übergehen sollte, ist strittig; ich würde eine solche Wahl auf die Besetzung der obersten Gerichte beschränken.

Für mich ergibt sich aus dem Demokratieprinzip eindeutig, dass eine Nationalversammlung als gesetzgebende Versammlung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht aller Bürger*innen zu wählen ist. Sie kann (im herkömmlichen Wortsinn) keine Räteversammlung sein, weil die Räte Organe der Interessensvertretung der jeweiligen Gruppen, die sie vertreten, sind. Ihr Agieren muss aber auf einer vorher festgelegten gesetzlichen Grundlage erfolgen, wenn man nicht in die Fehler des Realsozialismus zurückfallen will, wo letztlich die Partei (oder deren Spitze) entschieden hat. Auch die jederzeitige Abberufung der Gewählten ist aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit abzulehnen (Gefahr des Populismus); für eine Revokation (z. B. nach der Hälfte der Legislatur wie ursprünglich in

Venezuela unter Chávez oder nach festzulegenden Verfehlungen) muss es klare rechtsstaatliche Grundsätze geben.

Hingegen ist durchaus denkbar, dass die Wirtschaftsplanung durch eine Räteversammlung organisiert wird, die sich aus nach einem bestimmten Schlüssel gewählten Delegierten der verschiedenen Betriebe und Wirtschaftsbranchen zusammensetzt. Ihre Aufgabe bestünde dann in der Erstellung eines jährlichen und eines längerfristigen (z. B. 5 oder 10 Jahre) wirtschaftlichen Gesamtplanes, der besonders ökologische und soziale Gesichtspunkte berücksichtigen müsste. Weitere Räteversammlungen auf Ebene der Länder und der Kommunen müssten dann diese Grundzüge auf ihre jeweilige Situation herunterbrechen.

Subsidiarität

Konservative und Grüne reden gerne von Subsidiarität (politische Entscheidungen sollen möglichst basisnah getroffen werden); doch letztlich obsiegt fast immer der reale Kapitalismus mit der Grundtendenz des Kapitals von Konzentration und Zentralisierung (laut Marx „schlägt ein Kapitalist viele andere tot“). Heute bestimmen gut 150 global agierende Konzerne ganz maßgeblich das weltweite Wirtschaftsgeschehen.

In einer nachkapitalistischen Übergangsgesellschaft würden nur die grundlegenden wirtschaftlichen Entscheidungen (etwa die Konsum- und Investitionsquote insgesamt sowie die der verschiedenen Branchen, sowie die Fragen von Aus- und Einfuhren oder die gesamte Verkehrsstruktur) durch den nationalen Rätekongress getroffen. Die Konkretisierung auf der regionalen bzw. kommunalen Ebene könnte dann durch die jeweiligen dezentralen Rätestrukturen erfolgen. Der Bundesrat könnte dann in ein Organ der Interessensvertretung der Länder und Kommunen, deren Rechte erheblich gestärkt werden müssten, umgebaut werden.



ANTIZIONISMUS= ANTISEMITISMUS? WAS STECKT HINTER DIESER GLEICHUNG?

Kritik an der israelischen Staatsführung und dem geschlossenen Marsch nach rechts aller staatstragenden Parteien und an deren Annexions- und Unterdrückungspolitik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung wird nahezu unisono unter den Generalverdacht des Antisemitismus gestellt und mundtot gemacht. Daher veröffentlichen wir einen Vortrag des Autors bei der Sommeruniversität der französischen NPA, in dem diese Entwicklung in Frankreich scharf kritisiert wird. Die Parallelen zu anderen Ländern wie England oder Deutschland sind unübersehbar.

■ **Dominique Vidal**

Mein neuestes Buch mit dem Titel *Antizionismus = Antisemitismus?* trägt den Untertitel *Antwort auf Emmanuel Macron*. Es geht dabei keineswegs um eine stilistische Frage. Ich beschloss, es am 16. Juli zu schreiben, nachdem ich die Rede des Präsidenten der Republik zum Gedenken an den 75. Jahrestag des Überfalls auf Vel d'Hiv gehört hatte. Nicht nur hat er erstmals den israelischen Premierminister zu dieser Zeremonie eingeladen und ihn seinen „lieben Bibi“ genannt, sondern am Ende seiner (ausgezeichneten) Rede geäußert: „Wir werden dem Antizionismus nicht nachgeben, denn er ist die moderne Form des Antisemitismus.“

Noch nie zuvor hat ein französischer Präsident, nicht einmal Nicolas Sarkozy oder François Hollande, diese befremdliche Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus aufgegriffen. Befremdlich insofern als er alles in einen Topf wirft: ein Verbrechen – den judenfeindlichen Rassismus, der vom Gesetz wie alle anderen Formen des

Rassismus unter Strafe steht – und eine Meinung, die in Abrede stellt, dass eine Assimilation der Juden unmöglich und folglich ein Staat notwendig sei, in dem sie [die in der Welt verstreuten Juden, (Anm. d. Red.)] sich alle wiederfinden könnten, und die darüber hinaus die Politik dieses Staates infrage stellt.

Ein rückläufiges Phänomen ...

Der Antijudaismus und später der Antisemitismus sind Teil der europäischen Geschichte, notabene mehr noch als in der arabischen Welt. Jahrhunderte lang führten sie zu Diskriminierungen, Vertreibungen und Massakern, etwa während der Kreuzzüge, aber auch – vor allem im 19. Jahrhundert – während der „Pogrome“ des Zarenreichs. Diese Verfolgungen erreichten ihren Höhepunkt mit dem nationalsozialistischen Völkermord, der sicherlich auch andere Gruppen (Zigeuner, psychisch Kranke, Slawen etc.) betraf, in dem die Juden jedoch die einzige Gruppe bildeten, die bis zur

letzten Person getötet werden sollte: Die Hälfte der Juden Europas, ein Drittel der jüdischen Bevölkerung der Welt, wurde dabei vernichtet.

In Frankreich, wo das Vichy-Regime und seine Polizei aktiv an der Deportation von 75 000 Juden mitgewirkt haben (von insgesamt 330 000 französischen und ausländischen Juden, was immerhin für die Solidarität spricht, die ihnen dennoch zuteilwurde), ist der Antisemitismus seit dem Krieg stetig zurückgegangen. Nach allen Umfragen stellt er heute eine randständige Ideologie dar, während die Islamophobie nahezu Konsens ist.

Der beste Beweis dafür ist zunächst die Antwort unserer Landsleute auf die Frage „Sind Juden ‚Franzosen wie alle anderen?‘“. 1946 antwortete nur ein Drittel mit Ja. Siebzig Jahre später – laut einer IPSOS-Umfrage – liegt der Anteil tatsächlich bei 92 Prozent! Darüber hinaus glauben 93 %, dass „es keine Entschuldigung für eine antisemitische Handlung oder Äußerung geben kann“. Diese Befragungsergebnisse sind umso wichtiger, als zugleich die Ablehnung der Muslime wächst. Nicht nur, dass 36 % der Befragten (+12 in einem Jahr) sie für „schlecht integriert“ halten, sondern 83 % geben ihnen die Schuld dafür, weil sie „sich zurückzögen“ und sich weigerten, „sich gegenüber der Gesellschaft zu öffnen“. Dem gegenüber sind es bloß 17 %, die auf die Verantwortung der Gesellschaft dafür verweisen.

Andererseits – und dies ist die zweite Feststellung – beobachten die Forscher, dass sich bestimmte Vorurteile gegenüber den Juden halten, auch wenn sie rückläufig sind: 52 % der Franzosen denken, dass „die Juden Israel mehr verbunden sind als Frankreich“, 52 %, dass „die Juden viel Macht haben“, 51 %, dass „die Juden reicher sind als durchschnittliche Franzosen“, und 38 %, dass „die Juden in den Medien ein wenig zu stark vertreten sind“. Aber es gibt auch Vorurteile – und wie viele! – gegen Korsen, Bretonen oder Auvergnaten: Sprechen wir deshalb von korsen-, bretonen- oder auvergnatenfeindlichem Rassismus?

Drittens kam es in Frankreich jedoch Anfang der 2000er Jahre zu einem regelrechten Ausbruch jüdenfeindlicher Gewalt. Die Nationale Beratungskommission für Menschenrechte (CNCDH) veröffentlicht jedes Jahr einen Bericht unter dem Titel *Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit*, der die Entwicklung rassistischer Handlungen und Bedrohungen verfolgt. Diese Kategorie der „Bedrohung“ umfasst sowohl eine beleidigende E-Mail als auch einen anonymen Brief oder ein Graffiti auf öffentlichen Wegen. Daher beziehen wir uns lieber auf die „Handlungen“. Im Jahr 2002 hat sich die Zahl der letzteren im Vergleich zu 2001 vervierfacht, und die

Zahl der antisemitischen Handlungen sogar versechsfacht. Seit 2003 ist jedoch ein starker Rückgang der antisemitischen Gewalttaten (-36 %) und anderer rassistischer Gewalttaten (-23 %) zu verzeichnen.

Dieser Rückgang setzte sich – unterschiedlich stark – in den Folgejahren fort, was Gewalttaten gegen Juden anlangt. Andererseits halten sich rassistische Gewalttaten und besonders solche gegen Muslime auf hohem Niveau und sind 2015 im Zusammenhang mit den Terroranschlägen regelrecht explodiert (+ 200 %). Im Jahr 2016 sind sie wiederum um fast 60 % gesunken und auch 2017 erneut rückläufig gewesen: 121 islamophobe Vorfälle (-34,5 %), 311 jüdenfeindliche Vorfälle (-7,2 %) und 518 andere rassistische Vorfälle (-14,8 %). Allerdings haben die Gewalttaten im eigentlichen Sinn zugenommen: 72 gegen Muslime (67 im Jahr 2016) und 97 gegen Juden (77 im Jahr 2016).

... dem dennoch weiterhin Aufmerksamkeit gebührt

Manche Intellektuelle sprechen seit etwa fünfzehn Jahren gar von einem „muslimischen Antisemitismus“. Diese These war sogar Gegenstand eines Prozesses, wobei der Historiker Georges Bensoussan in der Sendung „Répliques“ von Alain Finkielkraut den Soziologen Smaïn Laacher falsch zitiert hatte, nämlich dass dieser behauptet habe, dass „in arabischen Familien [...] Antisemitismus mit der Muttermilch aufgesogen wird“. Obwohl er von der Anklage wegen „Aufstachelung zum Rassenhass“ freigesprochen wurde, hat der Direktor der Schoah-Gedenkstätte Bensoussan dennoch vom *Hohen Rat für audiovisuelle Medien* (CSA, eine Art von Aufsichtsbehörde) eine Verwarnung erhalten, da dieser der Ansicht war, dass „bestimmte Bemerkungen von Herrn Bensoussan [...] diskriminierendes Verhalten fördern könnten“.

Abgesehen von solchen Entgleisungen wurde diese Debatte durch eine Umfrage der Stiftung für politische Innovation aus dem Jahr 2014 angeheizt, die heftige Reaktionen hervorgerufen hat. So forderte die Soziologin und Politologin Nonna Mayer in *Le Monde* dazu auf, „rigoros gegen den Antisemitismus die Stimme zu erheben“. Neben ihrer strengen methodischen Kritik mahnte die Forscherin an, dass „der Begriff des ‚neuen Antisemitismus‘ viel allgemeiner gefasst werden müsste“, nämlich so, wie er insbesondere durch „die Arbeiten von Pierre-André Taguieff“ definiert ist. Denn letzterer, so Nonna Mayer, „sieht einen Antisemitismus, der hinter der Kritik an Israel und dem Zionismus im Namen des Antirassismus und der Menschenrechte verborgen ist und sowohl vom radikalen Islamismus als auch von den linksextremen Ideologien über die Befreiung der Dritten Welt getragen wird“.

Alle diese oben genannten Zahlen geben jedoch nicht die ganze Realität wieder, nämlich das, was die Betroffenen erlebt haben. Zumal zum ersten Mal seit 1945 wieder Anfang dieses Jahrhunderts Juden als solche ermordet wurden: die vier jüdischen Opfer von Mohammed Merah, die vier Märtyrer des Koscher-Supermarkts, aber auch Ilan Halimi, Lucie Attal-Halimi und Mireille Knoll. Auch wenn die Motive der Mörder komplexer waren – abscheuliche Morde oder gar Taten von Wahnsinnigen – werden sie zuvörderst als antisemitisch wahrgenommen.

Das bedeutet, dass der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus notwendiger denn je ist. Und dass er dauernde Wachsamkeit erfordert. Jede Aufstachelung zum Rassenhass und jede Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus müssen bekämpft und bestraft werden. Unter diesem Aspekt liefern die Antirassismusgesetze von 1881 und 1972, das Gayssot-Gesetz von 1990 und das Strafgesetzbuch ein wirksames juristisches Arsenal.

Dieses muss jedoch auch angewendet werden. Jahrelang konnten Leute wie Dieudonné oder Soral mit ihrem Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus ungestraft kokettieren. Außer den Provokationen dieser ehemaligen Linken, die stramm nach rechts marschiert sind, gab es freilich auch verbale Entgleisungen, die seitens bestimmter selbsternannter Vertreter der palästinensischen Sache begangen oder hingenommen wurden. Hier zur Klarheit: Gegenüber solchen Anschuldigungen müssen Aktivist*innen, die sich als antizionistisch verstehen, größte Wachsamkeit walten lassen. Jeder „Ausrutscher“ wird ihnen teuer zu stehen kommen und, abgesehen von ihrer Person, auch dem Anliegen, für das sie eintreten.

Soviel zum ersten Begriff von Macrons Gleichung.

Zionismus und Antizionismus in der Geschichte

Kommen wir auf den zweiten zu sprechen. Historisch gesehen führte der wachsende Antisemitismus Ende des 19. Jahrhunderts auch zur Geburt des Zionismus. Angesichts der Pogrome von 1881/82 in Russland und später als unmittelbarer Augenzeuge der Affäre um Hauptmann Dreyfus 1895 in Paris, kam Theodor Herzl zu dem Schluss, dass Juden immer Fremdkörper bleiben (nicht assimilierbar sind) – selbst in dem Land, das sie als erstes emanzipiert hat – und dass sie deshalb über einen eigenen Staat verfügen müssen. 1896 veröffentlichte er den *Judenstaat* und berief im Folgejahr den Ersten Weltzionistenkongress ein: „Der Zionismus oder vielmehr sein Programm erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.“ Der Gründer der Bewegung übersieht

dabei, dass in diesem Land ein indigenes arabisches Volk lebt, das damals 90 % der dortigen Bevölkerung ausmachte, und dass der Zionismus ihnen nach und nach alle ihre Rechte nehmen würde.

Zwanzig Jahre nach dem Basler Kongress erklärte sich das Vereinigte Königreich in der Balfour-Deklaration mit dem Ziel einverstanden, eine jüdische „nationale Heimstätte“ in Palästina, das ihm ab 1922 als Mandatarmacht unterstand, zu schaffen. Aber bis zum Zweiten Weltkrieg und trotz der britischen Bemühungen stießen die Erben von Herzl bei den Juden kaum auf Resonanz: Die meisten jüdischen politischen Bewegungen waren gegen diese Pläne. Für die jüdischen Kommunisten lag die Lösung der jüdischen Frage in der sozialistischen Revolution. Lenin prangerte bereits 1903 den jüdischen Nationalismus an: „Die wissenschaftlich völlig unhaltbare Idee eines besonderen jüdischen Volkes ist ihrer politischen Bedeutung nach reaktionär.“ Für den bolschewistischen Führer ist „in ganz Europa [...] der Verfall des Mittelalters und die Entwicklung der politischen Freiheit Hand in Hand gegangen mit der politischen Emanzipation der Juden, mit ihrem Übergang vom Jiddischen zur Sprache desjenigen Volkes, in dessen Mitte sie leben, und überhaupt mit einem zweifellosen Fortschreiten ihrer Assimilierung an die sie umgebende Bevölkerung.“¹

Deshalb polemisierte Lenin damals auch gegen den *Bund*, den Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland, obwohl der auch gegen die Gründung eines jüdischen Staates war. Die Lösung der „Judenfrage“ lag für diese sozialdemokratische Bewegung darin, dass die Juden in den Ländern, in denen sie lebten, eine kulturelle Autonomie erlangten. Die Bundisten glaubten, dass die Kultur den Juden als Zement dienen müsse und nicht ein Staat oder ein Territorium. Sie betrachteten den Zionismus „als eine Reaktion der bürgerlichen Klasse gegen den Antisemitismus und die abnormale Situation des jüdischen Volkes. Der politische Zionismus, der darauf abzielt, ein Territorium für das jüdische Volk zu schaffen, kann nicht für sich beanspruchen, die jüdische Frage damit zu lösen [...] oder das Volk als Ganzes zufrieden zu stellen.“

Die Jüdisch-Orthodoxen wiederum sind strikt gegen den Zionismus. Sich einen jüdischen Staat vor der Ankunft des Messias vorzustellen, ist für sie schlicht und ergreifend Blasphemie. Nur die religiöse Bewegung Mizrahi sieht keinen Widerspruch zwischen dem Glauben und der Vision von Herzl. Erst 1949 verständigte sich ein nennenswerter Teil der Orthodoxen auf einen Kompromiss mit dem jungen Staat Israel – für sie ein sogenannter „Status quo“, der die gegenseitigen Verpflichtungen von Staat und Religion

definierte. Durch erzwungene Konzessionen würde der Staat der Religion immer mehr Raum zugestehen. Mittlerweile stellt nur noch eine Minderheit der Ultraorthodoxen die Existenz des Staates Israel in Frage.

Umgekehrt sparten auch Herzl und seine Nachfolger nicht an Kritik gegenüber den Orthodoxen: Für sie hat die Religion das jüdische Volk in eine passive Herde verwandelt, die ihre Erlösung und Emanzipation bloß in der Ankunft des Messias sieht, die dann dem jüdischen Volk die Rückkehr in seine historische Heimat ermöglichen würde – also infolge einer göttlichen Fügung und nicht eines von den Menschen gefassten politischen Ziels.

Der jüdische Genozid

Die Zahlen sprechen für sich: Die überwiegende Mehrheit der Juden, die Mittel- und Osteuropa verließen, ging nach Westeuropa und mehr noch in die USA – etwa 3,5 Millionen von 1881 bis 1924. Im Gegensatz dazu lebten in dem britisch verwalteten Palästina zu Beginn des Zweiten Weltkriegs nur 460 000 Juden, was damals 2,9 % der jüdischen Weltbevölkerung entsprach.

Ein großer Teil der Eingewanderten kam aus Deutschland. Der Aufstieg des Nationalsozialismus forcierte die jüdische Auswanderung nach Palästina: Von 1932 bis 1939 stieg sie auf 247 000 oder 30 000 pro Jahr, viermal mehr als seit dem Ende des Ersten Weltkriegs! Ursächlich dafür war weniger eine „bewusste Entscheidung für den Zionismus“ als eine Flucht vor der Verfolgung, die durch das so genannte Transfer-Abkommen ermöglicht wurde, das die Zionistische Weltorganisation am 25. August 1933 mit der NS-Regierung abgeschlossen hat: Im Gegensatz zu anderen, die keine Mark in der Tasche hatten, konnten deutsche Juden, die nach Palästina gingen, dort einen Teil ihres Vermögens in Form von Waren zurückbekommen, die aus dem Deutschen Reich exportiert wurden. Mehrere zehntausend deutsche Juden konnten so ihr Leben retten. Für einen jedoch sollte dieses Abkommen seinen ganz besonderen Preis haben, nämlich für den zionistischen Verhandlungsführer Haim Arlosoroff, der am 16. Juni 1933 am Strand von Tel Aviv ermordet wurde.

Nicht etwa, dass Hitler zum Zionismus konvertiert wäre. Das NS-Regime hatte sich lediglich in seinen Anfangsjahren noch nicht auf die „Endlösung der Judenfrage“ festgelegt. Zunächst einmal ging es ihm darum, die Juden aus der deutschen Gesellschaft auszuschließen und sie zur Auswanderung zu bewegen. Im zweiten Schritt kamen die Massendeportationen dran: zuerst nach Madagaskar, dann nach Polen und schließlich nach Sibirien. Der eigentliche Völkermord wurde

erst nach der Invasion der UdSSR am 22. Juni 1941 forciert.

Der Nazi-Genozid stellte alles auf den Kopf. Sechs Millionen Juden wurden vernichtet und Hunderttausende von Überlebenden konnten nicht nach Hause zurückkehren. Washington verweigert ihnen jedes Visum. Viele wanderten nach Palästina und dann nach Israel aus, während durch den Krieg 1947–1949 von dort 800 000 Araber vertrieben wurden. Wie in der Zwischenkriegszeit taten die Juden, die dorthin gingen, dies weniger infolge einer „bewussten Entscheidung für den Zionismus“, sondern weil sie sich dazu verpflichtet hatten oder aus Berechnung, egal ob es sich um arabische Juden oder solche aus der Sowjetunion handelte.

In beiden Fällen ist die jüdische Einwanderung (Alija) durch besondere Umstände bedingt. Bei den arabischen Juden sind die Gründe für die Auswanderung von Land zu Land unterschiedlich. Einige wurden vertrieben, wie in Ägypten. Andere wurden von den israelischen Behörden „importiert“, aus Marokko, Jemen, Äthiopien und größtenteils dem Irak. Von Algerien aus gingen die meisten Juden nach Frankreich, dessen Staatsbürger sie waren. Nur wenige all dieser Einwanderer aus den 1940er bis 1970er Jahren gingen aus ideologischen Gründen nach Israel. Das Gleiche gilt für die sowjetischen Juden, von denen ein großer Teil übrigens gar keine Juden waren, denn das Verbot der jüdischen Glaubensausübung machte es schwierig, Juden als solche zu identifizieren. Die meisten dieser Ankömmlinge nutzten die Vereinbarung zwischen Michail Gorbatschow und Jitzchak Schamir, aus der UdSSR auszureisen, ohne freilich zu wissen, dass der israelische Premierminister dafür gesorgt hatte, dass sie gar nicht nach Europa oder in die USA weiterreisen konnten, wie es viele eigentlich geplant hatten.

Siebzig Jahre nach seiner Gründung und nach mehreren Einwanderungswellen hat Israel 6,5 Millionen jüdische Einwohner und mit den besetzten Gebieten die gleiche Zahl von Palästinensern. Das bedeutet, dass die Mehrheit der weltweit 16 Millionen Juden immer noch anderswo lebt. Darüber hinaus assimilieren sich diese in den westlichen Ländern dadurch, dass sie mehrheitlich Nichtjuden heiraten. Und Hunderttausende Israelis haben ihr Land verlassen, wo sie nicht mehr leben – allein in Berlin gibt es mehr als 100 000 von ihnen. Selbst unter den Juden in unserem Land, die in den letzten Jahren infolge der antisemitischen Umtriebe nach Israel gegangen sind, ist ein großer Teil nach Frankreich zurückgekehrt.

Ein Imageschaden

Müssen etwa all die Juden, die generationenlang dem Ruf des Zionismus nach Israel widerstanden, als Antisemiten

gelten? Oder vielmehr bloß als Bürger, die es vorgezogen haben, ihr Leben weiter in ihrer langjährigen oder angenommenen Heimat zu führen? Historisch gesehen ist die Redewendung des Präsidenten der Republik daher absurd.

In Frankreich herrscht ein durchaus realistisches Bild von Israel. Laut der jüngsten Meinungsumfrage haben 57 % ein „schlechtes Bild von Israel“ (68 % bei den unter 35-Jährigen), 69 % ein „schlechtes Bild vom Zionismus“ (74 % bei den unter 35-Jährigen) und 71 % glauben, dass „Israels Weigerung, mit den Palästinensern zu verhandeln, verantwortungslos ist“ (68 % bei den unter 35-Jährigen). Die allerneueste Umfrage ergab, dass 67 % der Befragten dafür sind, dass „Präsident Macron ausdrücklich mögliche Sanktionen beim Treffen mit Benjamin Netanjahu ansprechen sollte“. Sind sie deswegen antisemitisch? Nein, natürlich nicht. Die erwähnte Studie firmiert unter dem Titel „Ein Antizionismus, der nichts mit Antisemitismus zu tun hat“. Dabei sind die Anhänger von France Insoumise und der Kommunistischen Partei sowohl am kritischsten gegenüber der israelischen Politik als auch zugleich am empathischsten gegenüber den Juden Frankreichs. Die Schlussfolgerung der Studie lautet, „dass es auf individueller Ebene keinen offensichtlichen Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Antizionismus gibt“. „Zwar hängen beide Einstellungen miteinander zusammen, aber meistens betreffen sie unterschiedliche Individuen“. Das Fazit von Brice Teinturier, der die Umfrage auf der Akademy-Website präsentiert, lautet: „Man kann also nicht vereinfacht und überspitzt behaupten, dass die eine Haltung die andere bloß kaschiert.“

Nicht nur, dass Macrons Äußerung unsinnig ist, sie birgt auch politisch eine ernste Gefahr für die Meinungs- und Gedankenfreiheit. Das Manöver der israelischen Politiker und ihrer Adepten in Frankreich ist durchsichtig: Sie versuchen, jede Kritik an ihrer Politik zu kriminalisieren, weil sie wissen, dass sie isoliert sind. Dies zeigt sich darin, dass der Staat Palästina immer mehr offiziell anerkannt wird, zunächst von der UNESCO (2011), dann von der UN-Vollversammlung (2012) und sogar vom Internationalen Strafgerichtshof (2015). Vor einigen Wochen stimmte die UN-Vollversammlung mit 176 zu 7 Stimmen (Kanada, USA, Israel, Israel, Marshallinseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Nauru und Palau) bei 4 Enthaltungen (Kamerun, Honduras, Togo, Tonga) für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes.

Und diese Isolierung wird wohl nicht abnehmen, denn die rechte bis rechtsextreme Regierung in Tel Aviv befindet sich auf einem beunruhigenden Radikalisierungskurs.

Sie nutzt die Unterstützung der Trump-Regierung und ihr Bündnis mit Saudi-Arabien gegen den Iran, um von der forcierten Kolonisierung zur Annexion überzugehen. Von der Knesset sind diesbezüglich mehrere Gesetze verabschiedet worden oder stehen vor der Verabschiedung. Letztendlich wird Tel Aviv die sogenannte Zwei-Staaten-Lösung zugunsten eines einzigen Staates begraben, in dem die gemeinsam mit ihrem Landbesitz annektierten Palästinenser*innen kein Wahlrecht hätten, sondern einen Apartheidstatus.

Das neue Grundgesetz, das derzeit in der Knesset verabschiedet wird, symbolisiert diesen Wendepunkt. In der Version von 1992 wurde Israel als „jüdischer und demokratischer Staat“ definiert: Der in erster Lesung angenommene Entwurf spricht nunmehr vom „Nationalstaat des jüdischen Volkes“. Und weiter: „Das Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel steht nur dem jüdischen Volk zu.“ Darüber hinaus wird dem Arabischen sein Status als „Staatsprache“ entzogen und nur noch dem Hebräischen vorbehalten sein. Kurzum wird hier ausdrücklich die Unabhängigkeitserklärung aufgehoben, in der es am 14. Mai 1948 hieß, dass der neue Staat „sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen wird. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten ...“

Leider haben diese Politiker durchaus eine Basis in der Bevölkerung: Umfragen zufolge hält es die Hälfte der Befragten nicht für „klug“, weiter die Kolonisierung des Westjordanlandes zu betreiben, und 53 % lehnen dessen Annexion ab. Aber nur 24 % glauben, dass die Palästinenser im Falle einer Annexion das Wahlrecht haben sollten und 30 % würden ihnen einen „Einwohnerstatus“ zugestehen. Israels Image in der Weltöffentlichkeit wird sicher nicht besser werden, wenn das Land von der Kolonisation zur Annexion der Palästinensergebiete übergeht.

Daher wollen die extremen Rechten in Israel und ihre Gewährsleute in Frankreich jeden Protest unterbinden. In erster Linie soll dafür die Kampagne Boykott-Desinvestment-Sanktion (BDS) an den Pranger gestellt werden. Da es kein Gesetz gibt, das diese verbietet, stützen sich die Zensoren auf einen von Michèle Alliot-Marie unterzeichneten Ministerialerlass, der von einigen wenigen Staatsanwälten befolgt wird. Und weiterhin auf ein Urteil

des französischen Kassationsgerichtshofs, das vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte allerdings noch kassiert werden kann. Zumal die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, immer wieder betont: „Die Europäische Union tritt konsequent für den Schutz der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit ein, im Einklang mit der Charta der Grundrechte, die für das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten gilt, was auch die Aktivitäten der BDS-Kampagne dort einschließt.“

Auf dem Weg zu einem Verbot?

Ein zweites Ziel wäre ein Verbot des Antizionismus im engeren Sinn, was durch Macrons Rede in Reichweite gerückt sein könnte. Im vergangenen November forderte Francis Kalifat, Präsident des Dachverbands der jüdischen Organisationen Frankreichs (CRIF), den Premierminister auf, die „Arbeitsdefinition (der Internationalen Allianz zur Erinnerung an den Holocaust – IHRA [Anm. d. Autors]), die den Antizionismus als neue Form des Antisemitismus ansieht, in französisches Recht umzusetzen“.

Diese Arbeitsdefinition vom 26. Mai 2016 bezeichnet den Antisemitismus als „eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

In einer Art Gebrauchsanweisung heißt es weiter: „Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten.“ Es geht dann aber weiter: „Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.“

Der Begriff der Vergleichbarkeit wirft ein offensichtliches Problem auf: Wie soll man Staaten gleichbehandeln, die nicht gegen das Völkerrecht oder die Menschenrechte verstoßen, und solche, die – wie Israel – beides offensichtlich verletzen? Die Besetzung und Kolonisierung der palästinensischen Gebiete in den letzten fünfzig Jahren treten sowohl die Genfer Konventionen als auch die UN-Resolutionen mit Füßen. Das Europäische Parlament hat die genannte Resolution dennoch am 1. Juni 2017 angenommen.

Wäre die Gesetzesvorlage, den Antizionismus zu verbieten, nicht ein derart schwerwiegendes Vorgehen, könnte man darüber beinahe lachen. Man stelle sich vor, die Kommunisten forderten das Verbot des Antikommunismus, die Gaullisten das Verbot des Anti-Gaullismus,

die Neoliberalen das Verbot der Globalisierungskritik? Das vorgebrachte Ansinnen der Ultrazionisten zeugt von einem Gedankengut, das man nur als totalitär bezeichnen kann.

Sollte dieses Gesetzesprojekt Gestalt annehmen, würde es vom Verfassungsrat höchstwahrscheinlich unterbunden werden. Andernfalls wäre es das erste Mal seit dem Algerienkrieg, dass in Frankreich wieder Meinungsdelikte existieren. Leider bin ich alt genug, um mich an die geschwärzten Zeitungseiten zu erinnern, die durch die Zensur gegangen waren.

In Artikel 10 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 heißt es jedoch: „Niemand soll wegen seiner Meinungen, selbst religiöser Art, beunruhigt werden, solange ihre Äußerung nicht die durch das Gesetz festgelegte öffentliche Ordnung stört.“ Im ersten Artikel der Verfassung der Fünften Republik heißt es, dass Frankreich „alle Überzeugungen respektiert“. Und die Europäische Menschenrechtskonvention ihrerseits hält in ihrem Artikel 9 fest: „Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht oder Praktizieren von Bräuchen und Riten zu bekennen.“

Diese Debatte geht also offensichtlich über die Probleme des israelisch-palästinensischen Konflikts hinaus. Sie könnte sogar unsere Freiheiten gefährden. Dies ist zweifellos auch der Grund, warum die Exekutive zurückzurudern scheint. Bei einer Veranstaltung des CRIF am 7. März griff Emmanuel Macron seine Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus auch nicht wieder auf. Auch sein Premierminister Édouard Philippe, der sich diese Position im Oktober 2017 zueigen gemacht hatte, verlor kein Wort mehr darüber, als er am 19. März 2018 den Jahresplan der Regierung gegen Rassismus und Antisemitismus vorlegte.

Bedeutet das, dass sich der Kampf gelohnt hat? Um dies zu beantworten, wird es wohl weiter erforderlich sein, diesen Kampf entschlossen und gelassen fortzusetzen.

■ *Übersetzung: MiWe*

1 Lenin Werke Bd. 7, S. 90 ff



BREXIT-FARCE UND DIE LEXIT-LINKE

DAS RADIKALE PLÄDOYER FÜR VERBLEIB – FÜR „EIN ANDERES EUROPA“

In diesem Diskussionsbeitrag argumentiert der Autor, dass der Brexit die britische Ausformung einer die Welt überschwemmenden Welle von Nationalismus, Rassismus und Faschismus ist – und dass ein Lexit auf der falschen Seite der Geschichte steht.

■ **Neil Faulkner**

Die Geschichte wiederholt sich. Beim ersten Mal ist es eine Tragödie, beim zweiten Mal ist es eine Farce. Diese spontane Bemerkung von Marx wird leider nur allzu oft wiederholt. Und sie wirkt umso passender, wenn sich, wie jetzt geschehen, die kleine, schrumpfende, sektiererische Linke Großbritanniens noch stärker der Dritten Periode des Stalinismus verschreibt.

Im Interesse all jener, die in den Geheimnissen des Diskurses der radikalen Linken nicht so bewandert sind, muss ich einen Moment lang abschweifen. Ich bitte dafür um Verständnis. Die hier geäußerte Kritik ist von äußerst großer politischer Dringlichkeit, denn wenn wir die Linke nicht in einer schlagkräftigen antifaschistischen Bewegung vereinen können, besteht die Gefahr, dass die Menschheit in einer Flut der Barbarei ertrinkt. Die Lage ist mehr als ernst. Der Faschismus stellt inzwischen eine nicht mehr zu ignorierende Gefahr dar. Und um die sozialen Massenbewegungen aufzubauen, die wir brauchen, um die extreme Rechte zu stoppen, müssen – nicht sollten! – wir unbedingt aus der Geschichte lernen. Daher bitte ich für diese Ausführung um Geduld.

Die deutsche Katastrophe

Blicken wir zurück auf das Jahr 1931 – ebenfalls ein Moment in der Geschichte, in dem der Faschismus eine

nicht zu übersehende Gefahr war. Die damalige deutsche kommunistische Partei (KPD) sah das allerdings nicht so. So fasste z. B. Hermann Remmele im Oktober 1931 die diesbezügliche Ansicht der Partei im deutschen Reichstag folgendermaßen zusammen:

„... wenn sie [die Nazis] erstmal an der Macht sind, wird die Einheitsfront des Proletariats zustande kommen und wird alles wegfegen ... Die faschistische Herrschaft, die faschistische Regierung schreckt uns nicht. Sie hat rascher abgewirtschaftet als jede andere Regierung.“ [cit.: <http://www.mlwerke.de/tr/1931/311126a.htm>]

Das war die offizielle Position. Die KPD war zu diesem Zeitpunkt eine monolithische Organisation, die ihre Befehle vom russischen Diktator Stalin erhielt. Von allen Mitgliedern, hochrangigen wie einfachen, wurde erwartet, dass sie diese Linie unterstützten. Für eigenständiges Denken war wenig Raum, für offenen Widerstand überhaupt keiner. Niemand, der sich gegen die dominante Theorie des „Sozialfaschismus“ aussprach, überlebte als Parteimitglied sehr lange.

Dieser Theorie zufolge waren die wahren Feinde nicht etwa die Nazis (die bei der Wahl im Jahr 1930 6,4 Millionen Stimmen erhielten), sondern die Sozialdemokraten (mit 8,6 Millionen Stimmen). Die Kommunisten

(4,6 Millionen Stimmen) verbrachten die meiste Zeit damit, die Sozialdemokraten zu attackieren, um so die SPD als wichtigste Partei der deutschen Arbeiterklasse zu ersetzen.

„Am 14. September [dem Datum der Reichtagswahlen im Jahr 1930] hat der Vormarsch der Nazis seinen Höhepunkt erreicht“, verkündete die Tageszeitung der Kommunistischen Partei in Berlin. „Alles, was danach kommt, kann nur noch Niedergang und Zerfall sein.“

Dieser Wahnsinn durchzog die KPD von ganz oben bis nach ganz unten. Als die Nazis z. B. im August 1931 ein Referendum initiierten, mit dem sie die unbeliebte, rechtsgerichtete, für Sparmaßnahmen stehende SPD-Regierung Preußens stürzen wollten, schlugen die Kommunisten in dieselbe Kerbe wie die Nazis und agitierten mit einer von der KPD als „rotes Referendum“ bezeichneten Kampagne gegen die Regierung.

Dem Referendum war kein Erfolg beschieden, aber die Nazis schärften damit ihr Profil, gewannen an gesellschaftlicher Unterstützung und verschoben die Politik nach rechts. Die KPD und die Arbeiterbewegung hingegen gingen geschwächt daraus hervor, da durch die Aktionen der KPD ein Keil zwischen die Kommunisten und die die SPD unterstützenden Arbeiter*innen getrieben wurde.

Bei der Reichtagswahl im Juli 1932 erhielten die Nazis 13,7 Millionen Stimmen und wurden mit 37 % aller abgegebenen Stimmen die stärkste Partei im Reichstag. Die kombinierte Stimmenzahl der Arbeiterparteien (SPD und KPD) lag mit 13,2 Millionen Stimmen (36 %) geringfügig darunter. Die Vision der kommunistischen Führung von Niedergang und Zerfall der Nazibewegung hatte sich also als falsch erwiesen.

Dennoch blieben für die KPD die „Sozialfaschisten“ (d. h. die Sozialdemokraten) die Hauptfeinde. [...]

Jetzt war keine Rede mehr davon, dass die Nazis ihren Höhepunkt überschritten hätten. Ganz im Gegenteil: Die Kommunisten erwarteten, dass die Nazis die Macht übernehmen. Allerdings glaubten sie, die Nazis würden die Macht nicht lange behalten, ihre kurze Regierungszeit wäre nur ein Vorspiel zur sozialistischen Revolution. „Nach Hitler sind wir an der Reihe“, verkündete Thälmann.

Hitler kam im Januar 1933 an die Macht. Die Nazi-Diktatur zerstörte die deutsche Arbeiterbewegung, brach einen Weltkrieg vom Zaun und ermordete Millionen in den Vernichtungslagern. Es ist möglich – sogar sehr wahrscheinlich –, dass Hitler hätte gestoppt werden

können, hätten die Kommunisten 1932 mit den Sozialdemokraten eine Allianz gebildet, um den Faschismus zu bekämpfen.

Der Marsch der Millionen

Kommt einem das nicht irgendwie bekannt vor? Großbritanniens EU-Referendum war eine Initiative der UKIP

“Der Anti-Brexit-Marsch am 23. März 2019, an dem sich eine Million Menschen beteiligte, war die zweitgrößte Demonstration in der Geschichte Großbritanniens.“

und der rechten Tories. Die Austrittskampagne wurde von Antimigrantenrassismus dominiert. Das Gerede über „Lexit“ und „Brexit des Volkes“ unterscheidet sich in diesem Kontext nicht im Geringsten von der Behauptung der deutschen Kommunisten, die Wahl von 1931 in Preußen sei ein „rotes Referendum“. Und die Auswirkungen waren ganz ähnlich: Die extreme Rechte wurde gestärkt, und zwischen die Lexit-Linke und die Masse der progressiven Beschäftigten sowie der Jugend, die ja mit gutem politischem Instinkt für den Verbleib stimmte, wurde ein Keil getrieben.

Aber die Lexit-Linke hat nichts dazugelernt. Genau wie damals bei der deutschen KP wird jede politische Entwicklung ausschließlich durch die Brille des eigenen Sektiererturns interpretiert.

Der Anti-Brexit-Marsch am 23. März 2019, an dem sich eine Million Menschen beteiligte, war die zweitgrößte Demonstration in der Geschichte Großbritanniens. Davor war der Anti-Brexit-Marsch am 20. Oktober 2018 mit 700 000 Teilnehmern die zweitgrößte Demo gewesen.

Nur die Massenmobilisierungen der „Stop the War Coalition“ in den 2000er-Jahren fallen in dieselbe Größenordnung. Allerdings gibt es da einen wichtigen Unterschied: Die Linke führte damals die Antikriegsbewegung an, während die Linke die Führung der Anti-Brexit-Bewegung jetzt den Tories, den Liberalen und den Blairisten überlassen hat. Das wird nun genutzt, um die Anti-Brexit-Linke anzugreifen, indem ihr vorgeworfen wird, mit den

die Sparmaßnahmen unterstützenden Neoliberalen eine Allianz eingegangen zu sein.

Die Ähnlichkeit der KPD-Angriffe Anfang der 1930er Jahre auf die die Sparmaßnahmen unterstützende SPD ist nicht zu übersehen.

Eines muss ganz klar gesagt werden: Der Brexit ist die britische Ausformung einer die gesamte Welt überschwemmenden Welle von Nationalismus, Rassismus und Faschismus. Der Brexit ist eine überaus deutliche und ständige Gefahr für alle in Großbritannien lebenden und arbeitenden EU-Migrant*innen. Der Brexit bedeutet freie Fahrt für jeden Stammtischfaschisten, der einen Moslem verprügeln (oder ihm noch Schlimmeres antun) will. Der Brexit schlägt voll in die Kerbe von Tommy Robinson, Nigel Farage, Boris Johnson, Jacob Rees-Mogg und deren Gefolge von Raufbolden und Stammtischfanatikern.

Die überwiegende Mehrheit des Millionen-Menschen-Marsches hingegen, darunter vor allem die jungen Leute, die jetzt und auch schon früher instinktiv und in überwältigender Zahl gegen den Brexit waren, zeigte eine internationalistische, multikulturelle und progressive Einstellung.

Die Führungsriege dieser Bewegung wurde inzwischen von neoliberalen Exponenten verdrängt, die mächtige Konzerne, Privatisierung und Sparmaßnahmen vertreten; mit anderen Worten, die Bewegung wurde von einer korrupten, altbackenen, selbstsüchtigen politischen Elite usurpiert. Korrupt in dem Sinne, dass sie sich mit Haut und Haaren den Großkonzernen verkauft hat. Altbacken insofern, als sie sich damit zufrieden gibt, die fehlgeschlagenen Mantren von Thatcher und Blair gebetsmühlenartig zu wiederholen. Selbstsüchtig, weil diese Leute außer ihren eigenen schäbigen Karrieren nichts im Sinn haben.

Aber die Linke hat es ihnen gestattet, diese Kontrolle zu übernehmen, indem sie sich aus der Führung einer der größten progressiven Bewegungen in der Geschichte Großbritanniens zurückgezogen hat. Die extreme Rechte ist in der Offensive und die Lexiter feuern jetzt aus allen Rohren auf die Liberalen und die Sozialdemokraten – genau wie die deutsche KP in den frühen 30er-Jahren. Statt die Anti-Brexit-Bewegung als eine progressive, multikulturelle, antirassistische Massenbewegung zu unterstützen, eine Bewegung, in der die Linken versuchen sollten, Einfluss zu nehmen, kehren sie Millionen von Normalbürgern den Rücken, einschließlich Millionen junger Leute, Schwarzen und Weißen, Frauen und Männern, die

eigentlich das Publikum für jede wahrhaft antifaschistische Linke sein sollten.

„Full Brexit“

Aber es kommt noch schlimmer. Jetzt wurden eine Kampagne – „The Full Brexit“ („Der komplette Brexit“) – und eine nationale Tour unter dem Slogan „Transforming Britain after Brexit“ („Großbritannien nach dem Brexit umwandeln“) gestartet. Diese Initiative trieft nur so vom Gift eines britischen Nationalismus. In der Werbebroschüre steht:

„Der Brexit kann auch eine demokratische Erneuerung und die Hoffnung bringen, die das Land braucht. Unsere Jugend kann in einer unabhängigen Nation leben, die offen und nach vorn blickend ist. Eine Nation, in der unser aller Engagement am politischen Leben dieser Nation willkommen und nicht gefürchtet ist. Kommt her und diskutiert die Chance, die uns der Brexit gibt, die Chance, unser Land aus der Zwangsjacke der letzten 40 Jahre zu befreien.“ [<https://www.thefullbrexit.com/about>]

„Unser Land“? Hat Marx uns im Kommunistischen Manifest von 1848 nicht gelehrt, dass die Proletarier kein Vaterland haben? Hat er nicht argumentiert, dass die arbeitende Klasse eine internationale Klasse sei und dass sich die Proletarier aller Länder vereinigen sollten? Sind denn Nationen nicht Konstrukte des kapitalistischen Staates? Sind Grenzen nicht von Natur aus rassistisch? „Eine unabhängige Nation“? Sind Arbeiter, die unter der Fuchtel von Bankiers, Bossen, Vermietern und Polizei leben, etwa „unabhängig“? Seit wann wird soziale Emanzipation dadurch erreicht, dass man sich in Gesellschaft von Nigel Farage, Boris Johnson und Jacob Rees-Mogg in einen nationalen Elfenbeinturm zurückzieht?

Genau das scheint nämlich die Vision zu sein. Einer der Referenten der nationalen Tour ist der Labour-Peer Maurice Glasman, der im „Morning Star“ schreibt, dass „Tories wie Jacob Rees-Mogg die Sache des Sozialismus voranbringen, indem sie den Primat der demokratischen Souveränität unterstützen“. Glasman ist ein Verfechter des „Blue Labour“-Sozialkonservatismus, einem Rückfall in Antimigranten-, Antifeminismus- und Anti-LGBT-Bigotterie.

Auf der Bühne bezeichnet ein anderer der Full-Brexit-Referenten, Eddie Dempsey von der Gewerkschaft RMT [National Union of Rail, Maritime and Transport Workers] „die liberale Linke“ als größten Feind:

„Als die Institutionen der Arbeiterklasse und deren Jobs abgebaut wurden, gingen einige dieser Institutionen in die

Hände der Liberalen über, und genau das ist ein Problem für uns. Ganz gleich, was man über Leute denkt, die zu diesen Tommy-Robinson-Demos oder anderen Aufmärschen dieser Art kommen, der eine Punkt, der diese Leute vereint, ist, neben irgendwelchen anderen Bigotterien, ihr Hass auf die liberale Linke, und sie haben Recht, die zu hassen.“

Sie haben Recht, die zu hassen ... Sie haben also Recht, Leute zu hassen, die die Rechte von Migrant*innen, Frauenrechte, LGBT-Rechte, Bürgerrechte und demokratische Rechte unterstützen. Was für eine Folgerung ergäbe sich denn sonst aus seiner Aussage?

Und der Eindruck scheint sich zu bestätigen, wenn man durch die Online-Postings von Dempsey entdeckt, dass er ein eingefleischter Stalinist ist. Bezüglich der Säuberungen und der Gulags in den 1930er-Jahren sagt er: „All das hat er getan. Na und? Wir würden es wieder tun, wenn wir die Gelegenheit dazu hätten.“ Und er teilt einen Comic, dessen Bild den Mord am antistalinistischen Revolutionär Trotzki darstellt und diesen Text hat: „Roses are red. Trotzky is dead. Ramon put an ice-pick in the c***'s head.“¹ Das ist Rücksichtslosigkeit, Sektierertum und Menschenverachtung in Reinform.

Das ABC des Sozialismus

In der Zwischenzeit intensivieren Faschisten, Tories, rassistische Polizisten und die Regenbogenpresse die Angriffe auf in Großbritannien lebende Asylbewerber, Migranten, Muslime und aus der EU stammende Arbeitskräfte. Und auch noch ein weiteres, grundlegendes Prinzip des Sozialismus wird von den Lexit-Linken mit Füßen getreten: dass man sich mit denen solidarisch erklärt, die am machtlosesten sind, dass man als „Sprecher der Unterdrückten“ agiert, dass man Grenzen einreißt und das Recht auf Freizügigkeit verteidigt.

Die deutsche Kommunistische Partei war in den 1930er-Jahren eine Massenorganisation mit Hunderttausenden von Mitgliedern und unterstützt von Millionen Wähler*innen. Sie wurde, zusammen mit der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, der Mächtigsten in ganz Europa, von der Nazi-Diktatur schon im ersten Jahr von Hitlers Regierung ausgelöscht. Das war wahrlich eine Tragödie.

Die heutige Lexit-Politik der winzigen, zerstrittenen, hirnlosen Sekten der britischen Linken, bei der sich der Wahnsinn der Dritten Periode des Stalinismus im Kleinformat wiederholt, kann nur als Farce bezeichnet werden. Die Linken haben jetzt die Umwandlung von revolutionärem sozialistischem Internationalismus in eine Vari-

ante von „Nationalsozialismus“ [Anführungsz. d. Red.] endgültig vollzogen. Sie haben den Marxismus aufgegeben und sich in Nationalist*innen verwandelt. „Sozialismus in einem Lande“ war ja die stalinistische Ideologie der 1930er-Jahre – das ideologische Deckmäntelchen für eine Konterrevolution durch die sich entwickelnde Parteistaats-

Die extreme Rechte ist in der Offensive und die Lexiter feuern jetzt aus allen Rohren auf die Liberalen und die Sozialdemokraten – genau wie die deutsche KP in den frühen 30er-Jahren.“

bürokratie in der Sowjetunion, die alle noch verbliebenen Spuren der revolutionär-internationalistischen Arbeiterbewegung zerstörte, jener Bewegung, die die russische Revolution 1917 überhaupt erst ermöglichte.

Eine Variante davon, „die alternative Wirtschaftsstrategie“, war das Leitmotiv eines großen Teils der britischen Linken in den 1970ern. Es war der Gedanke, dass man sich in einen nationalen Elfenbeinturm zurückziehen und eine sozialistische Wirtschaft isoliert vom Rest der Welt (und ihm zum Trotz) aufbauen könne. Das war damals reine Fantasterei – die Labour-Regierung scheiterte in den 1970ern krachend an der Macht des internationalen Finanzwesens – und nachdem die wirtschaftliche Macht des Staates inzwischen durch die Macht der globalisierten Kapitalgesellschaften noch mehr geschwächt wurde, ist es heute eine noch viel größere Fantasterei.

Und da es so aussieht, als hätte ein großer Teil der sektiererischen Linken das ABC des Sozialismus vergessen, hier nun eine kurze Lektion in Sachen Marx für Anfänger.

1. Nationen und Nationalismus sind Konstrukte des kapitalistischen Staates.
2. Proletarier haben kein Vaterland und ihr Credo ist der Internationalismus.
3. Kapitalismus ist ein globales System und Sozialismus in einem einzelnen Land ist Fantasterei.
4. Die Einheit der internationalen Arbeiterklasse bildet den Grundstein im Kampf für soziale Veränderung.
5. Nationalismus und Rassismus spalten die Arbeiterklasse. Darum stehen Sozialist*innen Seite an Seite mit den

Unterdrückten gegen die Tories, die Faschisten und die Polizei. Darum sagen Sozialisten: Alle Migrant*innen sind hier willkommen und alle Muslime sind unsere Brüder und Schwestern.

6. Der Brexit ist die britische Ausformung einer die gesamte Welt überschwemmenden Flutwelle von Nationalismus, Rassismus und Faschismus.

Marx hat die Proletarier am Ende des *Kommunistischen Manifests* nicht dazu aufgerufen, „eine unabhängige Nation zu gründen“ und „ihr Land aus einer Zwangsjacke zu befreien“. Er schloss mit diesen Worten:

„Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Revolutionärer Internationalismus war seither die Grundlage echter marxistischer Theorie und Praxis. Aus diesem Grund sprach sich z. B. Trotzki Mitte der 1920er-Jahre für die „Vereinigten Staaten von Europa“ aus:

„Wenn die kapitalistischen Staaten Europas es schaffen würden, zu einem imperialistischen Trust zu fusionieren, wäre das gegenüber der bestehenden Lage ein Fortschritt, denn es würde vor allem eine vereinigte, gesamteuropäische materielle Basis für die Arbeiterbewegung schaffen. In diesem Fall müsste das Proletariat nicht für die Rückkehr zu ‚autonomen‘ Nationalstaaten kämpfen, sondern für die Verwandlung des imperialistischen Trusts in eine Europäische Republikanische Föderation.“

Genau das ist, kurz und knapp auf den Punkt gebracht, das radikale Plädoyer für Verbleib – für „ein weiteres Europa“.

Die Lexit-Linke allerdings ist eine Allianz aus Fossilien der 1970ern, unverbesserlichen Stalinist*innen und ehemaligen Trotzki*innen. Sie repräsentiert eine Abkehr von revolutionärem Internationalismus und Solidarität, einen Rückzug in die Fantasiewelt eines „Sozialismus in einem Land“ und eine Kapitulation vor dem Nationalismus der extremen Rechten.

Die Alte Linke ist tot. Wir müssen eine Neue Linke aufbauen. Und das schnell.

Another Europe is Possible, 27. März 2019:
<https://www.anothereurope.org/brexit-farce-and-the-lexit-left/?fbclid=IwAR2iE37mYYjouvBbTI6Z9R93h7Q3aoFQTs-Bg-PORkyN7nQDHb0djpNAI2k>

Creeping Fascism: what it is and how to fight it von Neil Faulkner, Samir Dathi, Phil Hearse und Seema Syeda wurde gerade von Public Reading Rooms veröffentlicht. [2]

■ Übersetzung: Antje Hink

1 Unter Verzicht auf den ohnehin geschmacklosen Endreim im Deutschen: „Rosen sind rot. Trotzki ist tot. Ramon haut einen Eispickel in den Kopf von dem Scheißkerl“ [d. Übers.]



DER UNTERGANG DES TIEFLANDS

DIE EXTREME RECHTE IN DEN NIEDERLANDEN

Die radikale Rechte hat bei den niederländischen Wahlen im März einen großen Erfolg verzeichnet. Bei der Stimmabgabe wurde Geert Wilders' PVV jedoch von eher traditionalistischen reaktionären Kräften überschattet.

■ Alex de Jong

Der große Gewinner der niederländischen Regionalwahlen am 20. März war das rechtsextreme Forum voor Democratie (FvD). Es war das erste Mal, dass das FvD an diesen Wahlen teilnahm, die auch die Zusammensetzung des Senats des Landes bestimmen. Mit fast 15 Prozent der Stimmen wurde es sofort zu einer der größten Gruppen im Oberhaus, ein neuer Schritt nach vorn für die äußerste Rechte in den Niederlanden.

Hervorgegangen aus einer Kampagne gegen den Handelsvertrag der Europäischen Union mit der Ukraine wurde das FvD erst 2016 zu einer politischen Partei und gewann im folgenden Jahr zwei Sitze im Parlament. Seitdem ist das FvD und insbesondere sein Führer Thierry Baudet in den Medien fest verankert. Baudet und das FvD treten in die Fußstapfen der radikalen Rechten in den Niederlanden, die zur Jahrtausendwende unter der Führung von Pim Fortuyn bekannt wurden.

In den letzten Jahren war Geert Wilders mit seiner Partij voor de Vrijheid (Partei für Freiheit, PVV) der Hauptvertreter, aber jetzt steht er im Schatten von Baudet. Obwohl Wilders und seine islamophobe Bewegung in vielerlei Hinsicht die Grundlagen für den

Erfolg des FvD legten, ist diese neue Partei anders – und radikaler.

Ein reaktionäres Credo

Ein Unterschied besteht darin, dass sich das FvD offen als ideologiesteuert darstellt. In einem Seitenhieb auf Geert Wilders erklärt das Programm: „Wir sind rational, kultiviert, ernsthaft und auf Punkte von Bedeutung fokussiert.“ Das FvD wird manchmal als „populistische“ Kraft bezeichnet, ist aber die selbstbewussteste elitäre Partei in der holländischen politischen Landschaft. Baudet, der ein Buch über klassische Musik schrieb, begann bekanntlich seine erste Rede im Parlament, indem er Cicero (in lateinischer Sprache) paraphrasierte. Inzwischen besteht die FvD-Kandidatenliste aus Anwälten, Chirurgen, Unternehmensmanagern, Geschäftsleuten, pensionierten Militärs ... Und die meisten programmatischen Aussagen des FvD versprechen einen Klassenkrieg von oben an allen Fronten.

Baudet und die Menschen um ihn herum arbeiten an einem Projekt für eine autoritäre, nationalistische Transformation der niederländischen Gesellschaft. Als Teil

davon wird eine Parteiorganisation aufgebaut (mit 30 000 Mitgliedern hat es bereits einige der etablierten Zentrumsparteien übertroffen) mit Ortsgruppen und einem schnell wachsenden Jugendflügel sowie einer ideologischen Schulung. Im Gegensatz dazu ist die PVV, rechtlich gesehen, eine geschlossene Vereinigung mit nur einem Mitglied: Wilders selbst. Während sich die PVV vollständig um Wilders und seinen Twitter-Account dreht, schafft das FvD eine Bewegung als Teil seiner langfristigen Strategie zur Umgestaltung der Niederlande.

Die Ideologie, die ihr Projekt leitet, ist kohärenter als die der PVV. Wilders startete auf dem rechten Flügel des freien Marktes, mit einer säkular-liberalen VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie). Doch mit Islamophobie als zentraler Priorität gab er seine anfänglichen radikal neoliberalen Positionen auf, um sich einer Art „Wohlfahrts-Chauvinismus“ zu verschreiben. Wilders positionierte sich stattdessen als Verteidiger des Wohlfahrtsstaates und behauptete, die wirkliche Bedrohung für diesen sei die Einwanderung und der Zugang der Einwanderer zu den Systemen der sozialen Sicherheit müsse weiter eingeschränkt werden. Umgekehrt fordert das FvD-Wahlprogramm, Gesetze zu streichen, die Arbeitnehmer vor Kündigung und Krankheit schützen, Sozialwohnungen zu verkaufen und die Erbschaftssteuer sowie Subventionen für Miet- und Gesundheitskosten abschaffen. Unter Verwendung sozialdarwinistischer Begriffe behauptete das nationale Wahlprogramm des FvD, die soziale Sicherung habe die Menschen in „Herdentiere“ verwandelt und machte die Gesellschaft „indolent“ (träge – der niederländische Begriff war genauso archaisch). Stattdessen wolle das FvD „Dynamik“ sehen und die Niederlande zum „Silicon Valley von Europa“ machen.

Um dieses Projekt zu steuern, will das FvD eine starke Exekutive. Wie die Partei euphemistisch formuliert, will sie „die Distanz zwischen Regierung und Parlament vergrößern“. Im niederländischen System bestehen Regierungen aus Koalitionen verschiedener Parteien und traditionell ist der Premierminister ein Vertreter der größten Partei in dieser Koalition. Das FvD will diesen Koalitionsprozess einschränken und mehr Macht in die Hände des Premiers bringen. Sie schlagen vor, den Premierminister direkt zu wählen und ihm die Befugnis zu geben, Mitglieder des Kabinetts zu ernennen, zu entlassen oder anzuweisen.

Während die Partei die Macht der Exekutive vergrößern will, will sie die der unabhängigen (angeblich „von Linken dominierten“) Justiz einschränken und die

Mechanismen demontieren, die der Zivilgesellschaft, dem öffentlichen Rundfunk und den politischen Parteien staatliche Unterstützung bieten. Anstelle von „endlosen Kompromissen“ wünscht das FvD eine „entschlosseneren Regierungsführung“, die ein verstärktes Militär und eine verstärkte Polizei befiehlt und über eine entmächtigte Bevölkerung, insbesondere über eine prekäre und geschwächte Arbeiterklasse, herrscht.

Darüber hinaus will das FvD ein System von Volksabstimmungen einführen, mit denen Bürger Vorschläge einreichen und neue Gesetzesvorlagen einbringen können. Dieser Vorschlag ist ein Kernstück der Ideologie des FvD und der Grund, warum sich die Partei als Befürworter der „direkten Demokratie“ bezeichnet. Aber in einer Gesellschaft, in der die Arbeiterrechte zerstört und die Mechanismen der öffentlichen Debatte außer Gefecht gesetzt sind, werden diejenigen mit Wohlstand und Verbindungen noch mehr begünstigt sein und durch Referenden eine weitere Möglichkeit bekommen, ihre Wünsche durchzusetzen. Für Baudet ist dies natürlich kein Problem – er weist diesen Einwand zurück, indem er schreibt, dass die Tatsache, dass sich die wirtschaftlich Mächtigen durchsetzen, wohl keine Besonderheit von Referenden sei: „Sind nicht am Ende auch Parlamente anfällig für mächtige Lobbys von multinationalen Konzernen und anderen wohlhabenden Unternehmen?“ Der ideologische Klebstoff, der die atomisierte Gesellschaft des FvD zusammenhält, würde aus Nationalismus und weißer Vorherrschaft bestehen. In der paranoiden Weltanschauung des FvD „wurde in den vergangenen Jahrzehnten versucht, die Niederländer von ihrer Geschichte zu entfremden und sie von ihrer Kultur zu trennen“. Das FvD ist ein starker Befürworter der rechtsextremen Mythen des „großen Austauschs“; einer angeblichen Verschwörung von Linken, die die weiße europäische Bevölkerung durch Einwanderung und „Kulturmarxismus“ ersetzen wolle.

Um diesen Verschwörungen entgegenzuwirken, fordert das FvD, alle „schönen Dinge, die der Westen hervorgebracht hat“ zu „lehren, zu verbreiten und zu fördern“, während man die Grenzen schließen solle (außer für „die, die wir brauchen“) und die linken Einflüsse aus der Wissenschaft zu säubern. Das FvD will „die Rückwanderung fördern“, wenn „die Assimilation nicht erfolgreich war“, Migrant*innen abschieben, deren politische Ansichten „nicht in unsere westliche Zivilisation passen“ und den Zugang der Migrant*innen zu Systemen der sozialen Sicherheit einschränken.

Als ein Beispiel, welche Art von Gesellschaft das FvD will, kann man nach Ungarn schauen: Baudet nannte dessen Premierminister Viktor Orbán in einem Interview mit einem ungarischen Magazin einen „Helden der westlichen Welt“ und lobte insbesondere seine Anti-Soros-Kampagne.

Baudet entwickelte seine Ideen zu nationaler Souveränität und Demokratie in seiner Doktorarbeit (PhD), die in niederländischer und englischer Sprache veröffentlicht wurde („Die Bedeutung der Grenzen“). Für Baudet ist „Demokratie“ die souveräne Ausübung legitimer Macht im Namen einer Nation. Diese Legitimität ist nicht das Ergebnis der gegenseitigen Anerkennung von Rechten und demokratischer Organisation – es ist eine kulturelle Konstruktion. Wenn Herrscher und Beherrschte Teil derselben nationalen Kultur sind, so werden sich laut Baudet die Beherrschten in ihren Herrschern wiedererkennen und ihre Macht als legitim anerkennen. Daraus folgt für ihn, dass die Nationen homogen sein müssen, um die erforderliche Anerkennung zu ermöglichen. Staaten sollten nicht nur das Gesetz aufrechterhalten, sondern die „Normen und Werte“ ihrer Gesellschaft aktiv gestalten, um ihre Homogenität zu erhalten (oder vielmehr zu schaffen). Baudet schwankt seit langem zwischen der Definition dieser Homogenität in kultureller oder ethnischer Hinsicht, so wenn er sagte, dass er Europa überwiegend weiß halten wolle, oder wenn er seine Furcht vor der „Verdünnung“ des niederländischen Volks durch Vermischung mit anderen ausdrückte.

Baudets Demokratiekonzept führt ihn logischerweise dazu, die Menschenrechte abzulehnen. Baudet hält eine Nation für souverän, wenn der für sie handelnde Staat in seiner Machtausübung nicht eingeschränkt ist. Da die Rechte von der souveränen Macht gewährt und festgelegt werden, haben die Menschen nur die Rechte, die ihnen als Teil der Nation gewährt werden. Aber Menschenrechts-gremien setzen dem, was ein souveräner Nationalstaat tun kann, Grenzen. Deshalb betrachtet Baudet solche Institutionen ebenso wie jede andere internationale Struktur als „antidemokratisch“. Die Opposition des FvD gegen Menschenrechtsabkommen ist nicht nur eine Frage der Taktik wegen der Hindernisse, die solche Verträge für die Durchsetzung geschlossener Grenzen bedeuten – das ist eine Grundsatzfrage.

Das F-Wort

Baudet bezieht sich zur Inspiration immer wieder auf Faschisten. In einem Beitrag für das französische Rechtsma-

gazin *Valeurs Actuelles* im Dezember 2015, in dem er über die Terroranschläge in Frankreich sprach, verglich er die dschihadistischen Terroristen mit Gilles, der Hauptfigur des gleichnamigen autobiographischen Romans von 1939 des französischen Faschisten Pierre Drieu de La Rochelle. Für ihn ist jede dieser Figuren von der „erotischen Wir-

Unter Verwendung sozialdarwinistischer Begriffe behauptete das nationale Wahlprogramm des FvD, die soziale Sicherung habe die Menschen in ‚Herdentiere‘ verwandelt und machte die Gesellschaft ‚indolent‘ “

kung von Gewalt“ angezogen, einer Ansicht, mit der er selbst offensichtlich sympathisiert: „Alles im Leben wird durch Kampf erreicht. Wer nicht kämpft, stirbt. Und wollen wir, dass unsere Gesellschaft ‚Frieden‘ um jeden Preis wünscht?“

Laut Baudet nähert sich die Gesellschaft dem Punkt, an dem es keine Rückkehr gibt, an dem sie gezwungen sein wird, sich einem solchen Kampf zu stellen, genau wie Gilles es getan hat.

Ein anderer französischer Schriftsteller, der von Baudet gefeiert wird, ist Dominique Venner. Venner saß Anfang der 1960er Jahre wegen seiner Beteiligung an der rechtsradikalen Organisation Armée Secrète im Gefängnis. Später war er ein Mitarbeiter von Alain de Benoist und anderen Persönlichkeiten der französischen Nouvelle Droite (Neue Rechte). Im Mittelpunkt ihres Projekts stand die Neuformulierung der Vorstellungen der Rechtsradikalen im Hinblick auf die angeblichen „wesentlichen Unterschiede“ – und somit die Unmöglichkeit der Vermischung oder Verbindung zwischen Nationen.

Mit den Worten von de Benoist: „Der wahre Reichtum der Welt ist in erster Linie die Vielfalt ihrer Kulturen und Völker. Die Wende des Westens zum Universalismus war die Hauptursache für den anschließenden Versuch, den Rest der Welt umzuwandeln. Die Verwestlichung des Planeten war eine imperialistische Bewegung, die von dem Wunsch getrieben wurde, alles andere zu beseitigen.“

Diese Art der Argumentation rechtfertigt eine Politik

gegen Einwander*innen, aber im Namen der „Differenz zwischen Nationen“ statt einer angeblich überlegenen „Rasse“. Dies zeigt sich auch in Baudets Forderung nach einem „souveränen Kosmopolitismus“, um die einzigartige Identität jeder Nation zu schützen (während alle Unterschiede innerhalb der Nation beseitigt werden, um diese Identität zu bewahren).

Der rechte Denker, dem Thierry Baudet am meisten ähnelt, ist Oswald Spengler, Autor von „Der Untergang des Abendlandes“. Die Menschheit besteht nach Spengler aus im Wesentlichen verschiedenen „Völkern“ (deutsch im Original), die dazu bestimmt sind, sich im ewigen Kampf zu befinden. Jedes Volk wird von seinem „Blut“ bestimmt – ein Wort, das Spengler auf eine sehr vage Weise verwendet, das aber eine Art ewiger, metaphysischer Essenz beschreibt. Der ständige Kampf zwischen „Völkern“ (manchmal auch als „Nationen“ oder „Zivilisationen“ bezeichnet) ist zyklisch, wobei jedes Volk auf und ab geht. Spengler zufolge näherte sich die „westliche Zivilisation“ in den zwanziger Jahren ihrem Ende. Die Aufgabe bestand darin, sich dem Unvermeidlichen mutig zu stellen – so wie der römische Soldat, der beim Ausbruch des Vesuvs auf seinem Posten blieb und dessen Überreste Jahrhunderte später entdeckt wurden.

Baudet hält Spengler für einen „großen Philosophen“ und kopiert seine Rhetorik des Verfalls, der Notwendigkeit wesentlicher Unterschiede und des ewigen Kampfes. Von ihrem nationalen Wesen getrennt wird eine Gesellschaft ihre lebenspendende Kultur verlieren und stattdessen nur „formlose, modernistische Gebäude“ produzieren, während „abstrakte, bedeutungslose Kunst“ das Heimatgefühl der Menschen zerstört und sie zu einer Zukunft der „geistigen Obdachlosigkeit und politischer Enteignung“ verurteilt. „Die Gesellschaft hat ihre organische Einheit verloren“ und „die Moderne ist zu weit gegangen“; dies lässt uns vergessen, dass „Leben Kampf bedeutet“. Die Ablehnung dieses ewigen Kampfes macht eine Gesellschaft dekadent, und der Versuch, die Menschen vor ihren Auswirkungen zu schützen, macht sie zu den „indolenten Herden-Tieren“, die das FvD-Wahlprogramm verurteilt.

Aber Baudet hat auch eine Differenz mit dem Spengler des „Untergang[s] des Abendlandes“ – und vielleicht auch deswegen sagt er, dass er nicht mehr länger sein „Messdiener“ sei. Denn Baudet glaubt, dass der Untergang rückgängig gemacht werden könne.

Dies war auch das Thema seiner Siegesrede, ein Oratorium, das sogar für Baudets Maßstäbe blumig und voller Anlehnungen an rechtsextreme Themen war. Er sagte,

er stünde auf den Ruinen der „größten und schönsten Zivilisation, die die Welt je gesehen hat“, einer „borealen (nordischen, [Anm.d.Red.]) Zivilisation“, die von innen durch Journalisten, Künstler und linke Lehrer und von außen durch die Migration angegriffen werde. Baudet beschrieb seine Bewegung als „eine neue politische Theologie“, die Trägerin einer „einzigartigen Kraft, die niemals wieder ausgelöscht werden könne“, einer Bewegung, die eine „Wiedergeburt“ herbeiführen werde, indem das Land wieder an seine „uralten Wurzeln“ anknüpfen „und erneut aufblühen“ werde.

Die eindeutigen Einflüsse europäischer rechtsextremer Persönlichkeiten aus den 1920er und 1930er Jahren auf Baudet, sein Nationalismus und Rassismus, seine frauenfeindlichen Äußerungen und sein Wunsch nach autoritärer Führung werfen zwangsläufig die Frage auf, was ihn und seine Partei vom Faschismus unterscheidet. Das FvD verfügt nicht über eine für den klassischen Faschismus typische militante Straßenpräsenz und es will auch nicht die Mehrparteien-Demokratie abschaffen. Bei Bedarf kann Baudet immer noch zu einem milderen Register wechseln, und im letzten Wahlkampf vermied das FvD es geschickt, über die vollen Auswirkungen seines Programms zu diskutieren. Auf internationaler Ebene variieren die Kontakte zwischen dem französischen Rassemblement National (dem früheren Front National) und dem rechten Flügel der britischen Tories.

Im Allgemeinen passt das Weltbild des FvD sehr gut zu der Beschreibung dessen, was der italienische Historiker Enzo Traverso in seinem Buch „Die neuen Gesichter des Faschismus“ als „Postfaschismus“ bezeichnet hat: „Seine Rezepte sind politisch reaktionär und sozial regressiv: Sie beinhalten die Wiederherstellung der nationalen Souveränität, die Übernahme von Formen des wirtschaftlichen Protektionismus [das FvD will den Staat zur Unterstützung ‚nationaler Industrien‘ einsetzen] und die Verteidigung der gefährdeten ‚nationalen Identität‘. Er hält an einem ‚plebiszitären Modell der Demokratie‘ fest, das jeden Prozess der kollektiven Beratung zerstört zugunsten einer Beziehung, die Menschen und Führer, die Nation und ihren Führer miteinander verschmilzt.“

Wer unterstützt eine solche Politik?

Als das FvD in den Umfragen zum ersten Mal zu steigen begann, wurde allgemein erwartet, dass die Partei hauptsächlich Anhänger von Wilders ansprechen würde. Doch da sich die Politik immer weniger von der Unterhaltungsindustrie unterscheidet, besteht ein Großteil der

Anziehungskraft von Baudet einfach nur darin, dass er neu ist. Die Anziehungskraft von Wilders' Bild von permanenter Empörung und volkstümlichen Sprüchen hat begonnen sich abzunutzen. Baudet bietet etwas Neues und anderes an; er ist jünger, gutaussehend, gut gekleidet und twittert darüber, dass ihm selbst beim Hören eines „zweitklassigen“ Komponisten des 19. Jahrhunderts klar wird, wie viel besser alles damals war. Er erklärt die Notwendigkeit, zu lernen, wie man Zigarren richtig raucht, und er hält sich für „den wichtigsten Intellektuellen des Landes“.

Aber während die Partei von Wilders bei den Regionalwahlen erheblich verloren hat und die Umfragen vorhersagen, dass sie auch bei den nächsten nationalen Wahlen Stimmen verlieren wird, ist ihr Verlust doch geringer als der (erwartete) Gewinn des FvD. Die „klassische“ Selbstdarstellung des FvD richtet sich an Rechte, die Wilders wegen seiner Vulgarität und des plebejischen Charakters seiner Bewegung ablehnen.

Das FvD ist auch bei ambitionierten Studenten sehr beliebt, die sich als künftige Elite sehen. Sie sind in einer Gesellschaft aufgewachsen, die in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend nationalistischer und rechter geworden ist, und das FvD ist der schlüssigste Ausdruck dafür. Es verspricht ihnen eine Chance auf eine glänzende Karriere: Das Programm beginnt damit, dass erklärt wird, das Land befinde sich in einer „existentiellen Krise“, aber die Lösungen dafür würden durch ein „Kartell“ politischer Parteien blockiert, die alle Machtpositionen monopolisieren. Das FvD verspricht, dieses „veraltete, erstickende“ Establishment zur Seite zu schieben, um Platz für die „neue Generation“ zu schaffen, damit sie die „richtigen Positionen“ einnehmen könne.

Vor zwei Jahren implodierte die niederländische sozialdemokratische Partei, die PvdA, in der schwersten Wahlniederlage der niederländischen politischen Geschichte. Viele ihrer Wähler bewegten sich nach rechts zu den Parteien der Mainstream-Rechten, aber ein großer Teil entschied sich stattdessen für die linksliberale Grüne Partei „GroenLinks“. Die jüngsten Regionalwahlen bestätigen dieses Bild; mit einigen wichtigen Ausnahmen kommt die Unterstützung der extremen Rechten nicht von Wählern, die die Parteien des Zentrums verlassen, sondern von Rechtswählern, die sich weiter nach rechts bewegen. Obwohl die rechtsgerichtete Koalition im Senat ihre Mehrheit verlor, wuchs die Rechte insgesamt nicht viel. Stattdessen hat sich die niederländische Rechte neu zusammengesetzt und weiter radikalisiert.

Von den 1970er bis Ende der 1990er Jahre war eine Art progressiver Liberalismus in den Niederlanden hegemonial. Der dünne Keil, der einen Bruch in diese Hegemonie trieb, war die Islamophobie. Die neue niederländische Rechte übernahm Elemente der liberalen Hegemonie, um sie gegen die Muslime und die Einwanderer zu wenden, indem sie behauptete, Sexismus und Homophobie seien Produkte „nicht-westlicher Kulturen“ und die Verteidigung von Frauen- und Schwulensrechten erfordere eine Politik gegen Einwander*innen. Das FvD gibt weiterhin homo- und femonationalistische Äußerungen ab – allerdings in einer viel schwächeren Tonart. Baudet ist bekannt für seine sexistischen Bemerkungen. Er behauptet, dass Frauen nicht wollen, dass ihre Partner es respektieren, wenn sie dem Sex nicht zustimmen, und sich insgeheim wünschen, dass sie dazu gezwungen werden. Eine seiner ersten öffentlichen Aktionen war, dass er den „Pick-up-Künstler“ Julien Blanc verteidigte (der Männern den Rat gab, um eine japanische Frau zu „verführen“, solle ein Kerl sie „einfach packen“ ... und um den Druck abzubauen, Pikachu oder Pokemon oder Tamagotchi oder so etwas schreien“). Bewegungen und Parteien, die das FvD als Verbündete betrachtet, wie Pegida oder die belgische Gruppe Schild en Vrienden, sind durchtränkt von Homophobie und Sexismus.

“ Wenn Herrscher und Beherrschte Teil derselben nationalen Kultur sind, so werden sich laut Baudet die Beherrschten in ihren Herrschern wiedererkennen und ihre Macht als legitim anerkennen. “

Seit zwei Jahrzehnten sind die traditionellen Parteien der Rechten weiter nach rechts gerückt und stellen sich als eine vernünftige Alternative zur extremen Rechten dar, während sie gleichzeitig deren Ideen übernehmen und „respektabel“ machen. Dies war die Dynamik bei Pim Fortuyn und bei Geert Wilders, und jetzt scheint es auch bei Baudet so zu laufen, da die „rechte Mitte“ sich beeilt, ihm zu gratulieren und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu erklären. Jedes Mal ist die niederländische

dische Politik insgesamt immer reaktionärer und nationalistischer geworden. Keine linke Kraft in der niederländischen Politik kann mit dem Radikalismus von Baudet oder vor ihm mit dem von Wilders mithalten.

Die Grünen haben in letzter Zeit einen Aufschwung erlebt, weil sie sich als fortschrittliche Alternative positioniert haben, die sich gegen die rechtsradikalen Themen stellt, die in der öffentlichen Debatte eine zentrale Rolle spielen, wie Rassismus und bei den jüngsten Protesten der Klimawandel. Bei den letzten Wahlen verdoppelten sie ihre Vertretung im Senat und stiegen auf über 10 Prozent der Stimmen. Nachdem jedoch die derzeitige Rechtskoalition im Oberhaus ihre Mehrheit verloren hatte, deutete GroenLinks – die in der Vergangenheit dazu beigetragen hat, das System der öffentlichen Studienbeihilfen abzuschaffen und andere Kürzungen durchzuführen – an, sie sei bereit, mit solchen Kräften ins Geschäft zu kommen. Dies würde wahrscheinlich viele ihrer Wähler demotivieren.

Die zweite starke Kraft auf der Linken, die Sozialistische Partei (SP), konnte in dieser Lage keinen eigenen Weg finden, obwohl sie in sozioökonomischen Fragen wesentlich linker ist als die Grünen. Der letzte Kurs der SP war eine Mischung aus Akzeptieren von Teilen der niederländischen Rechtsdrift, einschließlich bei Einwanderung und Flüchtlingen, bei gleichzeitigem Versuch, die Diskussion auf andere Themen zu lenken, bei denen sie selbst stärker ist, wie das Gesundheitswesen. Dieses Vorgehen hatte keinen Erfolg – die Partei hat bei Wahlen seit fast zehn Jahren in Folge verloren, und in den letzten Wahlen hat sich ihre Stimmenzahl auf weniger als 6 Prozent fast halbiert. Ihre Mitgliederzahl ist die niedrigste seit fünfzehn Jahren. Der Ausbruch der Krise im Jahr 2008, als die Zeit für ihre Ideen gekommen zu sein schien, war stattdessen das Ende der Aufwärtsbewegung der SP.

Die größte Bedrohung für die „abendländische Zivilisation“, schrieb Spengler in seinem letzten Buch, ist das Zusammentreffen von Klassenkämpfen von unten mit den Kämpfen unterdrückter Völker in einer „farbigen Weltrevolution“. Eine offensichtliche Lehre für die Linke ist, dass Rassismus und Einwanderung nicht irgendwie zweitrangige Fragen sind, sondern tatsächlich mit anderen Emanzipationskämpfen verbunden werden müssen. Die Niederlande haben in letzter Zeit eine zunehmende Streikaktivität und kürzlich große Proteste am Frauentag und gegen den Klimawandel erlebt. Anstatt zu versuchen, ein Partner der Rechten zu sein, kann die Linke aus dem Vorgehen von Wilders und Baudet eines lernen: Konsequente Opposition

und ideologischer Kampf können das ändern, was in der Politik als möglich angesehen wird.

■ **Alex de Jong** ist Herausgeber der sozialistischen Zeitschrift Grenzeloos und Aktivist in den Niederlanden.

Quelle: Jacobinmag.com. 03.25.2019:
<https://jacobinmag.com/2019/03/netherlands-forum-voor-democratie-thierry-baudet>

■ *Übersetzung: Björn Martens*

RECHTSEXTREMISMUS IM SPANISCHEN STAAT

Spaniens Rechtsextremisten haben ihren größten Wahlerfolg seit den 70er Jahren erzielt. Der Schoß, aus dem sie – scheinbar überraschend – krochen, war jedoch nie völlig versiegt.

■ **Miguel Urbán Crespo**

Zu Beginn der 70er Jahre dachten die meisten Europäer*innen, dass die Renaissance der faschistischen Organisationen von den Überbleibseln der Diktaturen in den südeuropäischen Ländern (Portugal, Griechenland und Spanien) ausgehen würde. Das Gegenteil ist eingetreten – sieht man von dem Sonderfall Griechenland ab –, denn sowohl in Portugal als auch in Spanien erzielten die Parteien aus dem rechtsextremen Spektrum traditionell die europaweit schlechtesten Ergebnisse. Dies galt zumindest bis zu den andalusischen Regionalwahlen am 2. Dezember 2018, wo die rechtsextremistische Vox überraschende 10 % der Stimmen und zwölf Abgeordnete erzielen konnte.¹ Der Wahlausgang kam einem regelrechten Erdbeben gleich, nicht bloß wegen des Durchbruchs der extremen Rechten, sondern auch weil die Linke erstmals seit dem Ende der Diktatur die Mehrheit im dortigen Parlament verloren hat. Damit konnte eine rechte Regierung gebildet werden, allerdings nur mithilfe der Vox.

Aber machen wir uns nichts vor: Die anhaltend schlechten Wahlergebnisse der Rechtsextremen in der Vergangenheit bedeuteten keineswegs, dass deren spezifisches Gedankengut im institutionellen Rahmen des Landes keinen Platz gehabt hätte. Ihre fehlende Repräsentanz bei den Wahlen täuschte lediglich darüber hinweg, dass hinter den Kulissen der sogenannte „soziologische Franquismus“ als neokonservative und fremdenfeindliche

Strömung fort dauerte. Nur kam er nicht in einer spezifischen Partei zum Ausdruck, sondern überdauerte in abgeschwächter Form innerhalb der dafür durchaus empfänglichen Volkspartei (Partido Popular, PP). Nunmehr hat er sich erstmals ein eigenes politisches Gesicht gegeben – die Vox.

Der Frust nach Francos Tod

Gegen Ende der Franco-Diktatur formierte sich ein Teil der Rechtsextremisten als politische Lobby im sogenannten „Bunker“-Kreis, aus dem die meisten rechtsextremen Parteien, die während der Transición entstanden, hervorgingen. Innerhalb dieses Kreises dominierten die Fuerza Nueva (Neue Kraft) und die Confederación Nacional de Ex Combatientes (Nationaler Verband der ehemaligen Kämpfer).

Fuerza Nueva war 1966 im Umkreis eines erzkatholischen Verlagshauses unter der Führung von Blas Piñar, das ab 1967 eine gleichnamige Zeitschrift herausgab, gegründet worden und scharte weite Teile der glühendsten Franco-Nostalgiker hinter sich. Ihr Jugendverband war äußerst rührig und konnte viele Anhänger mobilisieren – durchaus typisch für die extreme Rechte in Spanien. „Ihr Hauptziel lag darin, zu einer Sammlungsbewegung aller Franco-Nostalgiker für den Kreuzzug gegen die Kommunisten zu werden und all jener, die für eine energischere

Gangart gegenüber der Opposition plädierten, um den Fortbestand des Systems zu sichern“, wie ein Historiker später schrieb.

Ab 1976 konstituierte sich Fuerza Nueva als politische Partei und war die bis vor kurzem einzige rechtsextreme Partei, die es in die Abgeordnetenkammer schaffte (1979 mit 379 463 Stimmen). Damals war die Partei auf ihrem Höhepunkt, hatte zwischen 40 und 60 Tsd. Mitglieder und eine eigene Gewerkschaft – die Fuerza Nacional del Trabajo – und gab eine eigene Wochenzeitung, *El Alcázar*, mit einer Auflage von 45 000 und 13 000 Abonnent*innen heraus.

Der gescheiterte Militärputsch am 23. Februar 1981 und die schlechten Wahlergebnisse 1982 machten jedoch deutlich, dass die extreme Rechte durch den postfranquistischen Übergangsprozess, der mit den politischen Reformen bereits in der späten Ära des Franco-Regimes eingeleitet worden war, überrollt worden war. Die wichtigsten und aktivsten rechtsextremistischen Gruppierungen waren nunmehr desorientiert und demotiviert, erst recht, nachdem sich Fuerza Nueva am 20. November 1982, dem 7. Jahrestag von Francos Tod, wegen der schlechten Wahlergebnisse auflöste.

Ihre Mitglieder und Funktionäre fühlten sich von ihrer eigenen Organisation verraten und verkauft und wandten sich anderen rechtsextremen Kleingruppen zu oder – wie die meisten von ihnen – traten der Alianza Popular (Volksallianz), der Vorläuferpartei der PP bei. [...] Mit dieser politischen Erfahrung war die Ära des organisierten Rechtsextremismus in Spanien vorerst beendet und auch *El Alcázar*, die letzte Galionsfigur des Franquismus, stellte 1988 ihr Erscheinen ein. Der extremen Rechten im Land stand eine lange Durststrecke bevor, die auch heute noch ihre Auswirkungen hat.

Die Volksallianz als neue Heimat

Während der Transición, die für eine Kontinuität der alten Institutionen sorgte, wurden etliche, auch strukturelle Elemente der Franco-Diktatur vom neuen demokratischen Regime übernommen, ohne dass ein wirklicher Säuberungsprozess stattfand. Dass die extreme Rechte nie juristisch zur Rechenschaft gezogen wurde, war nach Ansicht einiger Betrachter ein wesentlicher Grund dafür, dass sie in Spanien nicht zu einer wirklich starken Bewegung werden konnte. Tatsächlich zeigen verschiedene Vergleichsstudien über die Entstehung des Rechtsextremismus in Europa, dass diese Ausnahmestellung Spaniens u. a. darin begründet lag, wie die neue rechte Massenpartei entstanden ist.

Die PP hat ihre Wurzeln in der Alianza Popular, die 1976 von Manuel Fraga Iribarne und anderen ehemaligen Würdenträgern des Franco-Regimes gegründet worden war. Darin hatten die alten Funktionäre der Diktatur weiterhin das Sagen und v. a. jedoch fand die Bewegung, die gegen einen institutionellen Bruch mit dem Franco-Regime war, dort ihre soziale und wahlpolitische Basis. Auch wenn die Stimmenzahlen bei den ersten beiden Parlamentswahlen zunächst noch eher bescheiden waren, ging die Taktik der AP letztlich auf. Bei den Wahlen von 1982 konnte sie diejenigen Wähler*innen für sich gewinnen, die zuvor für den Centro Democrático y Social (CDS, Demokratisches und Soziales Zentrum) von Adolfo Suárez gestimmt hatten, und auch etwa zwei Drittel der vormaligen Wähler von Fuerza Nueva, was – wie erwähnt – zu deren Auflösung führte.

Da – wie ebenfalls schon erwähnt – viele Mitglieder und Funktionäre von Fuerza Nueva in die AP eingetreten waren, gerieten letztere und im Gefolge die PP quasi zur einzigen parteipolitischen Vertretung des „soziologischen Franquismus“. Der Schriftsteller Aquilino Duque meint dazu, dass man „zwar nicht alle PP-Wähler*innen dem Franquismus zurechnen kann, dass aber alle oder nahezu alle Franquisten die PP wählen, weil sie sonst keine politische Heimat haben und die PP – zwar verschämt – letztlich dieselben Prinzipien hochhält wie einst der Franquismus, nämlich Vaterland, Religion und Familie“.

Dass dieser „soziologische Franquismus“ auch 40 Jahre nach dem Ende der Diktatur so tief verwurzelt ist, zeigt die Grenzen dieser „light“-Version einer Demokratie in einem Regime, das 1978 entstanden ist und es noch nicht einmal geschafft hat, die Verbrechen des Franquismus juristisch aufzuarbeiten. Diese Straffreiheit für diese früheren Verbrechen ist emblematisch für das politische System in Spanien. Sie erklärt auch viele der durch die sogenannte Katalonienkrise entstandenen Probleme sowie die Zwistigkeiten über die geplante Umbettung Francos aus seiner Gedenkstätte im Tal von Cuelgamuros (bekannt auch als „Tal der Gefallenen“).

Die Volkspartei als rechtes Sammelbecken

Auch wenn manche das Aufgehen der Alianza Popular in der Volkspartei PP als eine Wende zur Mitte ansehen, lag der eigentliche Grund doch eher darin, dass damit ein Sammelbecken entstehen sollte, das die Anhängerschaft von der extremen Rechten bis hin zur sogenannten „politischen Mitte“ abschöpft. In dieser neuen Partei konnten neokonservative Strömungen nach dem US-Vorbild und

neoliberales Gedankengut neben dem klassischen spanischen Nationalismus, der seine franquistische Tradition nicht verleugnen kann, koexistieren. Allerdings waren laizistische Tendenzen verpönt und die engen Beziehungen zum Katholizismus, der beim Gros ihrer Wählerschaft vorherrscht, blieben unangetastet. Die Nähe zum Neokonservatismus und dessen Credo vom „Kampf der Kulturen“ wiederum erleichterte das sukzessive Eindringen fremdenfeindlicher Tendenzen. Damit sollten die einfachen Bevölkerungsschichten, die unter den Folgen der kapitalistischen Krise litten und leiden, gegen die eingewanderten Arbeiter*innen muslimischen Glaubens aufgehetzt werden – angeblich zur Verteidigung der sogenannten westlichen Werte.

Angesichts dieser Koexistenz solch unterschiedlicher Tendenzen in einer Partei kann man schwerlich von der PP als einer klassisch rechten Partei so wie von der CDU unter Merkel sprechen und genauso wenig sie mit dem Aufstieg der extremen oder neofaschistischen Rechten in Europa in Verbindung bringen. Denn von den ersteren unterscheidet sie sich historisch durch die nie abgelegte franquistische Tradition und durch ihre, für Parteien dieses Zuschnitts ungewöhnliche – sieht man von extremen Ausnahmesituationen wie dem Mai 68 in Frankreich ab – Neigung, ihre Anhänger außerparlamentarisch zu mobilisieren. Von den zweitgenannten wiederum unterscheidet sie sich dadurch, dass sie zwar einen Teil ihrer Agenda und Protestformen aufgreift, aber dies nicht mit dem für diese Gruppierungen typischen ideologischen Geifer betreibt und dies programmatisch zum Schwerpunkt macht.

Man kann letztlich sagen, dass die Krise der PP zur Krise der spanischen Rechten insgesamt geworden ist und dass erstmals seit Jahrzehnten die extreme Rechte in Spanien die Gelegenheit erhalten hat, sich eine eigene Wählerbasis zu verschaffen. Insofern ist die PP nicht mehr unangefochtener Adressat der Wählerstimmen innerhalb dieses Spektrums, sondern steht erstmals unter Konkurrenzdruck.

Vox – ein Spaltprodukt

Obwohl sie erst jetzt Beachtung bei den Medien und Wahlen gefunden hat, ist Vox keine neue Partei, sondern existiert bereits seit fünf Jahren und hat bis zu ihrem Durchbruch in Andalusien mehrmals erfolglos kandidiert. Die Gründung erfolgte im Dezember 2013 infolge einer Abspaltung aus der PP. Mariano Rajoy wurde damals vorgeworfen, die konservativen Grundfesten der Partei über Bord geworfen zu haben. Zur selben Zeit distanzier-

ten sich auch Aznar und die ihm treue Esperanza Aguirre von der Parteiführung. Zunächst wurde die Partei von den beiden prominentesten Dissidenten der PP geführt, dem Europaabgeordneten und ehemaligen Vorsitzenden der katalanischen PP Aleix Vidal-Quadras und von Santiago Abascal, dem ehemaligen Abgeordneten im baskischen Parlament und vormaligen Präsidenten der Stiftung zur Verteidigung der Spanischen Nation DENAES.

Die Gründung von Vox steht zwar in einem gewissen Zusammenhang mit dem weltweiten Aufschwung reaktionärer und autoritärer Strömungen, hat aber auch ihre eigenen Charakteristika, die aus der Geschichte und dem politischen Kontext in Spanien herrühren. Im Unterschied zu den meisten ihrer europäischen Pendanten ist Vox aus einer Spaltung der spanischen Rechten entstanden und kein neues, am politischen Rand entstandenes Phänomen wie der Front National (inzwischen Rassemblement National) oder die Lega Nord (inzwischen Lega). Sie ist vermutlich das erste erfolgreiche Spaltprodukt der PP, während die 1997 daraus abgespaltene PADE (Spanische Demokratische Partei) es lediglich zu einer Handvoll Stadtverordneter in Madrid geschafft hat.

In gewisser Weise repräsentiert Vox zugleich den „soziologischen Franquismus“, der innerhalb der PP viele Jahre überdauerte und der seit der Selbstauflösung von Fuerza Nueva keine eigene Organisation zur Verfügung hatte, und die die (neo)konservativsten Kreise, die sich bis dahin in einer Art Tea-Party zusammengefunden hatten. Statt weiter als Pressure-Group innerhalb der PP zu wirken, schufen sie sich mit Vox ihr eigenes politisches Organ. Unter ihnen findet man die Medienverbände Grupo Intereconomía und Libertad Digital, die neokonservativen Denkfabriken Grupo de Estudios Estratégicos oder Websites und soziale Netzwerke wie Hazte Oír.

Durch die historischen Vorbilder der extremen Rechten in Spanien steht Vox dem konfessionsbezogenen Rechtsextremismus in Osteuropa, etwa der polnischen PiS, näher als dem Rassemblement National von Le Pen. In der Frage der nationalen Einheit und der Bekämpfung der Autonomiebestrebungen, etwa von Katalonien, lehnt sich Vox der Falange von José Antonio Primo de Rivera an. Im Mittelpunkt dieser Ideologie steht Spanien als „Schicksalsgemeinschaft im Weltgeschehen“ („Spanien ist die Nation schlechthin und nicht die Nation irgendeines der Völker, aus denen sie sich zusammensetzt.“, Primo de Rivera), wie es wörtlich in der Ley de Principios del Movimiento Nacional heißt. Und weiter: „Der Dienst an der Einheit, Freiheit und Größe des Vaterlandes ist

heilige Pflicht und gemeinsame Aufgabe aller Spanier.“ In dieser Doktrin rückt Spanien wieder in die Position eines Staates einer einzigen Nation, was gleichbedeutend mit der Unterdrückung jeder Autonomiebestrebung ist und der Negation aller Nationalismen außer dem spanischen. Im Diskurs von Vox wird dieses zentrale Thema eng verwoben mit der Anprangerung der Korruption, Vernetzung und Verschwendung, die den verschiedenen Regionalregierungen zugeschrieben werden.

Das sozialpolitische Programm von Vox ist eindeutig neoliberal, worin sie sich zumindest teilweise von den anderen rechtsextremen Parteien abheben, die ihr Programm – wenigstens in ihrer Rhetorik – mit protektionistischen (Trump) oder staatlichen (Salvini) oder gar „wohlfahrtschauvinistischen“ (Le Pen) Elementen garnieren. Insofern liegt Abascal eher bei dem Brasilianer Bolsonaro als bei Le Pen.

Erst kürzlich hat sich Vox wieder als gelehriger Schüler des US-amerikanischen Neokonservatismus, dem auch Aznar und Aguirre seinerzeit gehuldigt haben, erwiesen und fortschrittliche Errungenschaften infrage gestellt, die sich eigentlich mittlerweile als Gemeingut etabliert hatten. Ein Beispiel hierfür ist der Kreuzzug gegen die Frauenbewegung anhand von Themen wie Abtreibung, Gewalt gegen Frauen und was sie sonst noch unter dem Begriff der „Gendertheorie“ rubrizieren. Dies ist eine klare Reverenz gegenüber den reaktionärsten Elementen unter dem Klerus, bei Hazte Oír oder dem Foro Español de la Familia und dient wie in anderen Ländern, hauptsächlich in Polen, dazu, die extreme Rechte zu mobilisieren und politisch zusammenzuschweißen.

Auch bei Trump macht Vox ihre „transatlantischen“ Anleihen, etwa in dessen Mantra „Make Spain great again“ oder in der Forderung, eine Grenzmauer in den nordafrikanischen Enklaven Ceuta und Melilla zu bauen – eine klare Ansage gegen die Einwanderungspolitik der Regierung und die gestiegene Zahl der Flüchtlinge. Im gesamten rechtsextremen Spektrum gelten Immigrant*innen, besonders wenn sie aus armen und nicht-westlichen Ländern stammen, als Sündenböcke für die vermeintliche sozioökonomische und kulturelle Misere. Dabei dienen die Mauern weniger der Kontrolle der Grenzen, sondern eher der politischen Propaganda. Eine Mauer oder einen Zaun zu errichten, geht kurzerhand und schürt eine öffentliche Meinung, in der Ausgrenzung zum Schlüsselbegriff wird und eine Wagenburgmentalität erzeugt. Zäune versinnbildlichen in dieser Logik quasi eine Absicherung gegen die „Invasion der Migrant*innen“.

Migration wird dabei mit Unsicherheit gleichgesetzt. Migrant*innen und Arme generell werden ganz häufig stigmatisiert, indem sie mit Kriminalität, Unsicherheit und Einwanderung assoziiert werden. Passend dazu versuchen unsere Sparpolitiker*innen jenseits all der von ihnen verantworteten sozialen Einschnitte und Privatisierungsmaßnahmen die übergroße Mehrheit der europäischen Bevölkerung glauben zu machen, dass ihnen die Migranten etwas wegnehmen könnten. Das Credo, dass „es nicht genug für alle gibt“, fördert Ausgrenzung und einen „Wohlstandschauvinismus“, wie Habermas es nennt, wo die Erlangung einer Staatsbürgerschaft mit der nationalen Identität in Konflikt treten kann. Auf diese Art werden soziale Konflikte und politische Spannungen infolge der Sparpolitik auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen, nämlich den Migrant*innen, den Fremden oder schlichtweg „den anderen“, und so die politisch und wirtschaftlich Mächtigen von ihrer Verantwortung entlastet. Denn wenn „es nun mal nicht genug für alle gibt“, dann sind es zu viele und „es gibt keinen Platz für alle“. Das genau ist die Basis, auf der eine Parole wie „Spanier zuerst!“ verfängt.

Man kann also sagen, dass Vox auf halbem Weg zwischen Gestern und Heute steht, indem ein Teil ihrer Positionen der neuen extremen Rechten in Europa zuzuordnen ist, sie andererseits jedoch ihre Eigenheiten bewahrt, die aus ihr eine moderne Version des spezifisch spanischen Rechtsextremismus der späten Franco-Ära und der Transición machen. Diese Zwitterstellung kommt vermutlich am besten in dem Begriff der „Reconquista“ Spaniens zum Ausdruck, in dem sich einerseits der zeitgenössische Diskurs des Rechtsextremismus über den Kampf der Kulturen und die Gefahr der Überfremdung widerspiegelt, andererseits auch die nostalgische Vorstellung vom Kreuzzug konserviert wird, in dem Spanien wieder den „Roten“ entrissen werden soll, so wie einst beim Militärputsch am 18. Juli 1936.

Warum gerade jetzt?

1. Die Krise der PP, also der faktischen Einheitspartei der spanischen Rechten, infolge der Korruptionsaffären hat eine ungewohnte Konkurrenzsituation auf der Wahlebene geschaffen und zu einer Aufsplitterung der Wählerstimmen geführt, während zuvor die PP als einzige „nützliche“ Wahloption galt und das Erstarken anderer konservativer Kräfte bei den Wahlen blockiert hat.

2. Diese innerrechte Konkurrenz hat zu einer Radikalisierung der Aussagen der PP und der Ciudadanos zu so wichtigen Themen wie der Flüchtlingsfrage oder der

katalanischen Autonomiebestrebung geführt, was wiederum Vox hoffähig gemacht hat. Konsequenterweise haben diese beiden Parteien Vox im andalusischen Wahlkampf nie in die rechtsextreme Ecke gestellt und erwägen zum Erstaunen ihrer europäischen Schwesterparteien gar eine gemeinsame Regierungsbildung. (Inzwischen wurde eine von der Vox tolerierte Minderheitsregierung gebildet [AdÜ]) Die PSOE wiederum instrumentalisierte das Thema, um ihre beiden Rivalen PP und Ciudadanos zu diskreditieren. Dadurch wurde der Vox im Wahlkampf eine unerwartete Aufmerksamkeit zuteil.

3. Der weltweite Aufschwung der fremdenfeindlichen und aggressiven Populist*innen hat neuen Themen politisches Gehör und mediale Aufmerksamkeit verschafft, etwa der angeblich drohenden islamischen Gefahr in Spanien. Auf ihrem Parteitag hat sich Vox sogar auf die Seeschlacht von Lepanto 1571 berufen, wo „die westliche Zivilisation vor der Barbarei“ gerettet worden sei.

4. Auch der Konflikt um die katalanische Autonomie spielt eine Rolle, insofern als Vox das Verfahren gegen die des Separatismus Angeklagten vor den Obersten Gerichtshof gebracht hat und sich damit als oberster Hardliner profilieren konnte. In dieser Frage allerdings konkurrieren alle Rechten um diese Position.

5. Der Streit um die Exhumierung der Gebeine des Diktators Franco im Tal der Gefallenen hat die noch immer zahlreichen Franco-Anhänger*innen aller Couleur auf die Beine gebracht. Die von Vox lautstark angeführten Proteste gelten dem andalusischen Gesetz zur historischen Erinnerung, mit dem die Diktatur aufgearbeitet werden soll.

6. Last but not least spielt die Auflösung des sozialen Zusammenhalts infolge der Wirtschaftskrise und der Austeritätspolitik eine Rolle. Die Arbeitslosigkeit, Verarmung und wirtschaftliche Unsicherheit mit den Folgen wachsender Ungleichheit und Ausgrenzung sind in Andalusien, der bevölkerungsreichsten Region besonders ausgeprägt. Die soziale Spaltung hat hier auch die politische Polarisierung vertieft und das bisherige Parteiengefüge aufgewirbelt.

Die Wahlanalysen in Andalusien haben gezeigt, dass Vox hauptsächlich ehemalige PP- und in geringerem Maße auch Ciudadanos-Wähler*innen an sich binden konnte: Mehr als die Hälfte von ihnen hat 2015 für die PP votiert und ein knappes Viertel für Ciudadanos. Unter den linken Wähler*innen konnte kaum nennenswert gewildert werden. Besonders stark war Vox in den PP-Hochburgen: Dort wo die PP 2015 über 50 Prozent erzielt hatte, kam

Vox auf ca. 20 Prozent. Außerdem zeigte sich, dass Vox mehr in den Städten als auf dem Land gewonnen hat und vorzugsweise in den Bezirken mit überdurchschnittlichem Einkommen.

Auch hierin unterscheidet sich also Vox momentan von ihren Pendants auf europäischer Ebene, wo eher Verschiebungen zwischen den Wahlblöcken stattfinden und die Rechtsextremisten hauptsächlich von bisherigen Nichtwähler*innen profitieren können.

Es wäre insofern fatal, den Aufstieg der Neofaschisten dadurch aufhalten zu wollen, dass man die Einheit der „gemäßigten“ Kräfte beschwört. Denn gerade sie haben durch ihren Neoliberalismus die Geister heraufbeschworen, die uns den fremdenfeindlichen Populismus als dessen Kehrseite präsentieren. Ein „antifaschistisches“ Bündnis mit ihnen würde eher den Protest der „Außenseiter“ gegen das „Establishment“ stärken. Vielmehr muss sich die Linke fragen, worin sie versagt hat, wenn die Unzufriedenheit mit dem System und der Protest gegen die Herrschenden nicht produktiv gewendet werden können.

Der Autor ist Mitglied von Anticapitalistas, der spanischen Sektion der IV. Internationale, und Europaabgeordneter von Podemos.

Aus: Viento Sur (<https://www.vientosur.info/spip.php?article14510>)

■ *Übersetzung (gekürzt): MiWe*

1 Zum Vergleich lag das Ergebnis der von Teresa Rodríguez geführten Liste *Vorwärts Andalusien* (Adelante Andalucía) bei 16,19 %.



RADIKALE LINKE UND PARLAMENTARISMUS

Der folgende Artikel versteht sich als Beitrag zur Bilanzierung der Parlamentsarbeit, die die antikapitalistische slowenische Koalition geleistet hat, nachdem sie 6 Prozent und sechs Abgeordnete bei den Parlamentswahlen 2014 erhalten hatte. Im Juni 2018 erhielt die aus ihr hervorgegangene Partei Levica (Die Linke) 9,3 Prozent und neun Parlamentssitze.

■ **Marko Kržan**

■ Bekanntlich fungieren die linken Parteien in Westeuropa wie *Die Linke* in Deutschland eher als Farbtupfer oder bestenfalls als moralischer Zeigefinger in der politischen Landschaft, als dass sie deren Gestaltung ernsthaft beeinflussen könnten. Stattdessen beschränkt sich ihre parlamentarische Tätigkeit zuvörderst auf die Agitation. In den osteuropäischen Ländern gelangen diese Parteien zumeist nicht einmal ins Parlament. In einigen südeuropäischen Ländern hingegen sind sie zu einem gewichtigen Faktor geworden, ohne den die dortigen linksliberalen Regierungen gar nicht bestehen könnten. Dies gilt zumindest für Portugal und Slowenien¹ und in gewisser Weise auch in Spanien².

Das wirft die Frage auf, wie diese Parteien die Forderungen der Arbeiterklasse vertreten können und ob diese Situation genutzt werden kann, um die antikapitalistische Arbeiterbewegung zu stärken. Im Folgenden sollen einige subjektive und objektive Hindernisse auf diesem Weg beschrieben und mögliche Lösungen dafür benannt werden.

Dem Assimilationsdruck widerstehen

Die Frage, ob antikapitalistische Parteien ins Parlament einziehen sollen, ist im Prinzip seit Langem beantwortet. Im Streit mit seinen Gegnern, die den Wahlboykott be-

fürworteten, betonte Lenin seinerzeit, dass das Parlament – und ich greife hier einen Ausdruck von Althusser auf – ein ideologischer Staatsapparat ist, den diejenigen, die für den Sozialismus kämpfen, nutzen müssen. Dieser Apparat ist in der Tat ein Agitationsforum und zumindest in den heutigen Parlamenten eine Finanzierungsquelle für eine Partei. Insofern sollte er genutzt werden, um die antikapitalistische Bewegung zu stärken. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass es sich dabei um den Apparat eines kapitalistischen Staates handelt. Der Parlamentarismus stellt einen Kompromiss zwischen der Kapitalistenklasse und den unteren Klassen her, indem er Politik und Wirtschaft trennt und die Bevölkerung als die Summe atomisierter, abstrakter Individuen („ein Mann, eine Stimme“) betrachtet, und nicht als Kollektiv, als eine bestimmte Klasse oder soziale Gruppe. Dieser Kompromiss mag für die Arbeiterklasse (Arbeiter, kleine und mittlere Landwirte, kleine Handwerker und proletarisierte Angestellte) mehr oder weniger vorteilhaft sein, aber er ist immer noch ein Kompromiss, der darauf abzielt, deren Ausbeutung und Unterordnung aufrechtzuerhalten.

Deshalb nährt der Parlamentarismus den Opportunismus. Um Anerkennung zu erlangen, passen die Parlamentarier*innen (Abgeordnete und ihre Assistenten)

ihren Jargon und ihre Ziele der „Realität“ an und tendieren dazu, sich selbst an die herrschende Ideologie oder an eine ihrer Varianten anzupassen. Je mehr ihr Leben vom Parlament abhängt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie nach Privilegien und Posten innerhalb der Partei streben. Solche Praktiken schaffen eine Kluft zwischen ihnen und den Parteimitgliedern.³ Diese sind nur gehalten, an formalen Ritualen teilzunehmen, um die bereits getroffenen Entscheidungen zu bestätigen, so wie es von den Wähler*innen in einer bürgerlichen Demokratie erwartet wird. Obwohl die „klassischen“ Parteien diesen Mechanismus erfolgreich praktizieren, ist er für die antikapitalistische Partei destruktiv, weil er die Kluft zwischen ihrem Programm und der Möglichkeit, es umzusetzen, vergrößert. Es ist nicht übertrieben, von der Entstehung einer Bürokratie im Kleinen zu sprechen, deren Verhältnis zur antikapitalistischen Partei dem der sowjetischen Nomenklatura zur übrigen Gesellschaft ähnelt. Laut Mandel⁴ war die sowjetische Nomenklatura die eigentliche herrschende soziale Gruppe, aber sie war keine neue (herrschende) Klasse. Im Gegensatz zur kapitalistischen Klasse, deren elementare Interessen mit den Erfordernissen der kapitalistischen Gesellschaft übereinstimmen, was die Reproduktion anlangt (die Tendenz, den individuellen Profit zu mehren ist für die Kapitalakkumulation im Allgemeinen unerlässlich), schmälern die Intrigen und die Korruption der Nomenklatura die Effizienz der verstaatlichten Wirtschaft und verhindern die Arbeiterkontrolle. Dies kann auch auf eine führende Gruppe einer antikapitalistischen Partei zutreffen: Intrigen um „Posten“ in der Partei reduzieren die Zahl der Aktivist*innen und die Anpassung an den Medienjargon und an eine „realistische“ Praxis führt zur Aufgabe ihrer Ziele oder sogar ihres Programms.

Für Parteien wie die slowenische Levica oder die portugiesischen Antikapitalist*innen, die einen realen Einfluss auf linksliberale Regierungen ausüben, kann diese Konstellation zur Lähmung oder gar Kapitulation führen. Die parlamentarische Unterstützung, die sie der Regierung gewähren (um Einfluss auf sie auszuüben), mit dem Ziel, die antikapitalistische Bewegung zu stärken, könnte zum Eckpfeiler der „politischen Stabilität“ geraten, d. h. letztlich die Macht der Bourgeoisie aufrechterhalten. Zumindest, wenn ihre Entscheidungen objektiv nach und nach durch den Aspekt der „Regierungsverantwortung“ geprägt werden („was wäre, wenn nach dem Fall der linksliberalen Regierung Populisten an die Macht kämen?“) und durch die subjektiven und persönlichen Interessen ihrer aufkommenden Bürokratie („Was wird

aus uns, wenn wir nicht mehr im Parlament sind?“). Wenn dem nicht entgegengesteuert wird, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Partei Teil der politischen Klasse wird⁵ – oder ihre Sitze im Parlament verliert (warum sollte man für eine linke Kopie statt für das Original stimmen?).

Worin könnten diese Gegenmaßnahmen bestehen? Eine antikapitalistische Bewegung kann sich bloß entwickeln, wenn sie unabhängig vom System ist. Diese Autonomie muss sowohl in ideologisch-politischer und materiell-finanzieller Hinsicht als auch in der Praxis bestehen.

Die ideologische und politische Unabhängigkeit ist notwendig, weil die antikapitalistische Bewegung ihre eigene Analyse von den bestehenden Verhältnissen entwickeln muss. Dabei kann sie sich auf akademisch geschulte Spezialist*innen stützen und mit NGOs zusammenarbeiten. Innerhalb der ideologischen Maschinerie des Staates jedoch kann ein solches Bewusstsein nicht entstehen, da dort nur Analysen vom Standpunkt der herrschenden Ideologie aus und im Interesse der herrschenden Klasse produziert werden. Und wenn die politischen Entscheidungen nicht auf der Grundlage einer validen Analyse der herrschenden Verhältnisse getroffen werden, sind sie bloß intuitiv und zufallsbedingt.

Autonomie in der Praxis bedeutet, politisch unabhängig vom Parlament und der bürgerlichen Zivilgesellschaft arbeiten zu können, auch unabhängig von den Gewerkschaften, weil auch diese in den ideologischen Staatsapparat integriert sind.

Die materielle und finanzielle Unabhängigkeit wiederum bedeutet, dass die Partei von allen Finanzierungsquellen unabhängig ist, die sie der Logik des Systems unterwerfen, was oft bei den NGOs der Fall ist.

Niemand wird verlangen, dass diese Autonomie absolut zu sein hat und in allen drei Bereichen sofort umgesetzt werden muss. Im Alltag kann bspw. die ideologische und politische Autonomie die fehlende Unabhängigkeit in der Praxis oder in materiell-finanzieller Hinsicht ausgleichen, weil gut geschulte Parteikader eher dazu in der Lage sind, opportunistische Tendenzen zu bekämpfen, und sich außerdem eher solidarisch verhalten, statt um Privilegien zu rangeln.

Die Rolle des Übergangsprogramms

Befassen wir uns näher mit der ideologischen und politischen Autonomie. Zunächst sei darauf verwiesen, dass die Programme der antikapitalistischen Parteien von heute weniger radikal sind als in der Vergangenheit und selbst im Vergleich zu den sozialdemokratischen Parteien der Nach-

kriegszeit. Teilweise rührt dies aus der alten marxistischen Weisheit, wodurch das Bewusstsein bestimmt wird: Da der weltweite Kapitalismus und seine Ideologie heutzutage stärker sind, kann auch eine weniger fortgeschrittene politisch-ideologische Plattform nichtsdestotrotz als radikal gelten.

Diese Programme zeichnen sich außerdem dadurch aus, dass sie zumindest scheinbar widersprüchlich sind. Manche fiskal- und sozialpolitische Maßnahmen sind ebenso wie jeder weitergehende Versuch, die Wirtschaft in Richtung einer Arbeiterkontrolle und demokratischen Planung transformieren zu wollen, im juristischen Rahmen der EU undenkbar. Trotzdem fassen diese Parteien nur selten einen Austritt aus dem gemeinsamen europäischen Markt oder auch nur aus der Währungsunion ins Auge. Selbst wenn diese reformistische Position in Hinblick auf die EU teilweise daher rührt, sich nicht von den breiten Massen isolieren zu wollen, so sind diese Widersprüche doch auch Folge der immer größeren Integration der Gesellschaft in den kapitalistischen Weltmarkt. Er bestimmt heute das Sozialleben in Bereichen, die während des „goldenen Zeitalters“ des europäischen Kapitalismus noch nicht davon abhängig waren. Das Erstarken des Kapitalismus ist natürlich das Ergebnis der Integration aller Länder in den Weltmarkt und dessen Durchdringung aller sozialen Lebensbereiche eines Landes. Daher wird die politische Tätigkeit derjenigen, die für den Sozialismus kämpfen, zunehmend paradoxer, indem einerseits die objektiven Gegebenheiten radikalere Maßnahmen für jeden wirklichen Wandel erfordern, es aber andererseits aus eben diesem Grund immer schwerer wird, unter den breiten Massen ein Bewusstsein dafür zu erzeugen, von einem entsprechenden Engagement ganz zu schweigen.

Um dieses Paradoxon auf der politischen Ebene zu überwinden, bedarf es eines Übergangsprogramms, das die Kluft zwischen dem parlamentarisch-reformistischen Minimalprogramm und dem revolutionär-sozialistischen Maximalprogramm schließt. Dieses Übergangsprogramm dient quasi der ansatzweisen Umsetzung des Maximalprogramms, das wiederum unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung der antikapitalistischen Bewegung an sich ist.

Als die Trotzlisten 1938 das Übergangsprogramm ausarbeiteten, befand sich der Weltkapitalismus in einer ernsten Krise und die Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern wie Frankreich war außerstande, sie zu überwinden, ohne in den Faschismus zu gleiten. Heutzutage liegt der Ausgangspunkt darin, dass die Integrationsform der

einzelnen Länder in das weltweite kapitalistische System in eine Krise geraten ist, während die antikapitalistischen Lösungen für diese Probleme, wie gesagt, utopisch erscheinen und entsprechendes Gedankengut keinen Zugang zu den Köpfen der Massen und deren „spontanen Ideologie“ findet.

Aber selbst wenn sich gegenwärtig die spontane Reaktion auf die Krise der EU häufig rassistisch äußert, birgt eben diese Krise auch ein Potential, die politische Blockade der Arbeiterklasse zu durchbrechen. Freilich wäre es naiv anzunehmen, dass die Antikapitalist*innen auf dieser Ebene den Nationalist*innen leicht das Wasser abgraben könnten, wie das Auseinanderbrechen Jugoslawiens einst gezeigt hat. Jedoch betrifft die aktuelle Krise anders als während des Zerfalls von Jugoslawien keine untergeordnete und – wenigstens dem Prinzip nach – systemfeindliche soziale Ordnung (nämlich die „zweite Welt“ des „realen Sozialismus“) sondern die herrschende kapitalistische Ordnung. Insofern ist die Gesamtsituation und mit ihr die Arbeiterklasse ein paar Schritte weiter und die Partei, die für den Sozialismus kämpft, kann und muss sich radikalisieren.⁶

Es geht hier nicht darum, die Bestandteile eines solchen Übergangsprogramms darzulegen, zumal sie in hohem Maße von der konkreten Situation der jeweiligen Länder abhängen. Indessen müssen wir sie dort suchen, wo die Politik der großen imperialistischen Strukturen wie der NATO und der EU direkt auf die soziale Lage der breitesten Gesellschaftsschichten einwirken. Ein Ansatzpunkt etwa ist die Forderung der NATO (und gleichermaßen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU als deren Pendant), die Rüstungsausgaben und besonders die Waffenkäufe drastisch zu erhöhen, was die ohnehin schon geringen Kapazitäten für Investitionen in das Gesundheits- und Sozialwesen für die Bevölkerung weiter beschränken wird. Diese Interessen des Kapitals (des militärisch-industriellen Komplexes) widerstreben unmittelbar den Interessen der Arbeiterklasse nach Frieden und Wohlstand. Somit trifft hier ein abstraktes Ziel (der Antiimperialismus) auf konkrete Kämpfe (selbst in den Parlamenten) und greifbare Ziele zum breiten Vorteil (nämlich Schutz des gemeinsamen Eigentums und der erworbenen Rechte), was der antikapitalistischen Bewegung ermöglicht, einen Sieg zu erringen.⁷

Genau durch solche Kämpfe kann der opportunistische Druck des Parlamentarismus neutralisiert werden. Ohne sie würde der Opportunismus den Unterschied zwischen den antikapitalistischen, d. h. systemfeindlichen Parteien

und den bürgerlichen Parteien verwischen. Der Hauptkonflikt scheint hier zuerst zwischen der (liberalen) Linken und der (konservativen) Rechten zu bestehen, aber in Wahrheit ist es ein Kampf, in dem sich die Arbeiterklasse und das Kapital und dessen politische Vertreter gegenüberstehen.

Es ist kein Zufall, dass weder Levica noch die portugiesischen antikapitalistischen Parteien „Zugeständnisse“ auf diesem Gebiet erzielen konnten, da die jeweiligen politisch Verantwortlichen anderen Machtzentren untergeordnet sind und ihre Opposition gegen die Interessen des eigenen Volkes in diesem Bereich besonders stark ist. Aber gerade weil sie so stark ist, kann sie leichter aufgezeigt und dagegen mobilisiert werden.

Solche neuralgischen Punkte müssen natürlich auch in allen anderen Bereichen, etwa der Steuerpolitik zutage gefördert werden. Leider waren die linken Parteien und Gewerkschaften in Europa nicht in der Lage, die Arbeiterklasse gegen die Steuerpolitik zu mobilisieren, mit der Unternehmen und Reiche entlastet werden und Haushaltslöcher entstehen, die wiederum als Vorwand für eine sozialfeindliche Politik, etwa der Erhöhung der Mehrwertsteuer oder Einschnitten der sozialen Errungenschaften dient. Dabei zeigen aktuell Bewegungen wie die Gelbwesten in Frankreich, dass solche Angriffe auf die Arbeiterklasse, selbst wenn sie unter dem Deckmantel des „Umweltschutzes“ stattfinden, dafür genutzt werden können, die Bewegung zu radikalisieren und riesige Menschenmengen unter der Losung „Wir zahlen nicht für Eure Krisen (egal ob Umwelt- oder Haushaltskrise oder innere Sicherheit)!“ zu mobilisieren.

Das Übergangsprogramm ist natürlich nicht bloß ein Blatt Papier, sondern zuerst und v. a. eine praktische Angelegenheit, die nur unter der Bedingung möglich ist, dass die antikapitalistische Bewegung über eine gewisse Unabhängigkeit in ideologisch-politischer und materiell-finanzieller Hinsicht sowie in ihrer Praxis verfügt. Die Ausarbeitung dieses Programms ist insofern kein bloßer „intellektueller Akt“, sondern ein organisatorisches Problem. Wie Lenin sagte, ist es die Pflicht der Sozialisten, Agitation und Propaganda zu betreiben.⁸ Propaganda ist eine Aktivität, mit der viele Ideen einer kleinen Zahl von Leuten vermittelt werden können, und Agitation ist eine Aktivität, mit der wenige Ideen an viele Leute gerichtet werden. Propaganda bedeutet, die Mitglieder und Aktivist*innen über die Struktur der Klassen und deren Kämpfe zu unterrichten, während Agitation bedeutet, in die „spontanen“ Formen dieser Kämpfe um bessere

Arbeitsbedingungen, höhere Löhne etc. einzugreifen, was auch Parlamentsarbeit einschließt. Je weiter das Verständnis dafür entwickelt ist, wie eine andere Welt aussehen kann und warum die alte in der Krise steckt, umso mehr kann es die „spontanen Ideologien“, die die Arbeiterklasse beherrschen, ersetzen.

Aus diesem Grund hängt, zumindest in ideologischer und politischer Hinsicht, die Qualität der parlamentarischen Arbeit von der Qualität der Propagandaaarbeit ab. Insofern ist es für den Aufbau einer antikapitalistischen Partei und Bewegung unerlässlich, Bedingungen herzustellen, die der Propagandaaarbeit und aller Arten der Agitation auf dieser Basis, auch auf parlamentarischer Ebene, dienlich sind.

Marko Kržan ist Soziologe und Mitbegründer der slowenischen Partei Levica. In der Legislaturperiode 2014–2018 war er parlamentarischer Mitarbeiter dieser Partei.

■ *Übersetzung: MiWe*

1 Obwohl Slowenien eigentlich Osteuropa zuzurechnen ist, teilt es mit den „peripheren“ Ländern Südeuropas einige Gemeinsamkeiten wie die technologische, wirtschaftliche und monetäre Integration in den europäischen Kapitalismus. So hat sich die Wirtschaftskrise in der EU dort gleichermaßen geäußert, während sich die Schuldenkrise der südeuropäischen Länder direkt auf Slowenien ausgewirkt hat.

2 So hat die sozialdemokratische Minderheitsregierung in Spanien 2018 ein Tolerierungsabkommen mit Podemos geschlossen, in dessen Folge bspw. der Mindestlohn um 22 % angehoben werden sollte. Im Unterschied zu Portugal und Slowenien ist die parlamentarische Vertretung von Podemos nicht stark genug, um der PSOE-Regierung eine Mehrheit zu verschaffen.

3 Wenn die Parteimitgliedschaft keine Basisaktivität beinhaltet, führt sie zu Passivität, und wenn die Partei zudem keine praktische politische Mobilisierung außerhalb des Parlaments verfolgt, dann erlischt die Kommunikation zwischen den Mitgliedern. Sie bilden dann keine wirklich aktive Gemeinschaft und haben keine tatsächlichen sozialen Bindungen untereinander außer der formellen, abstrakten Mitgliedschaft.

4 Mandel, Ernest: „Zehn Thesen zur sozialökonomischen Gesetzmäßigkeit der Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus“, in: Peter Henricke (Hrsg.), *Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 1973, S. 15–37.

5 Ich vertrete die Hypothese, dass das, was wir normalerweise die politische Klasse nennen, eine Fraktion des Kleinbürgertums ist. Dessen andere Fraktionen sind die Bürokratie des Staatsapparates und die sogenannten leitenden Angestellten. Das Kleinbürgertum ist faktisch und ideologisch Funktionären untergeordnet, die mehr oder weniger proletarisiert sind. In dieser Hinsicht bilden der parlamentarische Apparat und die Partei eine kleinbürgerliche Institution, und der Opportu-

nismus besteht darin, die Partei in ihrem Wirken nach innen und außen einer kleinbürgerlichen Praxis und Ideologie zu unterwerfen.

6 Die Agitation ist eine Aktivität unter den Massen, die am Rande der Ideologie und des herrschenden (parlamentarischen) Ideologieapparats, aber stets in dessen Rahmen durchgeführt werden muss, weil sie nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie sich auf die „spontane Ideologie“ stützt und sich in den Medien verbreiten kann. So ist Lenins Formulierung zu verstehen, dass die Partei der Arbeiterklasse stets um einen, aber eben nur um den einen Schritt voraus sein muss.

7 Natürlich liegt der erste Schritt nicht im Austritt aus der NATO, sondern darin, wenigstens die schädlichsten und gefährlichsten Investitionen und Feldzüge zu verhindern, d. h. konkrete Schritte zu unternehmen in Richtung eines abstrakten, langfristigen Ziels.

8 W. I. Lenin: *Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten*. In: Werke Bd. 2



Neu bei ISP



Daniel Tanuro
**Klimakrise und
Kapitalismus**
181 Seiten,
kartoniert, € 19.80

ISBN 978-3-89900-146-4

Das Buch zeigt auf, dass auf der Basis der kapitalistischen Wachstums- und Profitwirtschaft die notwendige Reduktion von Treibhausgasen nicht erreicht werden kann.

Neuer ISP Verlag GmbH
Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe
Tel.: (0721) 3 11 83
neuer.isp.verlag@t-online.de
www.neuerispverlag.de

DER STURZ DES SUDANESISCHEN „MURSISI“

Die sudanesischen Massen haben ihren langjährigen Autokraten Omar al-Baschir gestürzt. Es bestätigt sich damit, dass sich die Gärung des Arabischen Frühlings 2011 nicht zersetzt hat.

■ **Gilbert Achcar**

Am 17. Dezember 2010 entzündete die Selbstverbrennung eines jungen Straßenverkäufers in Mitteltunesien ein Feuer, das sich über die ganze Region ausbreitete. Acht Jahre später, am 19. Dezember 2018, löste die Umsetzung der vom Internationale Währungsfonds geforderten Sparmaßnahmen durch die sudanesische Regierung einen neuen Aufschwung der Massenproteste aus.¹ Und zwei Monate nach dem Beginn des Aufstands der sudanesischen Massen begann die algerische Bevölkerung ihre eigene Revolte und erhob sich gegen ein arrogantes Militärregime, das bestrebt war, dem schwerkranken, handlungsunfähigen Präsidenten Abdel Aziz Bouteflika eine weitere Amtszeit zu verschaffen.²

Auch wenn diese beiden Aufstände noch nicht das Ausmaß des Großbrands von 2011 erreicht haben, so ähneln sie doch zunehmend einem Arabischen Frühling 2.0.³ Ursächlich dafür ist, dass – nach der 2013 eingetretenen Ebbe vor allem in Ländern wie Syrien, Ägypten, Libyen und dem Jemen – der neue Ausbruch dieser Gärung eine Bestätigung dafür ist, dass die Explosion von 2011 nicht nur ein „Frühling“ war, etwa im Sinne einer kurzen und ruhigen Phase politischer Demokratisierung.⁴ Es handelt sich vielmehr um den Anfang eines langfristigen, revolutionären Prozesses, der durch die strukturelle Krise der sozialen und politischen Natur der Regime in der Region

hervorgerufen wird. Schließlich ist trotz der reaktionären Restaurationswelle, die seit 2013 die Region erfasste, der soziale Aufruhr zu keinem Zeitpunkt völlig von der Bildfläche verschwunden: In verschiedenen Ländern der arabisch sprechenden Region gab es lokale Wutausbrüche wegen der sozialen Notlagen, etwa im Irak, in Jordanien, Tunesien und Marokko. Auch im Iran – das zwar kein arabisches Land ist und obwohl es sich hier um einen Staat ganz besonderer Art handelt – kam es zu vergleichbaren Unruhen.

Die Ankündigung der sudanesischen Militärjunta vom 11. April, dass sie ihren früheren Führer Omar al-Baschir abgesetzt hat und die Macht zwei Jahre lang ausüben will, bevor sie sie an eine gewählte Regierung übergibt, vermittelt sofort den Eindruck eines Déjà-vu-Erlebnisses.⁵ Es ähnelt nur allzu sehr der Erklärung der ägyptischen Militärjunta vom 11. Februar 2011, als sie Hosni Mubarak absetzte und – für eine „Übergangszeit“ – die Macht übernahm.⁶ Aber es gibt doch zwei bedeutsame Unterschiede zwischen dem Sudan und Ägypten – und sie haben großen Einfluss auf den Fortgang des sudanesischen Aufstands.

Der erste betrifft die Muslimbrüder und das Militär. In allen Ländern des Arabischen Frühlings waren die Muslimbrüder die größte und mächtigste Strömung in der Opposition. Obwohl diese Organisation nicht die jeweiligen

Massenrevolten initiierte, konnte sie auf den fahrenden Zug aufspringen, sich dabei stärken und die eigentlichen Initiatoren beiseite drängen, nämlich die kunterbunte Mischung aus linken und liberalen Gruppen und sozialen Organisationen sowie der Jugend, die über soziale Medien vernetzt war. In Ägypten wirkten im ersten Halbjahr 2011 die Muslimbrüder aktiv daran mit, Illusionen in das Militär zu schüren. Sie rechneten damit, dass das Militär sie an der Macht beteiligen würde.

Wir wissen, wie sich das weiterentwickelt hat. Das Militär nutzte die Desillusionierung der Massen gegenüber Mohammed Mursi, den gewählten Präsidenten der Muslimbrüder, um ihn abzusetzen und einen eigenen Präsidenten zu installieren, Feldmarschall Abdel-Fattah al-Sisi.⁷ Was die Muslimbrüder 2011 jedoch erhofft hatten, war kein Phantasieprodukt, sondern eine Kopie des Modells, das südlich ihrer Grenzen, im benachbarten Sudan existierte, wo seit 1989 Feldmarschall Omar al-Baschir in Zusammenarbeit mit den dortigen Muslimbrüdern regierte.

Al-Baschir war ein „Mursisi“, also eine Kombination von Militärdiktatur und einem von Muslimbrüdern geführten Regime. In den letzten Wochen bewirkte diese Besonderheit das überraschende Schauspiel eines Zu-Hilfe-Eilens untereinander verfeindeter Regime der Region, um al-Baschir zu retten: Sisis' Anti-Muslimbruderschaft-Diktatur von Ägypten, das Pro-Muslimbruderschaft- aber Anti-Militärregime von Erdogans Türkei, das Anti-Muslimbruderschaft-Königreich von Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate und schließlich das Emirat von Katar, das die Muslimbruderschaft sponsert.

Der wesentliche Unterschied zwischen der ägyptischen und der sudanesischen Entwicklung liegt in Folgendem: Die sudanesischen Muslimbrüder können heute keine Illusionen in die Militärjunta des Landes streuen. Und die sudanesische Bevölkerung kann auch nicht so leicht getäuscht werden, wie dies seinerzeit in Ägypten der Fall war: Sie weiß, dass die Militärjunta das Rückgrat von al-Baschirs Herrschaft war. Es gibt klare Anzeichen dafür, dass die Generäle vor allem deswegen ihren Oberbefehlshaber abgesetzt haben, weil sie Angst vor der Gefahr revolutionärer Ansteckung hatten, die sich in den vorangegangenen Tagen unter den einfachen Soldaten ausgebreitet hatte, die sich zum Teil den Demonstrant*innen angeschlossen und sie gegen die Schläger des Regimes und andere Repressionskräfte geschützt hatten.

Zurzeit ist der weitere Gang der Dinge im Sudan völlig offen und es ist unmöglich vorherzusagen, wie es weiter-

gehen wird. Aber es wird keine Wiederholung des ägyptischen Szenarios geben, das Sisi an die Macht brachte, zumindest nicht mit Unterstützung durch die Bevölkerung. Im Sudan und in Algerien – ähnlich ist es in den anderen Ländern der Region – hängt das Schicksal des revolutionären Prozesses von der Entwicklung einer fortschrittlichen Führung ab, die in der Lage ist, den Massen eine Orientierung im Kampf gegen die schrecklichen Aktivitäten der konterrevolutionären Kräfte der Region (die alten Regimes und ihre islamistisch-fundamentalistischen Rivalen oder Unterstützer) zu geben und für radikale soziale und politische Demokratisierung zu kämpfen. Es gibt keinen anderen Weg raus aus der Destabilisierung, die die Region seit 2011 beherrscht.

12. April 2019

Aus: jacobinmag.com
(<https://www.jacobinmag.com/2019/04/sudan-omar-al-bashir-arab-spring>)

■ Übersetzung: Jakob Schäfer

■ **Gilbert Achcar**, Politologe und Soziologe, stammt aus dem Libanon und ist seit 2007 Professor für Entwicklungsstudien und Internationale Beziehungen an der School of Oriental and African Studies (SOAS) an der Universität in London.

1 <https://www.jacobinmag.com/2019/01/sudan-protests-unions-bashir-youth>.

2 <https://www.jacobinmag.com/2019/03/algeria-protests-bouteflika-movement>.

3 <https://www.jacobinmag.com/2015/12/achchar-arab-spring-tunisia-egypt-isis-isil-assad-syria-revolution>.

4 <https://www.jacobinmag.com/2019/01/arab-spring-authoritarianism-rosa-luxemburg>.

5 <https://www.nytimes.com/2019/04/11/world/africa/omar-bashir-sudan.html>.

6 <https://www.jacobinmag.com/2018/02/egypt-tahrir-revolution-mubarak-sisi-elections>.

7 <https://www.jacobinmag.com/2017/04/sisi-trump-military-egyptian-revolution-mubarak>.

MASSENPROTESTE IN ALGERIEN: DAS IST ERST DER ANFANG

Die Mobilisierung der algerischen Bevölkerung hat sich ausgezahlt. Anderthalb Monate nach dem Ausbruch der Massenunruhen vom 22. Februar 2019 ist Abdelaziz Bouteflika schlussendlich zurückgetreten. Belalloufi analysiert die Hintergründe dieses Volksaufstands und eröffnet die strategische Debatte zu den Perspektiven. Er hat den Artikel dem Gedenken an Genosse Achour Idir gewidmet. Dieser unermüdliche gewerkschaftliche und politische Aktivist ist in der Nacht vom 3. auf den 4. April verstorben.

■ Hocine Belalloufi

Die Abdankung Bouteflikas ist ein riesiger politischer Sieg, der einem letzten Manöver zum Trotz errungen wurde. Der zum Rücktritt bereite Präsident hatte nämlich versucht, einen kontrollierten Übergang zu bewerkstelligen, um die Fortsetzung des seit drei Jahrzehnten herrschenden neoliberal-autoritären Regimes mit demokratischer Fassade zu sichern. In seinem Brief vom 11. März an das algerische Volk gestand er ein, dass sein Vorhaben, eine fünfte Amtszeit zu erzwingen, gescheitert sei, und

■ verzichtete formell und offiziell auf eine weitere Kandidatur,

■ annullierte (unter Verletzung seiner Amtsgewalt) die für den 18. April angesetzten Wahlen und verkündete – für die Periode nach seiner vierten Amtszeit – einen zeitlich nicht definierten „Übergang“,

■ klammerte sich in ebenso illegaler Weise an seinen Posten bis zum Ende der „Übergangszeit“,

■ entließ den Premierminister Ahmed Ouyahia und

beauftragte den Innenminister Noureddine Bedoui, eine neue Regierung zu bilden, die auch für die Opposition offen sein sollte

■ und kündigt sein Vorhaben an, in kürzester Zeit eine für alle offene Nationale Konferenz einzuberufen, an der die Regierungs- wie auch die Oppositionsparteien, die „Eliten“ und andere „unabhängige Persönlichkeiten“ der „Zivilgesellschaft“ teilnehmen sollten.

Der ehemalige algerische Diplomat und Sondergesandte der UN Lakhdar Brahimi wurde herbeizitiert, um informell die Vorbereitung dieser Nationalen Konferenz vorzubereiten.

Dieses Manöver wurde von den Algerier*innen zurückgewiesen, die eine ganze Woche lang die Demonstrationen, Blockaden, Streiks usw. forcierten ... was am 15. und 22. März in den riesigen Demonstrationen gipfelte. Diese Mobilisierung verschärfte den Streit im herrschenden Machtblock. Vize-Ministerpräsident und Armeechef

Ahmed Gaïd Salah, der bis dahin einer der entschlossensten Unterstützer des Präsidenten gewesen war, erwähnte dessen Name bei keinem seiner öffentlichen Auftritte mehr und hob stattdessen die engen Bande zwischen der Armee und dem Volk hervor. Aus den beiden Hauptparteien der Regierungskoalition, RND und FLN, traten Mitglieder und auch Mandatsträger individuell oder auch kollektiv aus und es wurden Stimmen laut, die die Absetzung ihrer Vorsitzenden, Ahmed Ouyahia und Moad Bouchareb, forderten.

Trotz dieser Schwierigkeiten hielten die Machthaber vor dem 22. März noch an dem Vorhaben fest, das am 11. März angekündigte Szenario umzusetzen. Die Entschlossenheit der Volksmassen hat dann aber die Widersprüche im herrschenden Block aufbrechen lassen. Trotz des schlechten Wetters sind an diesem Tag Männer und Frauen aus allen sozialen Schichten, Junge und Alte und selbst Kinder, massiv auf die Straße gegangen, um mit Macht ihre Ablehnung der von Bouteflika angekündigten Vorhaben zur Überwindung der tiefen Krise zum Ausdruck zu bringen und weiterhin den Rücktritt des Regimes zu fordern.

Diese Entschlossenheit hat den inneren Zusammenhalt des Regimes schwer getroffen. Die Bildung der neuen Regierung verzögerte sich, auch weil sich kaum Anwärter für diese Posten fanden und sich die Reihen der beiden Regierungsparteien lichteteten. Viele Mitglieder und Mandatsträger, darunter auch solche verhassten wie die jeweiligen Generalsekretäre Ahmed Ouyahia und Moad Bouchareb, schlossen sich der Bewegung an. Auch der Generalsekretär der UGTA (Algerischer Gewerkschaftsverband) reihte sich ein ... Die größten Opportunisten, die bis dahin den Präsidenten unterstützt hatten, forderten öffentlich seinen Abgang.

„Auch du, Brutus“

Schließlich stieß am 26. März auch der starke Mann des Regimes dazu. Ahmed Gaïd Salah, vertrat dann den Standpunkt, dass die einzige Lösung in der Anwendung des Artikels 102 der Verfassung liegt, also in der Abdankung oder der Absetzung des Präsidenten aufgrund von mangelnder Fähigkeit zur Machtausübung oder im Falle des Ablebens. Die Demonstration vom 29. März jedoch wandte sich unisono gegen alle Clans der Machtelite, was Gaïd Salah dazu veranlasste, den Druck auf Bouteflika zu erhöhen.

Heute stellt sich der Armeechef als der bewaffnete Arm, nicht des Präsidenten, den er beiseite geräumt hat,

sondern der Volksbewegung dar, deren Verteidiger er jetzt mimt. Er tut so, als bekämpfe er die systematische Korruption, die das Land beherrscht. Auf diese Weise will er die Früchte von Bouteflikas Abdankung einheimsen.

Aber bis zum 26. März war diese Abdankung weder Bouteflikas eigener Plan, noch der von Ahmed Gaïd Salah oder irgendeines anderen der Machthaber. Alle hatten auf Bouteflika gesetzt, zunächst auf ein fünftes Mandat, dann auf einen kontrollierten Übergang. Die Millionen Demonstrierenden an den Freitagen haben sie einknicken lassen. Es ist also ein Sieg der Volksmassen, die – den Verboten der Machthaber zum Trotz – jeden Tag in allen Teilen des Landes demonstrierten, ohne dazu eine Erlaubnis einzuholen oder auch nur die Aktionen anzukündigen.

Neues Manöver des Regimes

Die Freude und der Stolz, Bouteflika zum Abdanken gezwungen zu haben, darf aber nicht die Tatsache verschleiern, dass das neoliberal-autoritäre Regime mit demokratischer Fassade weiterhin an der Macht ist. Das algerische Volk hat noch lange nicht seine mit Füßen getretene Souveränität zurückerobert.

Die „konstitutionelle Lösung“ des Oberbefehlshabers ist ein politisches Manöver zur Rettung des Regimes. Sie opfert den Präsidenten, um damit jegliche Perspektive eines demokratischen Wandels und einer Änderung der Verfassung im Keim zu ersticken. Der Artikel 102 impliziert die Beibehaltung der aktuellen Verfassung, der Regierung, des Verfassungsrats, der zwei Kammern des Parlaments und aller Institutionen des autoritären Regimes. ... Es sind zwar schon vorläufig ein paar Rechte zugestanden worden, im Besonderen, was die Bildung von Vereinigungen, Gewerkschaften und Parteien angeht, aber der Machtapparat könnte sich in gleicher Weise halten, wie er das nach dem Oktober 1988 tat, denn ihm bleibt es dabei überlassen, die künftigen Präsidentschaftswahlen zu organisieren, und niemand kann daran zweifeln, dass der Kandidat des Regimes sie gewinnen wird.

Ein solcher Weg würde sogar einen Rückschritt im Vergleich zu Bouteflikas Manöver vom 11. März darstellen, denn damit würde nicht mal seine (pseudo-offene) Nationale Konferenz zustande kommen ... Mit dem Artikel 102 würde statt des kontrollierten und geleiteten Übergangs der Macht à la Bouteflika überhaupt kein Übergang stattfinden. Es würde sich also um eine Rückkehr zum 21. Februar handeln. Deshalb plädieren viele Demonstrierende für eine Anwendung der Artikel 7–12, die die volle

und uneingeschränkte Souveränität des Volkes wiederherstellen würden.

Eröffnung der zweiten Phase des Kampfes

Alles deutet darauf hin, dass die Volksbewegung nicht abflauen wird, wie sich dies die Nummer zwei des RND, Chihab Seddik, erhofft. Heute, am 5. April¹, wird sie wohl erneut gegen die vom Regime vorgebrachte Option, die Anwendung des Artikels 102, demonstrieren.

Die spontanen Demonstrationen, die seit dem 31. März im ganzen Land ablaufen (Studierende, Anwält*innen, Rentner*innen etc.), der Aufruf des Verbands autonomer Gewerkschaften (CSA) zum Generalstreik am 10. April, der von den Richter*innen und Beamt*innen des Justiz-

apparats unterstützt wird, und die nächtlichen Märsche, die auf die Abdankungsankündigung des Präsidenten am 2. April folgten, bestätigen, dass die Volksbewegung einen vollständigen Wandel fordert und nicht auf das Manöver reinfällt, das Bouteflika zum Sündenbock für das ganze Regime macht.

Die Absetzung des Präsidenten hat die wahren Machtverhältnisse ans Licht gezerrt, den harten Kern des Regimes. Die wirkliche Macht liegt nicht bei der Nationalen Volksarmee (ANP), die aus *djounoud* (einfachen Soldaten), Unteroffizieren und Offizieren besteht, sondern in den Händen der obersten Ränge der Militärhierarchie, die den bewaffneten Arm des Regimes bildet. Von 1962 bis heute hat sie die Präsidenten bestimmt und – seit 1980 – eine

KOMMUNIQUE DES NATIONALEN SEKRETARIATS DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI (PST)

حزب العمال الاشتراكي

Die Einladung „der Staatsführung“ vom 21. April an die PST zu den anderntags stattfindenden „Konsultationsgesprächen zur Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen“ im Club des Pins haben wir zur Kenntnis genommen. Das Nationale Sekretariat unserer Partei nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Als aktive Teilnehmerin an dem revolutionären Volksaufstand, der am dem 22. Februar 2019 begonnen hat, ist die PST der Ansicht, dass das System und seine derzeitigen Institutionen und ganz besonders die Interimspräsidentschaft von M. Bensalah illegitim sind. Insofern lehnt die PST alle Entscheidungen ab, die von diesen Institutionen getroffen werden, und namentlich die Durchführung einer Präsidentschaftswahl am kommenden 4. Juli.
2. Daher hat die PST beschlossen, an dieser Schauveranstaltung namens „Konsultationsgesprächen“ nicht teilzunehmen, da dies bloß dazu dient, den Durchmarsch der jetzigen faktischen Machthaber zu ermöglichen und ihnen politische Rückendeckung zu gewähren.
3. Die PST verurteilt aufs Heftigste die Repression gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen und fordert, dass die zahlreichen Gewaltakte der Sicherheitskräfte gegenüber der Bevölkerung aufgeklärt werden, namentlich die suspekten Umstände, die zum Tod des Märtyrers Ramzi Yettou nach dessen Verhaftung am 12. April geführt haben.
4. Die PST ruft die jetzigen faktischen Machthaber dazu auf, unverzüglich alle Maßnahmen aufzuheben, die zur Einschränkung

der demokratischen Freiheiten führen und die besonders das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Demonstrations- und Koalitionsrecht sowie das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung, einschließlich des Streikrechts, betreffen.

5. Die PST ist der Ansicht, dass die laufenden juristischen Maßnahmen gegen einzelne Politiker und Oligarchen des nach wie vor intakten Bouteflika-Regimes bloß dazu dienen, Interessenskonflikte zwischen den einzelnen Fraktionen des gegenwärtigen Machtapparats auszutragen und letztlich die gewandelten Kräfteverhältnisse innerhalb des Regimes auch personell nachzuvollziehen. Die scheinbare Bekämpfung der Korruption im Zuge dieses Revirements soll der Bevölkerung bloß Sand in die Augen streuen und das ramponierte Image der Machthaber aufpolieren. Letztlich zeigt dies bloß, dass der Justizapparat noch immer am Rockzipfel der Regierung hängt und der Kampf für eine unabhängige Justiz erst noch geführt werden muss.
6. Die PST ruft die Volksmassen und die arbeitende Bevölkerung dazu auf, sich autonom zu organisieren und wieder die Kontrolle über ihre Gewerkschaft UGTA zu übernehmen sowie die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine verfassungsgebende Versammlung gewählt werden kann, die wirklich souverän ist und unseren demokratischen und sozialen Ansprüchen gerecht wird.

Algier, den 22.4.2019

neoliberale, antinationale, antisoziale und antidemokratische Politik umgesetzt.

Dieser bewaffnete Arm hat während zwanzig langer Jahre Bouteflikas Herrschaft ermöglicht und aufrechterhalten und zwar unter Verletzung der eigenen Verfassung, die die Machthaber dem algerischen Volk aufgezwungen haben. Jetzt, da die Massen gerade dabei sind, sich die Bürgerrechte zu erobern, möchten die Herrschenden, dass das Volk sich mit dieser Verfassung abfindet, obwohl diese es so lange politisch unterdrückt hat.

„Die verfassunggebende Macht liegt beim Volk“

Mit dem Versuch, die Mobilisierung der Volksmassen mit Hilfe eines juristischen Tricks (Artikel 102) zu kanalisieren, um damit ein korruptes autoritäres Regime zu retten, hat der harte Kern der Machthabenden die schwere Verantwortung und das Risiko einer Konfrontation von Volk und Armee heraufbeschworen. Damit bringt er auch den algerischen Staat in Gefahr und regt den Appetit des Imperialismus an (G 7, NATO, Israel ...) wie auch der reaktionären Regimes in der Region (arabische Monarchien, Türkei etc.) und deren Sachwalter im eigenen Land.

Die Volksbewegung hat sich nicht täuschen lassen. Sie hat sich nicht gegen die Armee gewandt, deren Aufgabe es ist, die Errungenschaften, die Sozialstandards, die nationale Souveränität, die Reichtümer des Landes, seine Grenzen und die politische Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen. Zu Millionen riefen sie: „*Dschaisch-schaab, chawa chawa*“ (die Armee und das Volk sind Brüder). So haben sie es auch mit den Vertretern der Polizei gemacht, die sie während der Demonstrationen nicht angegriffen haben.

Sie wenden sich aber gegen das Vorhaben der Armeespitze, das Regime aufrechtzuerhalten. Die Anwendung der Artikel 7–12 der aktuellen Verfassung könnte den Weg öffnen für die freie Entfaltung der Volkssouveränität, die so lange mit Füßen getreten wurde. Aber die Lösung der Krise kann nur politisch sein und nicht mit Verfassungsartikeln geregelt werden. Dazu muss eine Übergangsregierung eingerichtet werden, deren Aufgabe es ist, die nationale Souveränität sicherzustellen, den Forderungen der Volksbewegung nachzukommen und eine umfassende Debatte im ganzen Land zu organisieren, an dessen Ende die Wahl einer konstituierenden Versammlung stehen muss.

Zwei antidemokratische Projekte

Heute stehen drei Projekte im Raum, wovon nur eines den Interessen des Volks gerecht wird. Das erste wird von den

Machthabern vertreten und ist darauf ausgerichtet, die geltende unbillige Verfassungsordnung aufrecht zu erhalten.

Das zweite zielt auf einen kurzen Übergang, der von oben gesteuert wird und einige Aspekte der aktuellen Verfassung beibehalten oder neu herrichten würde. Das ist das Projekt der extremen Neoliberalen, unter denen es ganz verschiedene Tendenzen gibt (Laizisten, Nationalisten, Islamisten). Es ist Ausdruck der Interessen der Kompradoren-Fraktion der Bourgeoisie.

Unter dem Vorwand des Notstands zielt es auf die Wahl eines Präsidenten, der – endlich – die „Legitimität“ besäße, dem Volk die „für sein Glück notwendigen Opfer“ aufzuzwingen: Schluss mit der Subventionierung der lebensnotwendigen Produkte (Grundnahrungsmittel, Elektrizität, Wasser, Gas, Benzin etc.) wie auch mit den Errungenschaften im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich. Es geht auch um die Arbeitsgesetzgebung, die Anhebung des Renteneintrittsalters, Lohnstopp, Einschränkungen des Streikrechts und der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit. Schließlich soll die algerische Wirtschaft für das international agierende Kapital geöffnet werden, und zwar wieder mit einer verstärkten Auslandsverschuldung, der Konvertierbarkeit des Dinars, einer weitgehenden Abschaffung der Zollschränken usw.

Die Beharrlichkeit, mit der die extrem neoliberale Strömung die UGTA kaltstellen will, ist so bezeichnend wie verdächtig. Während die Gewerkschafter*innen und die Arbeiter*innen darum kämpfen, sich diese Organisation, die unter die Kontrolle einer arbeiterfeindlichen Bürokratie gefallen ist, wieder anzueignen, wollen die Neoliberalen dieses für die Verteidigung der Interessen der Arbeiter*innen strategisch wichtige Instrument auflösen. Es ist ein strategisches Instrument im Kampf für eine nationale (anti-imperialistische), demokratische (anti-autoritäre) und soziale (anti-neoliberale) Perspektive.

Eine Verfassunggebende Versammlung, um dem Volk die Stimme zu geben

Das dritte Projekt wird – mit Nuancen – von denjenigen Parteien, Bewegungen und Persönlichkeiten vertreten, die sich für die Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung einsetzen. Einzig und allein das Volk soll darüber bestimmen, welcher Art das Regime sein soll, unter dem es leben will: parlamentarisch, präsidential oder anders.

Ihm allein obliegt es, zu entscheiden, ob es das monarchistische Präsidialsystem beibehalten will oder ob es ein Parlament haben will, das uneingeschränkt nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wird und das eine Regie-

zung bestimmt. Das Volk muss entscheiden, ob es einen Senat haben will, der die Nationalversammlung kontrollieren und dessen Willen durchkreuzen kann; ob die Abgeordneten für eine Periode oder mehrere Perioden gewählt werden können; ob ein Recht auf Abberufung der Mandatsträger eingerichtet werden soll, wenn diese ihre Wähler*innen verraten; ob die Justiz unabhängig sein soll; ob die Regierung kontrolliert werden soll usw. Schließlich muss das Volk entscheiden, ob neben der verstaubten repräsentativen Demokratie Formen der direkten Demokratie eingerichtet werden soll: Komitees der Stadtviertel und Dörfer, der Unternehmen, der Bildungseinrichtungen.

Im aktuellen Klima der Politisierung breiter Massen gewinnt die Idee der Verfassungsgebenden Versammlung an Zuspruch, gegen den Willen der Machthaber und der neoliberalen Opposition. Die Gegner einer Rückgewinnung der Volkssouveränität bringen nur Haarspaltereien vor:

Die erste unterstellt ein „konstitutionelles Vakuum“ und dramatisiert die Dinge, um der Bevölkerung Angst einzujagen. Aufgepasst, rufen sie, die Institutionen werden zusammenbrechen, wenn wir den Rahmen der aktuellen Verfassung verlassen. Sie vergessen, dass es in Algerien von 1962 bis 1976 überhaupt keine Verfassung gab. Das hat den Staat nicht daran gehindert, zu funktionieren, sich zu einem der führenden Länder der Bewegung der Blockfreien aufzuschwingen, sich die natürlichen Reichtümer des Landes (einschließlich der Bodenschätze) anzueignen, die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung in Sachen Bildung, Gesundheit und Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Grundlagen für eine Industrie zu schaffen, gegenüber der sich der miserable Zustand der aktuellen Basar-Ökonomie als schäbig erweist. Das mobilisierte Volk ist in der Lage, sich einen Übergangsrahmen zu schaffen, um in Richtung einer Verfassungsgebenden Versammlung zu gehen, die die Aufgabe haben wird, eine neue institutionelle Architektur auszuarbeiten.

Die zweite Haarspalterei ist die „Dringlichkeit“. Der Übergang von einem diktatorischen oder autoritären zu einem demokratischen Regime geht nicht von jetzt auf gleich. Aber die reale und massive Beteiligung des Volks ist unabdingbar, wenn das künftige demokratische Regime auf einer soliden Grundlage basieren soll.

Und die dritte Haarspalterei liegt in der „islamistischen Gefahr“, die völlig übertrieben wird und gleichzeitig den Sieg des algerischen Volkes über den bewaffneten Islamismus bagatellisiert. Diese Position ignoriert die Entwicklung einer Gesellschaft, die zwar sehr stark von einer

religiösen Kultur geprägt ist, aber nicht für eine theokratischen Staat gewonnen wurde, wie an den Losungen auf den Demonstrationen zu sehen ist, oder etwa an der sehr massiven Beteiligung von Frauen an der Bewegung und dem Schwenken der Nationalfahne, womit zum Ausdruck kommt, dass die algerische Identität politisch und nicht

“ Trotz des Anscheins befinden wir uns nicht in einer revolutionären Situation, auch wenn die heutige Lage unbestreitbar ein solches Potential aufweist.“

kulturell (religiös, sprachlich etc.) ist. Der Islamismus muss politisch bekämpft werden und nicht mittels eines Zensusregimes oder einer neuen Fassadendemokratie.

Die Bedingungen zur Etablierung eines demokratischen Regimes reifen unleugbar heran, auch wenn der Weg noch voller Fallstricke ist. Sich an diesem Kampf nicht zu beteiligen, mit der Begründung, dass es keine Garantien gibt, läuft darauf hinaus, die Aufrechterhaltung des Status quo zu befürworten.

Welche strategischen Perspektiven?

Nachdem die Machthaber von dem plötzlichen und massenhaften Ausbruch der Volksbewegung kurzzeitig destabilisiert wurden, wollen sie nun über den Oberbefehlshaber der Armee wieder das Heft in die Hand nehmen, indem sie den Verfassungsrat zwingen, den Artikel 102 anzuwenden, den sie als geeignetes Mittel darstellen, um den Forderungen der Volksmassen nachzukommen. Dabei tun sie so, als wüssten sie nicht, dass das neoliberale autoritäre Regime sich mit dem Abgang von Bouteflika keineswegs erledigt hat.

Aber das Volk ist inzwischen auf diesem Ohr taub. Die Freudenkundgebungen, die unmittelbar auf die Ankündigung des Rücktritts des Präsidenten folgten, haben klar gezeigt, dass sich das Volk nicht mit einem halben Sieg zufriedengeben wird. Die Machthaber sind jetzt direkt mit den Massenprotesten konfrontiert und müssen sich zwischen einem Staatsstreich und einem weiteren Zurückweichen gegenüber den Forderungen des Volkes entscheiden.

Um ans Ziel zu kommen, muss die Volksbewegung ihre Anstrengungen und ihre Mobilisierungen verstärken.

Aber um diese Ziele zu erreichen, müssen diese Mobilisierungen auf einer klugen Taktik basieren, die auf einer objektiven Einschätzung der Kräfteverhältnisse und ihrer Entwicklung genauso aufbaut wie auf dem klaren Bewusstsein der daraus sich ergebenden realen politischen Probleme.

Eine revolutionäre Situation?

Trotz des Anscheins befinden wir uns nicht in einer revolutionären Situation, auch wenn die heutige Lage unbestreitbar ein solches Potential aufweist. Natürlich können sich die Dinge ändern, aber zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Zeilen sind wir noch nicht so weit.

Eine revolutionäre Situation zeichnet sich durch eine Doppelherrschaft aus, in der die da unten nicht mehr wollen und die da oben nicht mehr können. Dies führt ab einem gewissen Moment unweigerlich zu einer direkten Konfrontation zwischen dem Alten und dem Neuen und der Notwendigkeit, eine Revolution zu machen, bei der das Neue das Alte stürzen und seinen Platz einnehmen muss. In einer solchen Situation müssen die Revolutionär*innen und die entschlossensten Teile der Volksbewegung in die Offensive gehen und die Macht ergreifen.

Bis jetzt hat die Volksbewegung, die sich ihrer Stärke, aber auch ihrer Grenzen bewusst ist, noch nicht die Taktik des Büffels gewählt, der nach vorne stürmt, um sein Gegenüber frontal anzugehen und zu stürzen. Sie hat vielmehr die Vorgehensweise der Boa Constrictor gewählt, die ihr Opfer umschlingt und langsam zudrückt.

Die Algerier*innen versammeln sich in der Woche und vor allem an den Freitagen. Die Arbeiter*innen und die Studierenden haben wiederholt gestreikt. Aber sie besetzen die Plätze nicht permanent und haben noch nicht die Lösung des zivilen Ungehorsams ausgerufen, wie es die FIS [Islamistische Heilsfront] 1991 bei ihrem Aufstandstreik tat. Sie suchen nicht die Konfrontation mit der Polizei. Im Gegenteil, sie meiden dies ganz sorgfältig. Sie marschieren nicht zum Präsidentenpalast in Algier oder zu den „Wilayets“ (Präfekturen), um diese zu besetzen. Sie haben bis jetzt keine Volkskomitees gegründet, die parallel zu den offiziellen Strukturen des Staates auf der unteren Ebene (etwa den Rathäusern) funktionieren würden, wie dies in der Kabylei 2001 der Fall war.

Jeden Freitag sind sie auf der Straße, um ihre Kraft zu demonstrieren und um dem Regime den Ausweg aufzuzeigen. Sie üben Druck aus, um die Widersprüche unter den Machthabern zu erhöhen und ihnen klar zu machen,

dass sie alle gehen müssen. Dann gehen sie wieder nach Hause oder an die Arbeit und gehen ihren sonstigen Beschäftigungen nach. Dabei schauen sie auf die reale politische Wirkung ihrer Aktion auf die Machthaber und bereiten sich auf die nächsten Runden vor. Die Millionen Algerier*innen, die bisher demonstriert haben, befinden sich in einer Dynamik des Drucks auf das Regime und nicht dessen Sturzes. Das kann sich in Zukunft ändern, aber im Moment ist das nicht der Fall.

Auf der anderen Seite vermag die Spitze des Regimes nicht alles. Vom 22. Februar bis 2. April, dem Tag von Bouteflikas Abdankung, war sie in der Defensive. Aber sie ist nicht ohnmächtig und versucht – mithilfe des Artikels 102 –, die politische Initiative wiederzugewinnen, um die Protestwelle wieder in den Griff zu bekommen. Außerdem verfügt sie über bewaffnete Kräfte (Armee, Gendarmerie, Polizei), bei denen es bisher keinen Anlass gibt, daran zu zweifeln, dass das Regime sie bei Bedarf auch einsetzen kann. Die Polizisten, Gendarmen und Soldaten haben sich nicht mit dem Volk verbrüdet. Wenn sie bisher nicht gegen die Demonstrierenden vorgegangen sind, dann deswegen, weil sie dazu keinen Befehl von oben hatten.

Alle diese objektiven Elemente führen zur Schlussfolgerung, dass wir uns noch in einer vorrevolutionären Lage befinden, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die da unten nicht mehr wollen, dass aber die da oben, wenn auch geschwächt, immer noch können. Die Volksbewegung kann somit als eine Bewegung für eine radikale Reform bezeichnet werden. Reform in dem Sinne, dass sie das Regime mittels Druck ändern will, ohne aber zu versuchen, es zu über eine direkte Konfrontation zu stürzen. Radikal ist sie, weil sie sich nicht mit kosmetischen Veränderungen begnügen wird und weil sie keine Schwächen zeigt und auf Wegen außerhalb der Institutionen für ihre Ziele aktiv ist.

Was im Moment politisch ansteht

Was ist unter diesen Bedingungen die aktuell zentrale politische Frage? Für das Regime dreht es sich darum, ob es ihm gelingt, seine Lösung in Flickschustermanier durchzusetzen. Auf der anderen Seite muss die Bewegung bestrebt sein, genau dies zu verhindern.

Wie kann die Volksbewegung das erreichen? Das ist die Frage, die sich uns stellt. Die Bewegung hat Stärken. Sie ist massenhaft und national, sie ist übergreifend (umfasst verschiedene Klassen und Generationen, ist geschlechtergemischt, mit allen Strömungen der Opposition etc.). Sie hat in diesen sechs Wochen ihre Entschlossenheit unter Beweis

gestellt und wichtige politische Ergebnisse erzielt, u. a. die Abdankung von Bouteflika. Sie hat das bleierne Gewicht weggefegt, das auf dem politischen Leben des Landes lastete, und so den Weg für eine Dynamik der Ausdrucksformen (Demonstrationen, Streiks etc.) und der Selbstorganisation der Massen freigemacht. Sie verfügt noch über bisher nicht genutzte Kräfte in der Arbeiter*innenklasse und unter den Bäuerinnen und Bauern.

Aber in ihr herrschen auch zweitrangige Widersprüche (sozialer, politischer ideologischer Art), die jeden Moment vorrangige werden können und sie spalten, ja sie zerplatzen lassen können. Das Ausmaß dieser Gefahr lässt sich an den Angriffen erkennen, denen feministische Gruppen bei der Demonstration am 29. März in Algier ausgesetzt waren. Denn, auch wenn die Bewegung sich darin einig ist, dass das Regime abtreten muss, so ist sie sich in der einzuschlagenden Taktik nicht einig. Und sie ist sich auch in der zu verfolgenden Perspektive nicht einig: Welche Alternative? Durch was soll das aktuelle Regime ersetzt werden?

Diese Fragen sind nicht entschieden. Die fehlende interne Organisation und die Weigerung, politische Organisationen in ihren Reihen zu dulden (was in der Anfangsphase der Bewegung durchaus verständlich ist), bergen die Gefahr, dass sie sich damit der Möglichkeit beraubt, eine wirksame Taktik zu entwickeln. Aus all diesen Gründen braucht die Bewegung noch Zeit.

Für eine anhaltende Volksbewegung

Aus diesen Gründen und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse kommt es darauf an, langfristig zu denken und keine kurzfristige politische Lösung durchsetzen zu wollen. Die Volksbewegung braucht Zeit, um sich weiter auszubreiten, sich an der Basis zu organisieren und eine Leitung aufzubauen, die in erster Linie als eine konsequente Orientierung begriffen wird und nicht als eine ungläubwürdige Leitungsstruktur. So etwas entsteht nicht von jetzt auf gleich.

Dabei kommt es darauf an, überlegt und aktiv – und nicht unbewusst und passiv – eine Strategie zu entwickeln, die den „Bewegungskrieg“ mit dem „Stellungskrieg“ kombiniert. Der „Bewegungskrieg“ besteht heute im Wesentlichen aus den großen Freitagsdemonstrationen, die sich noch verstärken oder zumindest auf dem aktuellen Niveau halten müssen und so geeint wie möglich bleiben müssen. Er muss auch in Branchenstreiks und/oder punktuellen Generalstreiks zum Ausdruck kommen, etwa in der Form, wie der Verband autonomer Gewerkschaften (CSA) ihn für den 10. April ausgerufen hat. Dieser „Be-

wegungskrieg“ hat das Ziel, einen wachsenden Druck auf die Staatsmacht auszuüben, um dort die internen Widersprüche zu verschärfen, ihre repressivsten Anhänger zu isolieren und die Machthaber schließlich zurückweichen zu lassen und sie zu zwingen, auf die Forderungen der Bewegung einzugehen.

“ Bis jetzt hat die Volksbewegung, die sich ihrer Stärke, aber auch ihrer Grenzen bewusst ist, noch nicht die Taktik des Büffels gewählt, der nach vorne stürmt, um sein Gegenüber frontal anzugehen und zu stürzen.“

Der „Stellungskrieg“ zielt darauf ab, wichtige Positionen zu erobern. Der Zugang zu den Massenmedien und die Durchsetzung wirklicher Meinungsfreiheit, Demonstrations-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit für Verbände, Gewerkschaften und Parteien sowie das Streikrecht usw. sind Bastionen, die es zu erobern, zurückzuholen, auszuweiten und zu verteidigen gilt. Dies ist mithilfe von Demonstrationen und lokalen Streiks angelaufen. Auch die Wiederaneignung der UGTA durch die Arbeiter*innen und Gewerkschaftsaktivist*innen gehört zu diesen strategischen Positionen. Dieser Prozess ist angelaufen, hat aber noch nicht das Ausmaß angenommen, das erforderlich ist, um die bürokratische Führung dieses Verbandes zu stürzen. Dazu gehört auch der Aufbau einer gemeinsamen Gewerkschaftsfront mit den autonomen Gewerkschaften, um die Einheit der Arbeiter*innen herzustellen.

Es geht auch darum, wieder eine autonome und demokratische Studierendenbewegung aufzubauen (erste Ansätze gibt es bereits), wie auch eine Frauenbewegung. Und auch unter der Bauernschaft muss eine Unterstützung für die Bewegung entwickelt werden. Dazu könnte es nützlich sein, den ehemaligen Verband der Landarbeiter*innen, der willkürlich und autoritär in die „Nationale Union der Algerischen Bauern“ (UNPA) eingegliedert wurde, wieder in die UGTA zu integrieren.

Eine andere Aufgabe besteht darin, das Lager der Verbände, Gewerkschaften und Bewegungen, die sich als

„Zivilgesellschaft“ verstehen, zu unterstützen, zu stärken und auszuweiten und sie für die Perspektive der Verfassunggebenden Versammlung zu gewinnen.

Es ist auch möglich, dass sich in den Stadtvierteln und den Dörfern ein Prozess der Selbstorganisation entwickelt und dass Volkskomitees entstehen. Aber diese können nicht verordnet werden. Allerdings müssen wir eine solche Möglichkeit aufmerksam verfolgen. Sie könnte sich ab einem bestimmten Punkt der Bewegung entwickeln.

Eine konsequente politische Führung aufbauen

Angesichts der Inkonsequenz und des unvermeidlichen Verrats der neoliberalen Opposition kommt es darauf an, eine politische Führung aufzubauen, d. h. eine politische Orientierung, die in der Lage ist, der Bewegung die Mittel an die Hand zu geben, die geeignet sind, ihre Ziele durchzusetzen und einen qualitativen Schritt nach vorne zu machen.

Zu einer solchen Führung ist nur ein Pol in der Lage, der sich aus Anhänger*innen einer Verfassunggebenden Versammlung zusammensetzt. Im Unterschied zum ideologischen Kampf ist der politische Kampf vor allem darauf angelegt, die Kräfte zu stärken und sie in Bewegung zu setzen, auf die Kräfteverhältnisse einzuwirken und die Partie teilweise oder völlig zu gewinnen. Dazu ist es nicht erforderlich, dass sich die Kräfte, die sich hierfür zusammenschließen, ideologisch einig sind, ein gemeinsames Programm vertreten oder sich bis aufs letzte Komma über die Definition der Verfassunggebenden Versammlung einig sind. Wichtig ist nur, dass sich diese Kräfte zu einem bestimmten Moment darauf verständigen, gemeinsam loszuschlagen.

Angesichts der Herrschenden und der neoliberalen Kräfte ist die Herausbildung eines solchen Pols eine dringende Aufgabe. Die Bewegung wird nur dann vorankommen und ein qualitativ höheres Niveau erreichen, wenn sie von der legitimen Position des Protestes zu einer Position übergeht, mit der sie Vorschläge für eine politische Alternative entwickelt und praktisch angeht. Die einzige Lösung, die es dem Volk ermöglicht, seine uneingeschränkte Souveränität zurückzugewinnen, ist die der souveränen Verfassunggebenden Versammlung. Die Bildung dieses Pols ist möglich, denn verschiedene Parteien vertreten diese Parole, die sich inzwischen im Bewusstsein des Volkes Bahn bricht. Die PT, die FFS und die PST haben hier eine historische Verantwortung. Auf keinen Fall darf die Arbeit des Aufbaus/Wiederaufbaus der Volksbewegung an der Basis im Gegensatz zur gemeinsamen Aktion der

politischen Kräfte auf Leitungsebene gesehen werden. So können Komitees für eine Verfassunggebende Versammlung an der Basis gemeinsam von Aktivist*innen dieser verschiedenen Parteien zusammen mit Nichtparteimitgliedern gebildet werden, die sich ebenfalls für diese Idee einsetzen. Mehr denn je kommt es darauf an, gemeinsam loszuschlagen, auch wenn jeder getrennt marschiert.

Algier, 5. April 2019

■ Übers. aus dem Französischen: Jakob Schäfer

Der Autor, Journalist und Mitglied der PST (Sozialistische Arbeiterpartei) lebt in Algier und war 2003–2008 leitendes Redaktionsmitglied von *Alger républicain*. Er hat folgende Bücher verfasst: „La démocratie en Algérie. Réforme ou révolution?“ (Apic et Ladhari-Laber, Algier 2012) und „Grand Moyen Orient : guerres ou paix ?“ (Algier, 2008).

1 Dieser Artikel wurde vor Beginn der Demonstrationen vom 5. April geschrieben. Aus: <http://www.contretemps.eu/author/hocine-bellaloufi/>

VENEZUELA AM ABGRUND

Mit einer US-Intervention in Venezuela soll den „progressiven Regierungen“ in Lateinamerika endgültig der Garaus gemacht werden; weder Maduro noch Guaidó repräsentieren die Interessen der einfachen Menschen in Venezuela.¹

■ **Mike Gonzalez**

Die Truppen, die an den Grenzen zwischen Venezuela und Brasilien sowie Kolumbien zusammengezogen werden, sind nicht weniger bedrohlich für Venezuela, weil sie angeblich „humanitäre Konvois“ beschützen sollen. Und das Konzert „Venezuela Aid Live“, das der britische Geschäftsmann Richard Branson am 22. Februar in Cúcuta auf der kolumbianischen Seite der Grenze organisieren ließ, verdeckt schlicht die wirklichen Absichten hinter dieser sogenannten Hilfe. Donald Trump und seinen neokonservativen Gehilfen John Bolton und Mike Pompeo ist an dem Wohlergehen des venezolanischen Volkes nichts gelegen – ebenso wenig wie ihren Vorgängern in Bezug auf Libyen, Ruanda und zahllosen weiteren Beispielen für trügerische Hilfsmissionen, bei denen es um nichts als Streben nach Macht und Vorherrschaft ging. Wie glaubhaft kann solch eine Operation zur „Rettung“ Venezuelas sein, wenn sie mit dem Bestreben zusammenfällt, sechs Milliarden Dollar für eine Mauer auszugeben, mit der verarmte Migrant*innen davon abgeschreckt werden sollen, nach Norden zu ziehen, um Arbeit zu suchen?

Die Krise in Venezuela ist real, auch wenn Nicolás Maduro heuchlerisch darauf besteht, alle in Venezuela hätten für ihre Bedürfnisse genügend Nahrungsmittel und Arzneien. Zweck der Militäroperation ist es jedoch nicht, die Krise anzugehen, es geht nur um ein paar Fotos von voll bepackten Lastwagen. Zweck ist es, die Krise auszunutzen, um wieder Zugriff auf die riesigen mineralischen Vorkommen des Landes zu bekommen. Venezuela, daran ist

zu erinnern, verfügt über die größten nicht erschlossenen Ölvorräte auf der Welt, nicht zu reden von immensen Vorkommen an Mineralien, Erdgas, Wasser, Diamanten und weiteren nicht genutzten Ressourcen. 2005, sieben Jahre nach seiner Wahl zum Präsidenten, ist das venezolanische Erdöl von Hugo Chávez wieder in staatliches Eigentum überführt worden. Die staatliche Erdölgesellschaft PDVSA verkaufte und verkauft nach wie vor über das Tochterunternehmen Citgo etwa eine halbe Million Barrel in den USA. Trumps Sanktionen sorgen jetzt dafür, dass dieses Einkommen versiegt.

Der potenzielle Reichtum, der unter der Erdoberfläche Venezuelas liegt, ist es, worauf Trump und seine ganz besonderen Freunde aus den multinationalen Energiekonzernen ein Auge geworfen haben. Die Schwäche des venezolanischen Staates nährt bei ihnen die Zuversicht, dass sie die Kontrolle über diese Gewinn versprechenden Anlagefelder zurückgewinnen könnten – und Juan Guaidó verspricht, dass er liefern wird. Das zentrale Element der bolivarianischen Revolution von Hugo Chávez bestand ja darin, dass der Staat die Einnahmen aus dem Öl für sich beansprucht und sie zum Nutzen der Mehrheit der Bevölkerung ausgibt. Das erzürnte zu Beginn der Regierungszeit von Chávez die Bürokratie des venezolanischen Staates, die bis dahin diese Gewinne unter sich aufgeteilt hatte, wobei der Löwenanteil allerdings in die Heimatländer der multinationalen Konzerne floss, die das Öl fördern, weiterverarbeiten und vermarkten. Washingtons Feindseligkeit gegenüber Chávez setzte ein, als Chávez

diesem für die Konzerne so komfortablen Arrangement nach 40 Jahren ein Ende setzte.

Es gibt weitere Gründe für Trumps Eingreifen. Einer ist politischer Art – nämlich dem Geist endgültig den Garaus zu machen, der während der „Pink Tide“² zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Lateinamerika fortschrittliche Regierungen an die Macht gebracht hatte, und die Welle zu verstärken, mit der während der letzten Jahre in Chile, Argentinien, Kolumbien und insbesondere in Brasilien mit dem Neofaschisten Bolsonaro reaktionäre Kräfte ans Ruder gekommen sind.

Das andere Thema, das allerdings in der aktuellen Berichterstattung kaum erwähnt wird, ist imperialistische Rivalität. In dem nostalgischen Traum, den Trump mit seiner Rhetorik von „Make America Great Again“ beschwört, war Lateinamerika einstmals der „Hinterhof“ der USA, der Reichtum Lateinamerikas nährte das Wirtschaftswachstum der USA auf Kosten der Bevölkerungen dieser Länder. Heute sind die USA nicht mehr der einzige Geier, der über den Ressourcen Lateinamerikas seine Kreise zieht. In den letzten 20 Jahren hat sich China zu einem bedeutenden Investor und Kreditgeber für Lateinamerika entwickelt, insbesondere für die Regierungen der „Pink-Tide-Staaten“. Die chinesischen Investitionen in Venezuela belaufen sich auf 60 Milliarden US-Dollar. Die Kredite, hauptsächlich für den Bau öffentlicher Wohnungen, werden mit Erdöl zurückgezahlt. Chinesische multinationale Unternehmen investieren unter extrem günstigen Bedingungen auch in die Rohstoffindustrie, in den Ölsektor und in den Bergbau. Auch Russland sieht Venezuela als Stützpunkt für seine Expansionspläne in der Region. Nicht nur investiert es dort stark; im Rahmen eines kürzlich abgeschlossenen Militärhilfe-Abkommens erhält Venezuela auch Waffen von Russland. Der Imperialismus ist der Feind des venezolanischen Volkes – aber er spricht mehrere Sprachen... Allen beteiligten Mächten geht es um die Ausbeutung der Ressourcen in Venezuela und in Lateinamerika generell; keine Macht hat humanitäre Ziele irgendwelcher Art.

Schein und Sein

In der Konfrontation zwischen Guaidó und Maduro, den beiden Konkurrenten um das Präsidentenamt, vertritt keiner von beiden die Interessen der Masse der Venezolaner*innen. Juan Guaidó war bis zum 23. Januar dieses Jahres ein nahezu unbekannter venezolanischer Politiker. Er ist der Präsident der Nationalversammlung – ein Posten, der im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den

verschiedenen rechten Parteien wechselt, die zusammen eine Mehrheit in der Versammlung haben. Das ist kein direkt gewählter Posten, was in den Berichten über ihn nie erwähnt wird. Er ist auch Mitglied von „Voluntad Popular“ (Volkswille), der am weitesten rechts stehenden unter den Parteien des Oppositionsbündnisses, die sich „Mesa de la Unidad Democrática“ (MUD, Tisch der Demokratischen Einheit) nennt – zu Unrecht, denn die Mitglieder können sich über nichts anderes als ihre Opposition gegen Maduro einigen.

Seltsamerweise behauptet „Voluntad Popular“ von sich, der Sozialistischen Internationale anzugehören, was einige Leute in der Labour Party dazu veranlasst hat, sie als „Schwesterorganisation“ zu bezeichnen. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um eine sozialdemokratische Organisation, sondern um eine reaktionäre Gruppierung, die die gewalttätigen Straßensperren unterstützte, die zwischen 2014 und 2018 immer wieder auf den Straßen Venezuelas errichtet wurden und ein hohes Maß an Zerstörung und viele Tote forderte. Es ist die Partei mit den engsten Verbindungen nach Washington. Leopoldo López, ihr Gründer und führender Kopf, ist seit vier Jahren in Haft, aber seine Frau hat sowohl Obama als auch Trump häufig im Weißen Haus besucht und häufig Besuchstouren bei rechten europäischen Parteien gemacht. Eine Folge von Guaidós plötzlicher Prominenz wird dem Anspruch von „Voluntad Popular“ Gewicht verleihen, die Opposition anzuführen, in der diese Partei bis jetzt nur eine Minderheit dargestellt hat.

Die gegenwärtige Nationalversammlung wurde im Dezember 2015 mit 63 % Beteiligung gewählt. Das Ergebnis kam für das Maduro-Regime völlig unerwartet. Es war umso bemerkenswerter, als es kein Ausdruck einer Rechtswende war, sondern auf die Nichtteilnahme von zwei Millionen Anhänger*innen des Chavismo zurückging. Es war ein Protest gegen die heraufziehende Krise und, wie inzwischen klar ist, gegen die verheerende Lage. Die ganze Zeit über waren grundlegende Güter knapp, es gab eine Krise im Gesundheitsbereich, einen Rückgang der Produktion und riesige Preissteigerungen.

Maduro hatte die Präsidentschaftswahlen im April 2013 nach Chávez' Tod gewonnen, jedoch mit einer Mehrheit von weniger als 1 Prozent gegenüber seinem rechten Gegner Henrique Capriles. Während die Mehrheit der Bevölkerung unverkennbar loyal zu Chávez stand, suchte Maduro die Popularität von Chávez auszunutzen (während des gesamten Wahlkampfes ließ er immer wieder Chávez-Reden abspielen, und er behauptete, der tote Prä-

sident säße auf seinen Schultern), es gelang ihm aber nicht, wieder die 60 %-Mehrheit von Chávez im Parlament zu gewinnen. Dies war nicht nur mit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise zu erklären, gegen die er überhaupt nichts unternahm, sondern auch mit dem Charakter des Regimes, das zunehmend zentralisierter, autoritärer und korrupter wurde und in dem das Militär eine immer größere Rolle spielte. Die staatliche politische Organisation, die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV), agierte als ein Instrument der Macht; auf der einen Seite teilte sie im Tausch gegen Loyalität Belohnungen, Posten und Vergünstigungen aus, auf der anderen kontrollierte und hegte sie örtliche Unzufriedenheit ein.

Der Maduro-Staat hat seine Wurzeln jedoch in der Chávez-Zeit. Nachdem Chávez 2006 seine zweite Präsidentschaftswahl mit einer größeren Mehrheit gewonnen hatte, kündigte er in seinem wöchentlichen Fernsehprogramm die Gründung einer neuen Partei – der PSUV – an. Er versprach, es werde eine sozialistische Massenpartei sein, die in ihren Strukturen demokratisch und ihrer Mitgliedschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Fast 6 Millionen traten innerhalb weniger Wochen bei. Was sich herausbildete, war jedoch keine Partei, die den in der bolivariischen Verfassung von Venezuela von 1999 festgelegten Grundsätzen gerecht wurde. Darin ist festgehalten, dass die neue Bolivarische Republik eine partizipatorische Republik sein wird, in der das Volk das Subjekt des Prozesses ist („democracia participativa y protagonista“). Innerhalb weniger Wochen wurde klar, dass es sich bei der PSUV um eine Partei handelt, die dem Modell der kommunistischen Partei Kubas nachempfunden war, die alles andere als demokratisch oder partizipativ ist. Sie ist eine in hohem Maße zentralisierte Partei mit hierarchischer Struktur, in der die Rolle der Basis schlicht darin besteht, den Entscheidungen der Führung zu applaudieren und sie auszuführen.

Chávez' letztes Dokument war sein Wirtschaftsplan für den Zeitraum 2013 bis 2019 („Plan de la Patria“). Im Vorwort dazu räumte Chávez ein, dass es ihm nicht gelungen war, den notorisch korrupten venezolanischen Staat grundlegend umzuwandeln oder den von ihm ausgerufenen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ entscheidend voranzubringen. Seine Regierungen hatten weder die traditionellen Machtpositionen der Bourgeoisie untergraben noch ihren zentralen Machtmechanismus zerbrochen – den Staat. Es sei jetzt an der Zeit, „die Bourgeoisie zu pulverisieren“ (so seine Worte) und einen „golpe de timón“ (ein „Kurswechsel“ der venezolanischen Politik)

durchzuführen. Was tatsächlich passierte, war weit entfernt von dem angestrebten Ziel, dass staatliche und öffentliche Institutionen von unten kontrolliert werden und das System des Klientelismus und des Patronats durch rechenschaftspflichtige Institutionen ersetzt wird; die Bildung der PSUV hatte genau den gegenteiligen Effekt. Die Massenorganisationen wurden zentral kontrolliert und in den Staatsapparat aufgesogen. Der riesige Staatshaushalt und die Öleinnahmen, die bis 2012 hoch blieben, nährten eine neue Bürokratie, die mit sozialistischen Ansprüchen hausieren ging und revolutionäre Sprüche klopfte, während sie sich in Wirklichkeit bereicherte, Staatsgelder unterschlug und einen Staatsapparat schuf, der vor allem der Absicherung der eigenen Interessen diente. Viele chavistische Anführer, die mehrheitlich aus der Arbeiterklasse und der unteren Mittelschicht stammten, wurden sehr schnell sehr reich. Mit dem Tod von Chávez und der Wahl von Maduro gewannen sie die Kontrolle über den chavistischen Staat. Die vielen wirklich engagierten Sozialist*innen, die ihre Zeit und Energie dafür einsetzten, den „chavistischen Prozess“ voranzutreiben, wurden zunehmend an den Rand gedrängt und zum Schweigen gebracht.

Als die Rechte im Dezember 2015 die Wahlen zur Nationalversammlung gewann, reagierte Maduro umgehend, indem er den Ausnahmezustand erklärte und von nun an mit Präsidialerlassen („leyes habilitantes“) regierte. Die Nationalversammlung wurde von ihm seither umgangen. Die einzigen Forderungen der Opposition waren der Rücktritt von Maduro und die Freilassung von Leopoldo López – ansonsten bestand ihre Politik, ganz auf der Linie Maduros, einzig in der Steigerung der Ölgewinnung.

Der Staat unter Maduro

In seinen öffentlichen Auftritten erscheint Maduro immer von Militärs umgeben. Eine akkurate Widerspiegelung des Charakters des Staats, an dessen Spitze er steht. Der Diskurs, den er pflegt, ist voller Erwähnungen von Revolution und Sozialismus und Anprangerung des Imperialismus. Nach wie vor nimmt er das Erbe von Chávez in Anspruch, der versprach, dem Neoliberalismus entgegenzutreten, die Ketten der Abhängigkeit zu sprengen und die Ökonomie zu diversifizieren – unter Nutzung von Einnahmen aus dem Ölverkauf für die Entwicklung inländischer Industrie und für die Schaffung der Grundlagen für einen Sozialstaat. Mit seinem Sieg wurde ein 40 Jahre lang bestehendes Regime infrage gestellt, das auf Korruption beruhte und das gewöhnlich mit Gewalt auf jegliche Infragestellung seiner Macht reagiert hatte.

2005 kündigte Chávez die Einführung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in Venezuela an. Im Gefolge eines Putschversuchs vom April 2002, der dank der massenhaften Mobilisierung von Armen und der Arbeiterklasse zur Unterstützung von Chávez gescheitert war, wurde die boliviarische Revolution radikaler, Einnahmen aus dem Erdöl wurden über Sozialprogramme verteilt, einige Unternehmen wurden verstaatlicht (den Eigentümern wurden Entschädigungen gezahlt), es entstanden auch unterstützende Machtorgane an der Basis. Mit der Gründung der PSUV im Jahr 2006 war der Anspruch verbunden, diesen Prozess fortzusetzen und zu vertiefen; Realität war aber, dass die PSUV das Gegenteil von partizipativer Demokratie darstellte. In ihr dominierte eine Kommandostruktur – die, wie sich herausstellen sollte, ideal zu Maduros Strategie passte. Die neue Staatsbürokratie konstituierte sich als herrschende Klasse, ihr politisches Instrument war die PSUV mit einer Top-Down-Struktur, die Gefälligkeiten, Anteile an der Macht und viel Geld als Gegenleistung für Treue und politische Gefolgschaft verteilte. Das Ergebnis der Wahl von 2015 war eine Warnung seitens der sozialen Massenbasis des Chavismo; die Antwort bestand in der Verstärkung der Mechanismen der Kontrolle und der Repression sowie in der Konzentration von sowohl politischer als auch ökonomischer Macht bei der herrschenden Elite.

Diese neue Schicht – die „Boliburguesía“, wie sie genannt wird – arbeitete mit der venezolanischen Kapitalistenklasse zusammen, auch wenn sie diese in ihren öffentlichen Erklärungen angreift. Das Patt mit der Nationalversammlung ab 2015 änderte nichts an der Währungsspekulation, an der beide Seiten massiv beteiligt waren; es verhinderte nicht die Ausplünderung der PDVSA im Zuge des spektakulären Niedergangs des öffentlichen Sektors. Es stimmt, dass die militanten Straßenbarrikaden weitergingen, zugleich aber gab es auch Treffen von Maduro und führenden Mitgliedern der Kapitalistenklasse, darunter dem reichsten von allen, Lorenzo Mendoza von der Unternehmensgruppe Empresas Polar. Als der Ölpreis absackte und damit die Exporteinnahmen des Landes einbrachen, hatte die Inflation, die sich rasch zu einer Hyperinflation auswuchs, einschneidende Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung. Für Dollars konnte man alles kaufen, für Bolivars immer weniger. Waren verschwanden für lange Zeit aus den Regalen der Läden. Lebensmittel, Baumaterial, Autoteile, die fehlenden Medikamente tauchten auf dem Schwarzmarkt auf. Die Spekulationsgewinne waren

enorm und nicht nachzuprüfen. Ein Beispiel: Die wichtigste Apothekenkette in Venezuela, Farmatodo, befand sich im Besitz eines führenden Chavista. Die Regale in den venezolanischen Zweigstellen von Farmatodo waren leer. Wie ich jedoch bei einem Besuch in Bogotá feststellen konnte, verfügten die Filialen in Kolumbien über jegliche Art von rezeptfreien Medikamenten. Das ist nur eines von vielen Beispielen.

Weder die Nationalversammlung noch Maduro haben irgendetwas gegen die sich verschärfende Krise getan, der die Menschen in Venezuela ausgesetzt sind. Keine Preiskontrollen, die diesen Namen verdienen, keine Versuche, das Ausbluten von öffentlichen Finanzmitteln durch entsprechende Maßnahmen beim Wechselkurssystem einzudämmen, keine Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, die etwas anderes als pure Rhetorik wären. Als die Realwirtschaft praktisch aufhörte zu existieren, schmierte Korruption das Getriebe der Schwarzmarktwirtschaft. Kredite an den Staat, ob aus China oder anderen externen Quellen, verschwanden spurlos; in Verträgen über öffentliche Ausgaben sind riesige „Provisionen“ (wir können ruhig von Schmiergeldern sprechen) enthalten, die bis zu 40 Prozent des Gesamtbetrags ausmachen können. Ein Fonds für den Wohnungsbau (Fonden) wurde von China finanziert, veröffentlichte allerdings nie Berichte über seine Ausgaben. Es gab ungefähr 50 andere Fonds, die auf dieselbe geheime Weise operierten. Die brasilianische Baufirma Odebrecht, die in der Region Bestechungsgelder in Höhe von 1,3 Milliarden ausgegeben hat, bevor das ans Licht kam, war einer der wichtigsten Auftragnehmer für Infrastrukturarbeiten in Venezuela und auf Kuba.

Arco Minero – ein Offenbarungseid

Welchen Weg Maduro einschlägt, wurde erschreckend deutlich, als Maduro 2016 das Projekt „Arco Minero“ bekannt gab. Der Arco Minero umfasst das Orinoco-Becken und dessen Umgebung sowie einen Teil des Amazonas-Beckens. Es ist ungefähr so groß wie Kuba und deckt 12 Prozent der Fläche Venezuelas ab. Es ist erstaunlich reich an Öl und Mineralien, darunter Gold, Kupfer, Antimon, Diamanten und Uran. Es ist die Hauptquelle für Süßwasser in Venezuela. Er beherbergt auch eine Reihe indigener Gemeinschaften, deren Rechte von der Bolivarischen Verfassung anerkannt und geschützt werden. Hier befinden sich die riesigen Ölreserven Venezuelas, die hier lagernden Mineralressourcen wurden bisher kaum abgebaut. Der Bergbau, der bis jetzt dort stattfand, fand in kleinem Maßstab und mit handwerklichen Methoden statt; die Arbeits-

bedingungen waren verheerend, ein Leben nicht viel wert. Nachdem der kanadische multinationale Konzern „Gold Reserve“⁴³ aus der Region verwiesen worden war, hatte Chávez einen Plan für die Entwicklung der Region ins Auge gefasst, ihn dann aber verworfen.

2016 gab Maduro in einer Rede bekannt, dass 150 multinationale Unternehmen (aus verschiedenen Ländern) von der Regierung eingeladen worden waren, die dort lagernden Bodenschätze zu auszubeuten, verbunden mit dem Versprechen von langfristigen Steuererleichterungen für die Konzerne und dem Bau von Infrastruktur auf Kosten des Staates. Der kanadische Konzern wurde eingeladen zurückzukommen, ihrer umstrittenen Forderung nach Entschädigung wurde von der Maduro Regierung nachgegeben.

Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, dass die verfassungsrechtlichen Garantien in der Region ausgesetzt und die Region unter militärische Kontrolle gestellt werde. Chávez hatte den Plan gerade wegen seiner verfassungsrechtlichen Auswirkungen und wegen der zu befürchtenden Umweltschäden abgelehnt, die sich aus der Wiederaufnahme des Bergbaus und insbesondere des Goldabbaus ergeben würden; wegen der Verwendung von Quecksilber beim Goldabbau waren bereits weite Teile des Amazonasbeckens vergiftet worden. Maduro will nun ein Zurück zu diesen Praktiken. Gleichzeitig kündigte er die Gründung von „Cominpeg“ an, einer Firma, die von Militärs aus dem Verteidigungsministerium geleitet werden soll – unabhängig von staatlicher Kontrolle. Dieses Unternehmen soll die Verfügung über die Erzvorkommen Venezuelas und über Teile von PDVSA erhalten. Es gab Proteste von vielen Seiten – von führenden Chavistas und Gewerkschafter*innen auf der einen Seite, indigenen Gemeinschaften und Umweltgruppen auf der anderen. Maduros Reaktion darauf war die Verkündung des Ausnahmezustands in der Region und die Verschärfung der militärischen Kontrolle. Die Vertreibung von örtlichen Gemeinschaften begann innerhalb weniger Wochen.

Die Bedeutung dieser Entscheidung ist weitreichend. Meiner Ansicht nach signalisierte sie die Abkehr vom bolivariischen Prozess. So fehlerhaft und unklar sie auch gewesen sein mag, war Chávez' Strategie immerhin der staatlichen Kontrolle der Ressourcen und der Sozialisierung der Gewinne verpflichtet. Mit dem Projekt Arco Minero wird diese Strategie aufgegeben und stattdessen auf die Privatisierung der extraktiven Industrien des Landes gesetzt. Es ist eine Abwendung von der chávistischen Strategie und eine Rückkehr zur Abhängigkeit vom Weltmarkt. Die po-

litischen Konsequenzen haben alle verbleibenden Zweifel beseitigt. Maduros Kabinett kommt jetzt zur Hälfte vom Militär, ebenso wie die Mehrzahl der 2017 gewählten Gouverneure. Die neue herrschende Klasse unter Führung von Maduro kontrolliert nun direkt viele Schlüsselressourcen, und ihr wachsender Reichtum, der auf Schwindel und Korruption beruht, ist Ausdruck von miteinander verschmolzener politischer und wirtschaftlicher Macht. Ihre Instrumente sind die Vergabe von Ämtern und Besteuerung, die PSUV und ... Repression.

Als Ursache für die sich verschärfende Wirtschaftskrise wird der „Wirtschaftskrieg“ hingestellt. Zu Maßnahmen, mit denen die Krise verborgen gehalten werden soll, gehören Anti-Korruptionskommissionen (die nichts unternehmen) und die „Comités Locales de Abastecimiento y Producción“ (CLAP, Örtliche Komitees für Versorgung und Produktion), ein Programm für arme Stadtteile, an die Pakete mit Grundnahrungsmitteln geliefert werden. Die CLAP werden über die PSUV verwaltet – Nichtmitglieder erhalten nichts, und selbst Empfangsberechtigte werden oft angehalten, dafür etwas zu zahlen, oder sie stellen fest, dass die ausgehändigten Hilfspakete geplündert worden sind, sofern sie überhaupt ankommen. Die Lebensmittelpakete wurden schlicht und einfach Teil des Kreislaufs der Korruption. Mit dem „Carnet de la Patria“ wurde praktisch eine Art Ausweis der Loyalität zum Regime geschaffen.⁴ Ohne dieses Dokument können die Bürger*innen keine Sozialleistungen erhalten. So konnte man sich darauf verlassen, dass die rund eine Million Staatsangestellten plus die PSUV-Mitglieder Maduro bei Kundgebungen und im Fernsehen übertragenen Kundgebungen zujubeln. Für die Repression dagegen sind die „Organisationen der Volksbefreiung“ (OLP), wie sie zynischerweise genannt werden, zuständig, die in den armen Stadtteilen „Operationen gegen den Drogenhandel“ durchführen. In Folge dessen stieg die Zahl der Todesopfer bei jungen Männern dramatisch an, der Drogenhandel ging aber weiter. Die OLPs sind inzwischen durch die FAES (Fuerza de Acciones Especiales)⁵ ersetzt, die Truppe, die zurzeit auch die Kontrollen an den Grenzen durchführt.

Ich habe Filmaufnahmen von der Brücke zwischen San Cristóbal (Venezuela) und Cúcuta (Kolumbien) gesehen, wo die USA die Lastwagen hat auffahren lassen, auf denen ihre „Hilfsgüter“ transportiert werden. Die Brücke wird von bewaffneten venezolanischen Soldaten abgeriegelt. Ich musste dabei an die Informationen denken, die ich vor ein, zwei Jahren bekommen hatte, an die venezolanischen Armeelaster, die Tag um Tag reihenweise über die gleiche

Brücke führen, um Schmuggelware nach Kolumbien zu verschaffen ...

Wessen Krise ist das?

Maduro hat in Fernsehinterviews für die BBC und den spanischen Kanal La Sexta bestritten, dass es in Venezuela eine Krise gibt. Die Krise ist aber real, der Hunger nimmt zu und der Mangel an Medikamenten hat Konsequenzen, die wir uns nur schwer vorstellen können. Wir wissen aber, dass die Kindersterblichkeit steigt und dass die Malaria, eine Krankheit, die in Venezuela als ausgerottet galt, zurückgekehrt ist. Die Regierung hat 2013 aufgehört, Daten zu veröffentlichen.⁶

Welches Ausmaß hat die Krise wirklich? Die Inflation wird in diesem Jahr die Marke von einer Million Prozent überschreiten. Für die Alltagsrealität bedeutet das, dass ein Monatslohn gerade dazu reicht, eine Packung mit Eiern oder ein Päckchen mit Einwegwindeln zu kaufen (falls etwas davon vorhanden ist). Laut der Weltgesundheitsorganisation hungerten im Jahr 2017 61 Prozent der Bevölkerung und erlitten die Venezolaner*innen einen Gewichtsverlust von durchschnittlich 11 Kilo. Das bezieht sich auf 2017. Gleichzeitig gingen die Industrieproduktion und das Bruttoinlandsprodukt von 2013 bis 2018 um 45 Prozent zurück. Viele der Produkte, die nicht mehr hergestellt werden, wurden (wenn überhaupt) durch Importe ersetzt; für Importeure, die ihre Dollars zu einem niedrigen offiziellen Wechselkurs von der Zentralbank kauften, bedeutete das eine weitere Bonanza: Sie kauften bei der Zentralbank zu einem niedrigen offiziellen Umtauschkurs Dollars und verlangten dann für die Waren Preise in Bolívar zu einem Schwarzmarktkurs, der oft hundert oder gar tausendmal höher liegt. Im gleichen Zeitraum fiel die Erdölproduktion auf unter 2 Millionen Barrel pro Tag, vor allem in Folge von Korruption, Missmanagement und mangelnder Instandhaltung der Anlagen. Riesige Beträge wurden abgegriffen.

Die um Guaidó versammelte Bourgeoisie mag ja behaupten, sie habe eine Alternative anzubieten. Ihre einzige Forderung ist allerdings, dass der Staat wieder unter ihre Kontrolle kommt. Unter Chávez und unter Maduro haben sie systematisch Investitionen von der Produktion auf die Währungsspekulation umgelenkt, sie wurden zu Importeuren. Zwischen 2003 und 2013 stiegen die Importe des öffentlichen Sektors um 1033 Prozent. Die Importe insgesamt stiegen im gleichen Zeitraum von 14 Milliarden Dollar auf 80 Milliarden Dollar – 70 Prozent dieser Importe waren angeblich für die Industrie, doch ist die Indust-

rieproduktion, wie wir gesehen haben, in diesen Jahren katastrophal gesunken. Der Industrieminister Tareck El Aissami gab 2018 bekannt, ein Drittel des Staatshaushalts werde dem Privatsektor in Form von Krediten zur Verfügung gestellt. Das Bild könnte nicht klarer sein. John Pilger hat vor kurzem in einem Artikel festgestellt, dass „die Restaurants in Caracas voll“ sind. Das ist richtig und aufschlussreich. Was glaubt er, wer in Venezuela in Restaurants essen geht? Und glaubt er, sie würden die Rechnung mit Bolivares bezahlen?

Der führende revolutionäre Aktivist Roland Denis beschreibt den venezolanischen Staat als „völlig korrupt, er lebt von einem zunehmend plumpen und pseudo-religiösen Diskurs“. Wenn dieser Staat bisher überlebt hat, hat dies mehrere Gründe. Erstens die Schaffung einer autoritären Staatsstruktur, die von einer neuen herrschenden Klasse verwaltet wird, die die wirtschaftliche, politische und militärische Macht auf sich vereint. Diese herrschende Klasse ist auf die Wiedereingliederung von Venezuela in den Weltmarkt in der Rolle des Öllieferanten aus. Zweitens ist das, was von der Loyalität zu Chávez verblieben ist, nach wie vor sehr stark, verstärkt wird es durch ein System der Patronage. Für eine anwachsende Mehrheit bedeutet es ein Leben am Rande des Abgrunds. Der dritte Faktor ist die Unfähigkeit und die politische Schwäche der Opposition, die zu keiner Zeit politische Vorschläge zur Bewältigung der Wirtschaftskrise vorgelegt hat. Wenn die Opposition jetzt in Erscheinung getreten ist, so nur als Stellvertreterin der US-Interessen in der Region, die sich mit denen der lateinamerikanischen Rechten und des europäischen Kapitals decken.

Die Demonstrationen, zu denen Guaidó aufgerufen hat, haben massive Unterstützung aus der Bevölkerung bekommen. Es sollte jedoch klar sein, dass dies nicht Ausdruck von politischer Unterstützung für die Rechte ist. Die Protestmärsche zogen auch viele Menschen aus der Arbeiterklasse und den armen Stadtteilen an, denen ganz klar ist, für welche Interessen Guaidó steht. Sie sind keine Anti-Chavistas, aber sie stehen Maduro und der bürokratisch-militärischen Klasse, die Venezuela heute regiert, äußerst kritisch gegenüber.

Als Maduro im August 2018 als Präsident wiedergewählt wurde, geschah das mit Rückendeckung durch die Konstituierende Versammlung, die er Anfang des Jahres einberufen hatte. Im Gegensatz zur „Asamblea Nacional Constituyente“ von 1999, von der die neue Verfassung von Venezuela verabschiedet wurde und deren Mitglieder nach einer breiten öffentlichen Debatte gewählt wurden, setzte

sich die Nationale Konstituierende Versammlung von 2017 aus Delegierten zusammen, die nicht gewählt, sondern von Maduro und der PSUV handverlesen wurden. Das war ein Fall von organisierter Propaganda, und in keiner Weise ein Beispiel für Demokratie des Volks. Bei den Präsidentschaftswahlen vom August 2018 gewann Maduro 32 Prozent der Stimmen – oder 48 Prozent derjenigen, die zur Wahl gingen. In der letzten Wahl vor seinem Tod hatte Chavez 62 Prozent der Wähler*innen gewonnen; in etwas mehr als fünf Jahren haben sich Millionen von Chavistas von Maduro abgewendet. In den letzten zwei Jahren sind 3 Millionen Menschen (die von Diosdado Cabello, einem führenden chavistischen Politiker, als „Leute, die mit der Mode gehen“, abgetan wurden) aus dem Land geflohen – und sie sind keineswegs nur aus der Mittelschicht. Die Präsenz der Spezialeinheiten an den Grenzen ist vielsagend. Noch bedeutsamer ist jedoch die Tatsache, dass Maduro zu keiner Zeit Strategien gegen den Hunger oder die zunehmende Gewalt und Gesetzlosigkeit oder die Gesundheitskrise entwickelt hat, ganz zu schweigen vom Kampf gegen die Korruption, von der er und seine Familie ebenfalls profitieren. Nach seiner Wiederwahl im vergangenen August kündigte er an, es werde einen Plan für eine Lösung der Krise geben. Bisher ist von einem solchen Plan nichts zu sehen, auch nicht von einer Politik, die in diese Richtung weist. Stattdessen wurde die interne Repression intensiver.

Was tun?

Weder Guaidó noch Maduro haben der Masse der Venezolaner*innen etwas zu bieten. Es sind rivalisierende Fraktionen, die um die Gewinne aus dem Ölgeschäft und die enormen Vorteile kämpfen, die aus der Korruption zu ziehen sind. Guaidó hat keine wirkliche soziale Basis; die Demonstrationen sind nicht Ausdruck der Unterstützung, die er genießt, sondern Ausdruck der Verzweiflung angesichts der verzweifelten Lage und der Wut über den Verrat an der Revolution. Es ist eine verwirrende Situation. Die Verwirrung wird noch durch eine Linke außerhalb Venezuelas verstärkt, die Maduro unterstützt, während jener die Revolution an den Höchstbietenden verkauft. Aus Maduros Sicht geht es um das Überleben seiner Macht und der der Profiteure um ihn herum. Aus der Sicht der venezolanischen Arbeiterklasse, der einzigen Position, von der sich Sozialist*innen bei der Beurteilung der aktuellen Lage leiten lassen können, gibt es keine Wahl zwischen Guaidó und Maduro. Es scheint ein Patt zu geben, da die Streitkräfte Maduro (bislang) unterstützen. Sie verteidigen ihren

Zugriff auf die politische und ökonomische Macht. Mit dem für sie charakteristischen Zynismus bietet die Rechte dem Militär Amnestie an – das heißt Strafflosigkeit für ihre Wirtschaftsverbrechen im Gegenzug für das Überlassen der Staatsmacht. Das Dilemma für Sozialist*innen lautet: Welche Alternative gibt es oder wie soll sie aussehen?

Die bolivarianische Revolution wurde durch Massenunterstützung der Armen und der Arbeiterklasse in Venezuela an die Macht getragen. Deren Mobilisierung und Basisaktivist*innen retteten Chávez 2002 vor dem Putsch und waren die Grundlage für den Widerstand gegen die folgenden Angriffe seitens der Opposition. Fähigkeit zu unabhängigem Handeln war die einzige Garantie für die von Chávez versprochene partizipative Demokratie. Die Gründung der PSUV im Jahr 2006 änderte die Lage, die Basisorganisationen wurden in den Staat eingegliedert, zugleich wurden sie politisch entwaffnet und demobilisiert. Diese Organisationen existieren heute kaum noch; die Erinnerung an die Erfahrung der Massenbeteiligung besteht jedoch bei den Menschen fort. Mittelfristig muss die Aufgabe darin bestehen, diese Organisationen wieder aufzubauen und Solidarität mit sämtlichen praktischen Formen des Widerstandes der Bevölkerung – wie vor kurzem mit den Streiks von Krankenschwestern, Lehrer*innen und Staatsbeschäftigten. Weiterhin für Solidarität mit einem korrupten und autoritären Staat einzutreten, der sich zynischerweise mit revolutionären Federn schmückt, heißt jede Möglichkeit der Wiederbelebung des Kampfs von unten zu untergraben.

Unsere Solidarität sollte dem venezolanischen Volk gelten, wir sollten die Lüge der „humanitären Intervention“ zurückweisen und für den sofortigen Abzug aller Truppen von den Grenzen Venezuelas fordern. Wir sollten klar sagen, wo die Verantwortung für die Krise liegt, sowohl die äußere als auch die innere. Die Solidarität muss für das Recht des venezolanischen Volks eintreten, seine eigene Zukunft selbst zu bestimmen, und muss dazu beitragen, seine Fähigkeit wieder zu stärken, dieses Recht wahrzunehmen gegen alle Imperialismen, gegen die Rechte in der gesamten Region und darüber hinaus und gegen eine korrupte herrschende Klasse, die von der Verzweiflung des Volks profitiert hat. Sollte es eine militärische Intervention geben (ganz gleich welcher Art), werden die Massen zur Verteidigung dieses Rechts aktiv werden und die Rolle der Solidarität wird klar sein.

Das „Comité en Defensa de la Constitución“ (Komitee zur Verteidigung der Verfassung), dem ehemalige führende Chavistas, trotzkistische, indigene und ökologische

Bewegungen angehören, hat ein Referendum über Neuwahlen gefordert, wie es in der Verfassung vorgesehen ist. Damit würde die Haltung der Bevölkerungsmehrheit zu Neuwahlen getestet. Das ist eine begrenzte und eine unzureichende Antwort, allerdings ist aber leider am Horizont kein revolutionärer Aufschwung sichtbar. Ein Referendum würde den Venezolaner*innen zumindest die Möglichkeit bieten, zu zeigen, dass weder Maduro noch Guaidó für sie sprechen, und es wird die Heuchelei beider Lager entlarven. Was für ein Sozialismus soll das sein, der nichts gegen den Hunger der Menschen tut und ausgebildete Schläger schickt, die auf sie schießen? Abgesehen von leeren Revolutionsaufrufen ist eine andere unmittelbare Alternative momentan kaum vorstellbar. Die internationale Linke kann jedoch nicht zulassen, dass sie weiter ein Alibi für eine korrupte herrschende Klasse liefert; sie kann nicht zulassen, dass die Idee des Sozialismus diskreditiert wird, dessen Grundlage der Kampf für eine gerechte Zukunft frei von Ausbeutung, Korruption und Angst ist.

■ *Aus dem Englischen übersetzt von Paul Michel*

(wd) Mike Gonzalez ist ein britischer Historiker und Literaturwissenschaftler, er war Professor für Latin American Studies an der Universität Glasgow. Er war lange Mitglied der britischen Socialist Workers Party (SWP), aus der er im Zuge von deren Krise 2013/14 ausgetreten ist, und von „Solidarity – Scotland’s Socialist Movement“.

Unter seinen zahlreichen Büchern und Essays sind: *Hugo Chávez: Socialist for the 21st Century*, London: Pluto Press, 2014; *The Ebb of the Pink Tide. The Decline of the Left in Latin America*, London: Pluto Press, 2019. Für Mai 2019 ist angekündigt: *In the Red Corner. The Marxism of José Carlos Mariátegui*, Chicago: Haymarket Books.

Zu Venezuela liegt auch dieser Essay vom August 2017 vor: <https://www.jacobinmag.com/2017/07/venezuela-maduro-helicopter-attack-psuv-extractivism-oil>.

Für weitere Beiträge von Mike Gonzalez aus dem Zeitraum Februar 2014 bis August 2017 auf der Website der US-amerikanischen sozialistischen Zeitschrift *Jacobin* siehe: <https://www.jacobinmag.com/author/mike-gonzalez>.

Eine Reihe von älteren Beiträgen aus der SWP-Zeitschrift *International Socialism* sind hier gesammelt: <https://www.marxists.org/history/etol/writers/gonzalez/index.htm>.

1 Dieser Artikel ist zuerst auf der Website der englischen revolutionär-marxistischen Organisation rs21 erschienen (<https://www.rs21.org.uk/2019/03/01/venezuela-on-the-brink>) und dann auf der Website „Socialist Worker“ (USA; <http://socialistworker.org/2019/03/04/venezuela-on-the-brink>) übernommen worden.

2 „Pink tide“ (in etwa: rosa Welle), „marea rosa“ (span.) oder „onda rosa“ (portug.) sind Ausdrücke, die vor allem in den USA und Lateinamerika in den Massenmedien und von politischen Kommentator*innen vielfach verwendet worden

sind, um die Zunahme von „Linksregierungen“ in jener Zeit zu beschreiben. (Anm. d. Red.).

3 Einige mag es überrascht haben, dass Kanada sich der Limagruppe angeschlossen und Trump unterstützt hat, der Kanada gegenüber so wenig Zuneigung an den Tag gelegt hat. Die Erklärung liegt darin, dass Kanada im Bergbausektor in Lateinamerika ein „major player“ ist. Siehe: Todd Gordon und Jeffery R. Webber, „Imperialism and resistance: Canadian mining companies in Latin America“, in: *Third World Quarterly*, Bd. 29, Nr. 1, 2008, S. 63–87; [sowie das Buch von denselben Autoren: *Blood of Extraction. Canadian Imperialism in Latin America*, Halifax u. Winnipeg: Fernwood Publishing, 2016].

4 Vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Homeland_card (Anm. d. Bearb.).

5 Zur FAES, die zur Policia Nacional Bolivariana (PNB) gehören, siehe Keymer Ávila, „La FAES. Reflexiones sobre la (in)seguridad en Venezuela“, <https://www.aporrea.org/ddhh/a275147.html>; auf Französisch auf <http://www.inprecor.fr>; „Meet FAES: The Bolivarian Police Death Squads Leading Repression Against Protesters“ (27.1.2019), <https://www.caracaschronicles.com/2019/01/27/meet-faes-the-bolivarian-police-death-squads-leading-repression-against-protesters> (Anm. d. Red.).

6 Da keinerlei offizielle Daten verfügbar sind, habe ich mich auf die sorgfältig recherchierten ökonomischen Analysen von Manuel Sutherland gestützt. Er ist ein junger venezolanischer Marxist und ist vor kurzem von seinem Arbeitsplatz an der staatlichen Universidad Bolivariana de Venezuela gefeuert worden.

SOFORTHILFE STATT SCHULDENZAHLUNG

Angesichts der humanitären Krise muss Venezuela die Schuldenzahlungen sofort aussetzen und stattdessen einen Soforthilfefonds gründen.

■ **Eric Toussaint**

■ Zweifellos müssen wir uns aktiv gegen die Politik von Donald Trump, der Lima-Gruppe¹ und der europäischen Mächte wenden, die den Putschisten Juan Guaidó als Präsidenten des Landes durchsetzen wollen und sich dafür auf unterschiedliche Weise einmischen. Es ist klar, dass Washington und mehrere seiner Verbündeten einmal mehr unter einem humanitären Vorwand die Bedingungen für eine militärische Intervention in einem Land provozieren, auf dessen bedeutende natürliche Rohstoffe sie es abgesehen haben. Dieses plumpe Manöver muss angeprangert werden, zumal die dominanten Medien wissentlich diese Propaganda unterstützen, um eine Intervention des Auslands zu rechtfertigen. Die Situation wird ohne jede Nuance schwarz-weiß beschrieben: Ein diktatorisches Regime, das das Land in die Katastrophe geführt hat, verweigert die vom Volk benötigte humanitäre Hilfe, während ein neuer Präsident Freiheit für sein Volk will und befreundete Länder bittet, ihm zu helfen, humanitäre Hilfe für die Volksmassen bereitzustellen, die an der Grenze blockiert ist. [...]

Wir müssen diese irreführende Darstellung der Situation verurteilen. Die Regierung von Maduro ist keine Diktatur: Regimegegner haben die Möglichkeit, sich zu äußern und Proteste durchzuführen, und Maduro konnte sich gegenüber Oppositionskandidaten in einer Direktwahl als Präsident durchsetzen.²

Wir dürfen jedoch nicht in das andere Extrem verfallen und sagen, dass das, was in Venezuela schief läuft, nur einem Wirtschaftskrieg der Staaten zu verdanken ist, die den bolivarianischen Prozess ablehnen. Natürlich bereiten die finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die Trump seit 2017 ergänzend zu den bereits von Barack Obama beschlossenen, weniger aggressiven Maßnahmen³ ergriffen hat, den Behörden und der Wirtschaft des Landes unbestrittenermaßen echte Schwierigkeiten. Ein Teil der Verantwortung liegt aber auch bei der Regierung Maduro und der neuen bolivarianischen Bourgeoisie, die in den letzten Jahren im Gefolge der Regierung und Partei Maduros, der PSUV, entstanden und gediehen ist. Die Wurzeln der Probleme reichen weit zurück.

Jenseits der Rhetorik des Sozialismus des 21. Jahrhunderts wurden in Venezuela keine wirklichen antikapitalistischen Maßnahmen ergriffen und die Regierung hat es der lokalen Kapitalistenklasse ermöglicht, weiterhin einen Großteil des Produktions-, Finanz- und Distributionssektors zu kontrollieren. Auch dem ausländischen Großkapital aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Europa, Russland, China und Brasilien wurde ein bedeutender Spielraum gelassen. Die Bemühungen um eine Diversifizierung der Wirtschaft sind nicht ausreichend entwickelt, sodass das Land weiterhin vollständig vom Export von Rohöl und anderen Rohstoffen abhängig ist. Die Bevölkerung war nur unzureichend in Entscheidungen über wirtschaftspoli-

tische Leitlinien einbezogen und im Umkreis der Regierung hat sich ein privilegierter, parasitärer Sektor entwickelt, der als Boli-Bourgeoisie bezeichnet wird.⁴

In einem früheren Artikel vom 28. Januar, fünf Tage nach dem Putschversuch von Guaidó, bei dem dieser sich anstelle von Präsident Maduro zum Präsidenten erklärte, habe ich mehrere Kritikpunkte erwähnt: „[...] die Weiterführung der Rückzahlung von Auslandsschulden, anstatt ein Moratorium zu verkünden und die so eingesparten Finanzmittel zu nutzen, um die humanitäre Krise des venezolanischen Volkes besser zu bewältigen. Das CADTM hatte die venezolanische Regierung bereits 2016 aufgefordert, die Schulden unter Bürgerbeteiligung zu überprüfen.⁵ Auch andere linke Kritik an der Politik der Regierung Maduro ist gerechtfertigt: die fehlende Bekämpfung der unter Mitwirkung höchster Verwaltungs- und Regierungsbehörden organisierten Kapitalflucht, die Fortsetzung des auf Rohstoffförderung beruhenden Exportmodells, das die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen des Landes begünstigt, die Unterdrückung von Gewerkschaftsdelegierten und anderen Aktivisten, die Entstehung von Formen der Günstlingswirtschaft und ein Funktionieren der verfassungsgebenden Versammlung, die nicht den in ihre Wahl gesetzten Erwartungen entspricht.“⁶

Diese Kritik ist wichtig, und wenn es eine der Bevölkerung Venezuelas entgegenkommende Lösung geben soll, muss sie zweifellos beantwortet werden.

Gleichzeitig ist völlig klar, dass sowohl die Maßnahmen als auch die Vorschläge von Guaidó und seinen Unterstützern im Widerspruch zu den Lösungen stehen, die es für Venezuela unter Wahrung seiner Souveränität zu ergreifen gilt. Guaidó will privaten nationalen und internationalen Unternehmen mehr Macht und Spielraum geben, um die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte des Landes auszubeuten. Der Sieg von Guaidó würde bedeuten, Venezuela weiterhin an das Schuldenwesen zu ketten, von dem nationale Gläubiger (die Teile der alten Bourgeoisie, die Guaidó unterstützen, sowie die Teile der Boli-Bourgeoisie, die Kapital in in- und ausländischen Schuldtiteln angelegt haben, um auf dem Rücken des Volkes eine Rente daraus zu beziehen) und ausländische Gläubiger (US-Finanzgesellschaften wie Goldman Sachs und Investmentfonds, europäische Banken, aber auch russische, chinesische und andere Unternehmen) profitieren. Guaidó würde Korruption, Kapitalflucht und die Spekulation mit Medikamenten- und Lebensmittelpreisen nicht stoppen. Er repräsentiert die traditionelle venezolanische Bourgeoisie, die nie in die Diversifizierung der Wirtschaft

des Landes investieren wollte und sich wie eine Coupon-schneider-Bourgeoisie verhält, deren Interessen völlig im Gegensatz zu denen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Venezuelas steht. Eine Bourgeoisie, die sich weitgehend damit begnügt, Rohstoffe zu exportieren und fast alles andere zu importieren. Eine Bourgeoisie, die für die Auslands- und Inlandsverschuldung ist, weil sie ein Einkommen aus ihr bezieht, weil sie Schuldtitel kauft.

Darüber hinaus ist ein weiteres grundlegendes Element zu berücksichtigen: Guaidó wird sich nur durchsetzen können, wenn ausländische Mächte direkt eingreifen, indem sie einen Teil der Armee kaufen (was Trump laut und deutlich ankündigt) und einen anderen bekämpfen. Wird diese gerade vorbereitete Intervention nicht gestoppt, wird das für die Menschen in Venezuela, für den gesamten Kontinent und auf internationaler Ebene dramatische Folgen haben. Die lateinamerikanischen Regierungen, die mit Washington gegen Venezuela verbündet sind, sind extrem reaktionär. Zu nennen seien nur Staatsoberhäupter wie J. Bolsonaro in Brasilien, M. Macri in Argentinien, I. Duque in Kolumbien, J. Morales in Guatemala, M. Vizcarra in Peru, J. C. Varela in Panama und S. Piñera in Chile. Zu erwähnen ist auch, dass die europäischen Mächte, allen voran Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Spanien, aus Angst, eine Gelegenheit zu verpassen, Zugriff auf einige der natürlichen Rohstoffe Venezuelas zu erhalten, den Vereinigten Staaten mit der Anerkennung Guaidós nacheilten. Wir müssen diese Politik der ehemaligen Kolonialmächte verurteilen, die im Übrigen nicht zögern, echte Diktaturen zu unterstützen wie die von Abdel Fattah al-Sisi in Ägypten, Idriss Déby im Tschad oder Mohammed Ben Salman in Saudi-Arabien, der die Bevölkerung im Jemen grausam behandelt und in seiner Botschaft in Istanbul einen oppositionellen Journalisten zerstückeln ließ. Die Regierung des Staates Israel, die für Kriegsverbrechen gegen das palästinensische Volk verantwortlich ist, unterstützt ebenfalls Guaidó. Die herrschenden Medien erwähnen ständig, dass die internationale Gemeinschaft Guaidó unterstütze, ohne anzugeben, dass es 60 Länder gibt, die angekündigt haben, dass sie weiterhin die Regierung Maduro anerkennen, und 50 Länder, die Guaidó unterstützen. Es sei darauf hingewiesen, dass sich die Mitte-links-Regierungen Mexikos und Uruguays weigern, in die Fußstapfen der Länder der Lima-Gruppe zu treten, und ihre guten Dienste anbieten, um eine Vermittlung zu versuchen, was in der Presse selten erwähnt wird.

Aus all diesen Gründen müssen die Kräfte der gesellschaftlichen Basis jeden Kontakt mit Guaidó und seinen Unterstützern ablehnen. Wir müssen Guaidó eindeutig als

Putschisten, als Vertreter des Großkapitals und als Verräter der Nation verurteilen und bekämpfen, weil er eine bewaffnete Intervention Washingtons und seiner Verbündeten fordert. Und angesichts einer alles andere als eingebildeten Gefahr einer ausländischen Intervention bleibt nichts anderes übrig, als zu versuchen, eine möglichst breite Front zu organisieren, um sich ihr entgegenzustellen. Um eine Eskalation des Konflikts zu vermeiden, müssen die beiden Seiten natürlich verhandeln, aber für die gesellschaftliche Basis ist ein Treffen mit Guaidó ausgeschlossen, da er ein solches nur benutzt, um einen Anschein von Legitimität zu finden. Es geht auch darum, die Autonomie und die Kritikfähigkeit gegenüber der Regierung Maduro zu bewahren.

Als Reaktion auf die verschiedenen aggressiven Maßnahmen Washingtons und seiner Verbündeten einerseits und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung andererseits sollte die Regierung die in dem Artikel „Die Blockade und der unerlaubte Zugriff auf staatliche Mittel machen ein Schuldenmoratorium unumgänglich“ des venezolanischen Ökonomen Simón Andrés Zúñiga⁷ unterbreiteten Vorschläge umsetzen:

Der Autor beginnt mit der Feststellung: „Die List der ‚humanitären Hilfe‘ sollte nicht unterschätzt werden, da sie eine der mächtigsten politischen Karten der ideologischen Manipulation ist, die den Kräften zur Verfügung steht, die bereit sind, jeden Ausdruck von Souveränität und Unabhängigkeit zu beseitigen. Sie wollen die Bevölkerung oder einen großen Teil derselben davon überzeugen, dass die Regierung Menschenrechte verletzt, indem sie den Invasoren den Zugang versperrt.“

Zúñiga warnt: „Die objektiven Bedingungen, unter denen die arbeitende Bevölkerung leidet, unter den Teppich zu kehren, ist selbstmörderisch und kommt einer Realitätsflucht gleich. Es ist ganz einfach: Der Preis eines in einer Apotheke gekauften Medikaments kann einen Zweiwochen- oder Monatslohn weit übersteigen, wie dem Kassenbeleg zu entnehmen ist.“

Der Artikel schlägt vor: „Angesichts des trojanischen Pferdes der ‚humanitären Hilfe‘, das die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten einsetzen, um die Verletzung des venezolanischen Territoriums und dessen Kontrolle zu rechtfertigen, während sie gleichzeitig in betrügerischer Weise den Zugang zu den Vorräten und dem Hoheitsgebiet Venezuelas blockieren, sollte die Regierung die öffentliche Solidarität in der Bevölkerung mobilisieren, die alle Organisationen und Gemeinschaften einbezieht, um den dringlichsten Gesundheits- und Nahrungsmittelbedarf zu decken und sich zu organisieren, um der kriminellen

Belagerung zu widerstehen. Angesichts des Ernstes der Lage, in der sich die Bevölkerung Venezuelas befindet, ist es wichtig, nicht zu zögern, Vorschläge zur Aussetzung der Schuldzahlung aufzugreifen, um einen Notfonds zum Erwerb von Medikamenten und Lebensmitteln zu speisen.

Für diese Phase sollte eine breite Aufforderung an alle Sektoren erfolgen, sich an der Festlegung von Prioritäten zu beteiligen und die vorhandenen Ressourcen zu verwenden und zu kontrollieren. Das wäre ein Fahrplan zur solidarischen Hilfe unter breiter Beteiligung der Bevölkerung gegen die Augenwischerei des zynischen Kurses der ‚humanitären Hilfe‘.“

Die weiteren Vorschläge im zitierten Artikel, denen wir uns anschließen können, lassen sich grob wie folgt zusammenfassen – mit einigen Ergänzungen, die aber dem Inhalt der Vorschläge nicht widersprechen. Ihre Umsetzung setzt natürlich eine Wende voraus und hängt von der Bereitschaft und Fähigkeit der gesellschaftlichen Kräfte ab, sie aufzugreifen und durchzusetzen. Leider ist es unwahrscheinlich, dass sie umgesetzt werden, aber sie verdienen, aufgeführt zu werden, um zu zeigen, dass ein Ende der humanitären Krise möglich ist.

1. Angesichts der aggressiven Maßnahmen ausländischer Mächte, die nicht zögern, das im Ausland deponierte und für die Aufrechterhaltung des Handels notwendige Eigentum der Republik Venezuela zu beschlagnahmen, muss die Regierung eine Aussetzung der Zahlung der Auslandsschulden erklären.

Zu ergänzen ist, dass das Völkerrecht einem Land, das sich in einer Notsituation wie beispielsweise einer humanitären Krise befindet, erlaubt, ein einseitiges Moratorium für Schuldentilgungen zu verhängen (ohne dass dadurch Zinsen oder Verzugsstrafen anfallen). Wenn es zudem mit Maßnahmen der Art konfrontiert ist, wie sie von Washington ohne Rücksprache mit den Vereinten Nationen ergriffen wurden, ist ein einseitiger Akt der Aussetzung der Schuldentilgung umso gerechtfertigter.

2. Anstatt die geringen Devisenreserven zur Schuldentilgung zu nutzen, muss die Regierung sie nutzen, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu decken. Wie es im Artikel heißt: „Die Gesundheit und Ernährung der Menschen muss Vorrang vor der Zahlung von Auslandsschulden haben.“

3. Das Moratorium würde von einer detaillierten offenen Prüfung begleitet, die zweifellos Aufschluss über die vielen illegalen Manöver und die Kapitalflucht geben wird, die sich unter dem Schutz des privaten Finanzsystems und einiger Behörden des Landes entwickelt haben.

4. Es gibt politische und wirtschaftliche Gründe sowie eine rechtliche Grundlage, die eine Entscheidung dieser Größenordnung stützen. Die einseitige Erklärung des Schuldenmoratoriums und die Durchführung einer Prüfung würden die Bereitschaft zeigen, Prioritäten in der richtigen Richtung zu setzen. Die Ressourcen des Landes dürfen nicht in erster Linie zur Schuldentilgung verwendet werden, sie müssen ermöglichen, die dramatischen Lebensbedingungen eines großen Teils der Bevölkerung zu verbessern. Durch die Aussetzung der Zahlung würde die venezolanische Regierung wieder in eine Position der Stärke gegenüber den Gläubigern kommen.

5. Die Aussetzung der Schuldentilgung gilt für alle von der nationalen Regierung und der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA aufgenommenen Schulden.

6. Es ist unvermeidlich, dass dringend ein Plan für die Beschaffung von Nahrungsmitteln und Medikamenten für die Bevölkerung ausgearbeitet und umgesetzt wird. Gleichzeitig sollten finanzielle Mittel in die Entwicklung der nationalen Nahrungsmittel- und Medikamentenproduktion investiert werden. Es geht darum, den lokalen Erzeugern Vorrang einzuräumen.

7. Es braucht die sofortige Umsetzung eines Solidaritätsplans für die Verteilung von Medikamenten und die Betreuung von Menschen mit schweren Krankheiten wie Diabetes, Krebs, Nierenversagen, Parkinson, HIV/AIDS und anderen, die eine dauerhafte stabile Behandlung erfordern. Ebenso für grundlegende Medikamente, die die Bevölkerung benötigt. Eine besondere Anstrengung ist für die Menschen im Amazonasgebiet erforderlich, die von einer Malariaepidemie betroffen sind.

8. Die Regierung und eine Front von Kräften, die sich gegen die Einmischung von außen stellen, müssen sich dieser Aufgabe mit massiven Anstrengungen widmen und die betroffenen Menschen und Volksorganisationen integrieren. Diese integrative, die Einheit fördernde Strategie bedeutet einen Bruch mit der paternalistischen, mystifizierenden, auf Günstlingswirtschaft und Wahlkämpfe orientierten Kultur, die viele Länder, einschließlich Venezuela, charakterisiert. Die Kräfte, die sich gegen ausländische Einmischungen stellen, müssen samt und sonders aufgerufen werden, sich zu zusammenschließen. Die Mobilisierung der Bevölkerung ist möglich und notwendig, wenn sie von einer breiten Front geleitet wird, die sofortige wirksame Ergebnisse zeigt, um gegen die Gesundheits- und Nahrungsmittelkrise und die sehr reale Gefahr einer Aggression von außen anzugehen.

9. Entscheidungen und Mobilisierung müssen und können

durch ein Programm unterstützt werden, das zuerst die Mittel vervielfacht, um die Farce und den Betrug der humanitären Hilfe im Ausmaß von erbärmlichen 20 Millionen Dollar zu entlarven.

10. Für einige Arzneimittel muss der Plan die Importabhängigkeit überwinden und darauf hinarbeiten, dass für die Deckung zahlreicher Grundbedürfnisse Importprodukte dort substituiert werden, wo die Bedingungen für eine inländische Produktion bestehen. In diesem Bereich sollte der Schwerpunkt nicht nur auf Fertigprodukten liegen, sondern auch auf dem Erwerb von Wirkstoffen und deren inländischer Produktion, um die Substitution von Importen vorantreiben zu können.

11. Das Lebensmittelministerium muss abgeschafft werden. Es trägt nicht nur zur Zerstörung der heimischen Produktion bei, sondern ist zu einer Drehscheibe blinder Importe (und der Leckage von Devisen) geworden. Die Idee ist, die Politik der Förderung und Unterstützung des pflanzlichen und tierischen Agrarsektors an einem einzigen Ort zu bündeln. Diese Körperschaft muss eine kohärente, koordinierte und ganzheitliche Sichtweise auf den Agrarsektor haben.

12. Der Außenhandel muss öffentlich überwacht und die Informationen über die verschiedenen Handelsbeziehungen müssen transparent gemacht werden.

13. Die Gemeinden [als Grundstrukturen des Landes seit 2006]⁸ müssen eine führende Rolle in der landwirtschaftlichen Produktion spielen. Tatsächlich gibt es Erfahrungen von Kommunen, die eine signifikante Entwicklung in Bezug auf Produktion und politisches Bewusstsein erreicht haben.

Mehrere der genannten Vorschläge waren in einem anderen Kontext 2016/17 von der venezolanischen Plattform für eine Prüfung der Schulden durch die BürgerInnen vorgelegt worden. Die Plattform schlug vor, die Schuldentilgung auszusetzen und mit Unterstützung des Committee for the Abolition of Illegitimate Debts (CADTM) und der Beteiligung von sozialen Bewegungen und organisierten Personen eine öffentliche Schuldenprüfung durch Staatsbürger*innen durchzuführen. Paulino Núñez und Oly Millán Campos erklärten dazu: „Das Ziel ist es, die illegitimen, unrechtmäßigen Anteile zu bestimmen, die vor jeder Sanierung gestrichen werden sollten. Im Gegensatz zu der Priorität, die die Regierung dem Schuldendienst einräumt, geht es darum, auf die vielen Gesundheits- und Ernährungsprobleme des venezolanischen Volkes zu reagieren.“⁹ CADTM-Aktivist*innen in Venezuela kämpfen

seit 20 Jahren für eine Überprüfung der Schulden und seit 2016/17 für die Aussetzung der Zahlungen angesichts der humanitären Krise, die die Mehrheit der Bevölkerung des Landes trifft.

Angesichts des Ernstes der Lage, in der sich die Bevölkerung Venezuelas befindet, ist es wichtig, ohne zu zögern Vorschläge zur Aussetzung der Schuldenzahlungen aufzugreifen, um einen Notfonds für den Erwerb von Medikamenten und Lebensmitteln zu speisen.

3. März 2019

■ **Eric Toussaint** ist Doktor der Politikwissenschaft an den Universitäten Lüttich und Paris VIII, Sprecher des internationalen CADTM und Mitglied des wissenschaftlichen Rates von ATTAC Frankreich.

Toussaint ist u. a. Autor von *Profit oder Leben. Neoliberale Offensive und internationale Schuldenkrise*, Köln 1999, das den Politischen Buchpreis der Foire du livre politique de Liège erhielt; *Die Bank des Südens und die Weltwirtschaftskrise. Bolivien, Ecuador, Venezuela und die Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus*, Köln 2010 sowie *Le Système Dette. Histoire des dettes souveraines et de leur répudiation*, Les liens qui libèrent, 2017; *Bancocratie*, Aden, Brüssel, 2014; *Procès d'un homme exemplaire*, Éditions Al Dante, Marseille, 2013; *Un coup d'œil dans le rétroviseur. L'idéologie néolibérale des origines jusqu'à aujourd'hui*, Le Cerisier, Mons, 2010; sowie gemeinsam mit Damien Millet AAA, *Audit, Annulation, Autre politique*, Le Seuil, Paris, 2012.

Er koordinierte die Arbeit der Wahrheitskommission über die öffentliche Verschuldung Griechenlands, die am 4. April 2015 vom Präsidenten des griechischen Parlaments eingesetzt wurde. Dieser Ausschuss arbeitete unter der Schirmherrschaft des Parlaments zwischen April und Oktober 2015. Nach der am 12. November 2015 vom neuen Präsidenten des griechischen Parlaments angekündigten Auflösung setzt die ehemalige Kommission ihre Arbeit fort und hat den Rechtsstatus eines gemeinnützigen Vereins erhalten.

■ *Aus dem Französischen: Birgit Althaler*

1 Die Lima-Gruppe besteht derzeit hauptsächlich aus den folgenden Ländern: Argentinien, Brasilien, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Guatemala, Honduras, Panama, Paraguay und Peru. Mexiko hat sich aus dieser informellen Gruppe zurückgezogen, nachdem letztere beschlossen hatte, den Putschisten Guaidó zu unterstützen.

2 Gleichzeitig ist klar, dass das unter der Regierung von Hugo Chávez herrschende demokratische Leben zunehmend eingeschränkt wurde. Als die Regierung Maduro beschloss, eine neue verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, wählte sie ein anderes Vorgehen als unter der Regierung Chávez. Es gab kein Referendum, um zu entscheiden, ob zur Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung allgemeine Wahlen durchgeführt werden sollten oder nicht. Bei der Auswahl der

KandidatInnen für die Wahlkreise griffen die Partei und die Regierung Maduro autoritär in die Erstellung der Listen ein. In den letzten Jahren wurden Proteste der Bevölkerung mehrfach unterdrückt.

3 Finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen unter Trump gibt es seit August 2017: www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-41055728. Unter der Regierung Obama wurden im Dezember 2014 gezielte Sanktionen gegen Beamte verhängt: apnews.com/16e5cb67ca184b7aaa32ded6c777c72a. Sie traten im Februar 2015 in Kraft: www.reuters.com/article/us-venezuela-usa-visas/u-s-slaps-visa-restrictions-on-current-former-venezuelan-officials-idUSKBN0L620D20150202.

Am 8. März 2015 erklärte Obama, dass Venezuela eine Bedrohung für die Vereinigten Staaten sei: www.hispantv.com/noticias/ee-uu-/23336/obama-ordena-nuevas-sanciones-contra-venezuela, und Trump verlängerte dieses Dekret: www.dw.com/es/extiende-trump-decreto-que-declara-a-venezuela-amenaza-para-ee-uu/a-42808304.

4 Ich habe die Grenzen der Politik der venezolanischen Regierung in einer 2009 veröffentlichten Studie kritisch analysiert: www.cadtm.org/Changements-en-cours-au-Venezuela. Auch das Scheitern der Verfassungsrevision habe ich 2007 analysiert, siehe www.cadtm.org/Transformer-l-echec-du-2-decembre.

5 www.cadtm.org/Le-CADTM-AYNA-exhorte-le.

6 Siehe www.cadtm.org/Emmanuel-Macron-Pedro-Sanchez-Angela-Merkel-Theresa-May-n-ont-aucun-droit-de.

7 www.cadtm.org/Venezuela-Debat-Le-blocus-et-le-piratage-des-fonds-du-gouvernement-imposent-un

8 Die Einführung von Gemeinderäten im Jahr 2006 unter der Leitung von Präsident Hugo Chávez war stark vom Wunsch getragen, die Beteiligung an der Gestaltung und Umsetzung der lokalen Politik einzuführen. Das Gesetz über die Gemeinderäte, Ley de los consejos municipales (LCC), wurde am 7. April 2006 verabschiedet (www.tecnojuris.com/venezuela/gaceta-oficial/administrativo/ley-de-los-consejos-comunales.html). Die Regierung von Hugo Chávez setzte große Hoffnungen in diese Räte, die sie als „territoriale Grundeinheiten der Volksbeteiligung und Selbstverwaltung“ konzipierte. Die den Gemeinderäten übertragene Macht ist nicht unerheblich, da sie einer „Gemeinschaft“ das Recht verleiht, ein Projekt vorzuschlagen und durchzuführen, das ab dem ersten Jahr eine Dimension von 30 Millionen Bolivars (etwa 10 Millionen Euro) erreichen kann. Die Gemeinderäte haben allmählich an Dynamik verloren und sollten inzwischen wiederbelebt werden.

9 www.cadtm.org/Venezuela-la-dette-comme

Internationales sozialistisches Jugendsommerlager 21.–27. Juli in Segovia (Spanien)

Für ein sozialistisches Europa

Die Jugendlichen in und um die IV. Internationale organisieren seit mittlerweile über dreißig Jahren ein internationales Camp. Auf diesem Camp wollen wir diese Fragen diskutieren. Dieses Jahr findet es vom 21. – 27. Juli in Segovia (ca. 90 km nordwestlich von Madrid) statt.

Auf dem Camp wird auch 2019 Selbstorganisation ein wichtiges Thema sein und welche Rolle sie in unseren Kämpfen spielen sollte. Wie erkämpfen wir selbstverwaltete Räume? Welche Strukturen können wir von unten aufbauen?

Wie können sie helfen, wieder eine stärkere Bewegung gegen den Kapitalismus aufzubauen?

Eine Woche lang werden im Sommer etwa 500 junge Menschen aus mindestens 18 Ländern Europas (von Russland bis Portugal, von Schweden bis Griechenland) zusammenkommen, sich austauschen und miteinander diskutieren. Kurz: Sie werden Menschen aus anderen Ländern kennenlernen, den Camp-Alltag in Selbstverwaltung mitbestimmen, gemeinsam feiern und lernen, die Welt zu verändern!

Die IV. Internationale ist ein Zusammenschluss revolutionärer Organisationen, die in über 50 Ländern für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft kämpfen.

Wir wollen eine freie und selbstverwaltete sozialistische Demokratie und zwar weltweit. Wir wissen aber, dass wir das nicht allein erreichen können. Deshalb versuchen wir am Aufbau linker, antikapitalistischer Strömungen mitzuwirken, um die innerlinken Spaltungen zu überwinden.

Das Programm

Das Camp ist in Thementage/Themenblöcke eingeteilt. Es bietet eine großartige Gelegenheit sich Schritt für Schritt über die Situation in den verschiedenen Ländern auszutauschen und über die Kämpfe vor Ort zu sprechen. Steckt der Kapitalismus in der Krise? In den nächsten Wochen wird ein detaillierteres Programm für die Plenumsveranstaltungen und die Arbeitskreise erstellt.

Erfahrungsgemäß werden dabei solche Themen im Mittelpunkt stehen wie: Was macht die wirtschaftliche Krise aus, was die ökologische? Gibt es immer noch eine Arbeiter*innenklasse und wenn ja, wie sieht sie heute aus? Was heißt Imperialismus heute? Und vor welche Herausforderungen stellt uns all das?

Rassismus und der Aufstieg der neuen Rechten werden ein wichtiges Thema sein. Dazu wollen wir nicht nur die Situation in den verschiedenen Ländern und die Ursachen für

das Erstarken der radikalen Rechten diskutieren, sondern auch die konkreten Bewegungen und Kämpfe, die es in den verschiedenen Ländern gibt.

Die patriarchale Unterdrückung und die Kämpfe dagegen – wie z.B. gegen Feminizid und Gewalt – wird ein weiteres wichtiges Thema sein. Wie kann heute ein revolutionärer Feminismus aussehen? Auch der Kampf gegen die Unterdrückung von LGBTI und die Überwindung einer normierten sexuellen Identität wird eine wichtige Rolle spielen.*

Die ökologische Krise wird auch dieses Jahr ein Thema sein, erst recht seit mit Fridays for Future sich gerade eine weltweite Bewegung entwickelt. Wir werden uns darüber austauschen, wie wir uns hier am besten einbringen können, was wir davon lernen können und was wir Spezielles beitragen können.

Zum Ende wird es auch um die Revolution gehen: Wie kommen wir da hin? Wird eine Revolution heute überhaupt noch so aussehen wie vor 100 Jahren? Welche Rolle hat die arbeitende Bevölkerung? Wie wollen wir uns organisieren?

Ein detailliertes Programm auch mit geplanten Workshops, findest du ab Anfang Mai online. Die Adressen findest Du unten.

Kosten: Der Preis für das Camp wird je nach durchschnittlichem Einkommen in den jeweiligen Ländern errechnet. Die höheren Preise in reicheren Ländern ermöglichen Jugendlichen aus ärmeren Ländern die Teilnahme. Die Kosten für Teilnehmer*innen aus Deutschland werden bei ca. 100 Euro liegen.

Falls du dir den Betrag nicht leisten kannst, wende Dich bitte an uns, wir finden eine Lösung.

An-, Abreise: Wir werden eine möglichst kostengünstige gemeinsame Reise organisieren.

Möchtest Du teilnehmen oder hast noch Fragen?

Mail an: sommerncamp@intersoz.org oder an jugend@intersoz.org

<http://intersoz.org/sommerncamp>

sommerncamp.blogspot.eu

Handy: +49 (0) 162 / 392 97 85

Mo bis Fr: 10 – 20 Uhr